Nicole Höchst
MdB

2020

3

Wie jedes Jahr gebe ich einen Überblick über meine Arbeit mit Kommentaren und Anmerkungen. Bei all der Fülle der Unterlagen, ist nur einen Auszug möglich.

Auf der Seite des Bundestages können Sie alles über meine Arbeit im Bundestag erfahren. Dort finden Sie alle Anträge, mündliche und schriftliche Einzelanfragen, Kleine Anfragen, meine Reden, Parlamentsprotokolle, Mitwirkung in den Ausschüssen und Kommissionen uvm. (siehe auch letzte Seite)

https://www.bundestag.de/abgeordnete#url=L2FiZ2VvcmRuZXRlL2Jpb2dyYWZpZW4vSC81MjA0MTItNTIwNDEy&mod=mod525246&dir=ltr

Inhalt

1 Auszug aus dem Grundsatzprogramm der AfD 10

2 Büro 12

2.1 Nicole Höchst: Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag 12

2.2 Mitarbeiter im Team Höchst 12

3 Rheinland Pfalz & Wahlkreis 15

3.1 Nachruf für einen Freund und Mitstreiter der ersten Stunde 16

3.2 Danke meinen Unterstützern für ihr Vertrauen – Listenplatz 2 17

3.3 Auszüge aus Kacheln, Statements und Veranstaltungen 18

3.4 Anfrage zur schriftlichen Beantwortung 22

3.5 Pressemitteilungen 22

3.5.1 Bildungsnotstand beim Weltwirtschaftsgipfel in Davos? 20.01.20 22

3.5.2 Teure Neugründung Stiftung Ehrenamt - die Mittel für das Ehrenamt fehlen in den Kommunen! 24.01.20 23

3.5.3 Jugendhilfe nimmt besorgniserregenden Umfang an 14.02.20 24

3.5.4 Ist das ihr (Tod-)Ernst? Abtreibungsschein per Homeoffice wegen Corona? 24

3.5.5 Kleine Geschäfte haben das Nachsehen 02.04.2020 25

3.5.6 Ungehinderte Zuwanderung in Coronazeiten verschärft Probleme der einheimischen Bevölkerung 16.04.20 26

3.5.7 Mangelhafte gesellschaftliche Aufarbeitung der DDR-Diktatur ist besorgniserregend 05.05.2020 26

3.5.8 Niemanden vergessen - Mütter im familiensensiblen Strafvollzug 05.05.20 28

3.5.9 Kolumne über Kita und Familie 06.05.20 28

3.5.10 Deutschland und EU versagen bei Bekämpfung von Beschneidungen 13.05.20 32

3.5.11 Coronaverdacht darf kein Grund für Kindesentzug sein 24.05.2020 33

3.5.12 Lehrer auch an deutschen Schulen zunehmend in Gefahr 25.5.20 33

3.5.13 Waschechte Benachteiligung von Vätern wegen Covid-19? 10.06.20 35

3.5.14 Aufarbeitung von Pädophilie in der Jugendhilfe ist aktiver Kindesschutz 17.06.20 35

3.5.15 Wer braucht schon Väter? – Familienministerin Giffey legt die Axt an 10.07.20 36

3.5.16 Gleichstellung oder Eingriff in Familienautonomie 15.07.20 37

3.5.17 Coronahype gefährdet Kinderwohl 06.08.20 37

3.5.18 Migranten fordern eigenen Rat gegen Rassismus 03.09.20 39

3.5.19 Unmenschlichkeit im Namen von Corona 03.09.20 39

3.5.20 Infektionsschutzmaßnahmen - Wer haftet für die Folgen? 02.10.20 40

3.6 Reden und Zwischenfragen 42

3.6.1 Mehr Frauen in den Deutschen Bundestag 16.01.2020 42

3.6.2 Deutsche Stiftung für Ehrenamt 30.01.2020 45

3.6.3 Kitaöffnung und Elternunterstützung 06.05.2020 47
3.6.4 Ausbildung in der Coronakrise 29.05.2020 48
3.6.5 Online Lernen ausbauen 02.07.2020 50
3.6.6 Berufliche Bildung stärken 11.09.2020 52
3.6.7 Bildungs- und Betreuungsgarantie 07.10.2020 53
3.6.8 Lehrkräftemangel 29.10.2021 54
3.6.9 Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz 06.11.2020 56
3.6.10 Zwischenfrage an die Ministerin zum Thema Luftfilter an Schulen 27.11.2020 57
3.6.11 Digitalisierung von Schulen 17.12.2020 57
3.7 Auszug aus Kleinen Anfragen 60
3.7.1 Bonpflicht 60
3.7.2 Forschungsförderung Geoengineering 04.06.2020 62
3.7.3 Verschwundene minderjährige Flüchtlinge 28.07.2020 66
3.8 Anträge 69
3.8.1 Koordinierungsstelle 09.09.2020 69
3.8.2 Interkulturelle Dolmetscher / Beschneidung 09.09.2020 72
3.8.3 Haltung der Bundesregierung gegenüber Versammlungen 23.09.2020 74
3.8.4 Krisenüberbrückung Schausteller 76
3.9 Beispiel: Befragung der Bundesregierung 79
3.9.1 Fragestunde: Frage Nr. 65 vom 30.04.2020 79
3.10 Auszug aus Einzelanfragen an die Bundesregierung 79
3.10.1 Verschwundene Kinder aus der Jugendhilfe seit 2012 - 26.08.2019 82
3.10.2 Kindesmissbrauch bei Jugendhilfe - 10.07.2020 82
3.10.3 Erfassung Verbrechen gegen sexuelle Selbstbestimmung 2015 07.08.2020 82
3.10.4 Erfassung Verbrechen gegen sexuelle Selbstbestimmung 2016 07.08.2020 83
3.10.5 Wetterbeeinflussung und Geoengineerung 11.09.2020 84
3.10.6 Selbstmordrate im Lockdown – 17.09.2020 84
3.10.7 Ab welche Fallzahlen Maskenpflicht geplant? – 17.09.2020 85
3.10.8 Haftung für Todesfälle – 14.10.2020 85
3.10.9 Fehlender Expertenrat in Sachen Corona – 14-10-2020 86
3.10.10 Evaluierung Bekämpfung Rechtsextremismus 86
3.11 Sonstiges 87
3.11.1 Erklärung §31 GO des BT zum Infektionsschutzgesetz am 22.09.2020 87
3.12 Danke für Ihr Interesse 91

Vorwort von Dipl. Ing. Holger Prade

2020 – Ein schlimmes Jahr für Demokratie und Grundgesetz?

Das Jahr 2020 erlebten viele Menschen mit steigender Angst, Isolation und wirtschaftlichen Nöten, mit Sorgen um ihre Angehörigen, um ihre Kinder und Eltern und letztlich um ihre Zukunft. In der Influenza sind nahezu jedes Jahr auch Coronaviren enthalten. Jetzt war die Influenza merkwürdigerweise nahezu ausgefallen und stattdessen eine Mutation der Coronaviren aufgetaucht, deren Gefährlichkeit nicht endgültig eingeschätzt werden konnte. Die Regierung unternahm zunächst fast nichts und dann verkündete sie plötzlich ein Horrorszenario mit Millionen von Toten, welche es zu verhindern gelte und legte das halbe Land lahm. Und dann begann die Nation sich erneut und an einer unerwarteten Front zu spalten. Auf dem einen Extremrand standen Hypochonder (Hypochondrie = Gesundheitsangst) und auf dem anderen extremen Rand einige wenige Menschen, welche die Existenz von Viren bezweifelten. Dazwischen die Mehrheit, welche mal mehr und mal weniger Verständnis für die von der Regierung beschlossenen Maßnahmen zeigte, aber prinzipiell für erhöhten Gesundheitsschutz votierte. Wurden am Anfang des Jahres noch Stimmen laut, welche der Regierung zu träges Handeln vorwarfen, so wandelte sich dies mit Bekanntwerden der Fakten. Erste Anzeichen dafür, dass etwas nicht nach demokratischen Regeln verlief, war die Tatsache, dass weder unterschiedliche Meinungen von Wissenschaftlern gehört wurden, noch eine öffentliche Debatte über für und wider geführt wurde.

Kritisch wurde die Situation aber erst, als der erste von drei Gesetzentwürfen der Regierung vorlag, welcher den Bürgern ihre Grundrechte nehmen und das Parlament entmachten sollte. Genau dies gelang und so begann sich ein Strudel zu bilden, welcher immer schneller Fahrt aufnahm. Überall im Land gab es Proteste gegen die zunehmende Freiheitsberaubung. Die Antwort war Gewalt gegen das eigene Volk und noch mehr Repressionen. Die Wirtschaft wurde zunehmend in Gefahr gebracht, Künstler in Sofaecken geschickt und ganze Branchen lahmgelegt. Wie von Zauberhand geplant, passten die Coronaschutzmaßnahmen und der geplante Umbau der Wirtschaft wunderbar zusammen. Die Machterweiterung der Regierung durch das mehrfach geänderte Schutzgesetz (Infektionsschutzgesetz), machte die Menschen schutzlos. Dabei ist es völlig egal, ob diese Situation geplant war, wie viele Menschen glauben, oder ob es nur eine sowieso vorhandene Entwicklung beschleunigte. Und hier erscheint eine weitere Trennungslinie, entlang derer sich die Gesellschaft abarbeitet. Während die einen nur eine Pandemie sehen (deren tatsächliche Existenz viele Menschen allerdings bezweifeln) und über medizinische Hilfen diskutieren, wird immer offensichtlicher - wie beim WEF (World Economic Forum) in Davos -, dass es um ganz andere Dinge geht. Erst kam die Klimahysterie, die den Umbau der Weltwirtschaft forderte und ankündigte. Dann folgte die Gesundheitshysterie, welche die Basis dafür herstellte. Man provozierte eine Wirtschaftskrise, zu deren Bewältigung man Geld brauchte und dann auch reichlich druckte. Damit ist auch die Grundlage für eine Finanzkrise geschaffen, deren Anfänge sich mit enormen Preissteigerungen bereits zeigen. Inflation, Geld- und Vermögensverlust kombiniert mit gesetzlich verankertem Entzug von Freiheitsrechten wurden so geschickt umgesetzt, dass die Umfragewerte noch stimmten. Proteste spülte man mit Wasserwerfern weg, Kritikern drückte man die altbekannten Stempel der rechten Ecke auf die Stirn, ohne es jemals mit mehr als selbsterfundenen Unterstellungen, also mit logischen, wahren und allseitigen Fakten auf den Punkt zu bringen. Niemand erklärte ganz genau, was denn da nun an jedem einzelnen Kritikpunkt so genau rechts, das Böse/Schlimme sei. Aus dem Zusammenhang gerissene Satzfetzen zu zerlegen, war auch 2020 regelrechtes Hobby in den Mainstreammedien. Den Politikern der Altparteien konnte man kaum noch zuhören, ohne Aggression zu entwickeln. Mit dem Finger auf Andere zeigend, hetzten und hassten sie immer unverhohlener und zwar pausenlos. Dennoch wurden die Stimmen immer lauter, die darauf beharrten, dass etwas nicht stimmt. Genau diesen Stimmen warf man vor, was man selbst tat.

Denn wie sonst sollte man es interpretieren, wenn in einer sogenannten Pandemie Krankenhäuser geschlossen und Intensivbetten abgebaut werden, Gesunde eingesperrt und ganze Wirtschaftszweige, ohne wissenschaftlichen Beweise regelrecht verboten wurden; wenn Kultur, Sport und Bildung aus

sogenannten „Schutzgründen“ regelrecht an die Wand gefahren werden, jedoch naheliegende Maßnahmen zum Schutz gefährdeter Bevölkerungsgruppen unterlassen werden?

Wie sonst sollte man es interpretieren, wenn Wasserwerfer gegen friedliche Menschen auffahren und erneut eine unglaubliche Diffamierungskampagne gegen diejenigen, die hinterfragen, das Land überschwappt?

Wie sonst sollte man es interpretieren, wenn man einerseits überfüllte Krankenhäuser befürchtet und andererseits selbige schließen müssen?

Wie sonst sollte man es interpretieren, wenn man Alte und Kranke angeblich schützen will, sie aber an Krankenhäusern abweist, Covid-19 Infizierte auf der einen Seite privilegiert auf Station bringt und sie auf der andern Seite zu Aussätzigen macht (‚was sich später mit der Impfung komplett herumdrehte)?

Der oft bemühte Lösungsansatz zur Findung des Verursachers und Profiteurs: „Folge der Spur des Geldes“ dürfte hier zu kurz greifen, es geht um mehr. Es geht um Grundsätzlicheres und es geht weit über Landesgrenzen hinaus.

Die Schutzmaßnahmen für Alte entpuppten sich zu einem eiskalten Windzug des Todes, der durch die immer leerer werdenden Gänge der Altenheime pfiff und diese Menschen mit gebrochenen Herzen und voller Einsamkeit dahinraffte.

Die Folgen waren nicht nur eine hohe Übersterblichkeit alter Menschen, sondern auch 30% psychisch gestörte Kinder, Übergewichtigkeit und enormer Bildungsausfall. Dazu gehören auch Selbstmorde, Depressionen, unterlassene medizinische Hilfeleistungen und ungeheure Mengen vernichteter Existenzen und Arbeitsplätze. Corona – eine humanitäre Kraftanstrengung zum Schutz der Bevölkerung oder eher doch Mittel zum ganz anders lautenden Zweck? Unser Leben, so wie wir es bisher kannten, soll laut „WEF“ und laut Angela Merkel zu Ende sein, aber hat man die Betroffenen jemals sachlich und offen gefragt? Ohne eine einmalige und spektakuläre Meinungsmache die vor Halbwahrheiten, Diskriminierung, Diffamierung, Hetze und Angst nicht Halt machte, wäre die Unterstützung im Land gekippt. So wurde das Land an einer weiteren Grenzlinie erneut gespalten.

In dieser Gemengelage wurde die parlamentarische Oppositionsarbeit einmal mehr zu einem Kampf gegen Windmühlenflügel. Man kämpfte für die Freiheit, für die Grundrechte und gegen eine völlig entfesselte politische Kaste, die mit allen Mitteln, wie beispielsweise einem Verfassungsschutz zurückschlägt. Genau die Kaste, die angeblich so human und demokratisch ist, stiftet unsere Polizei zu Hetzjagden auf unschuldige Menschen an, befiehlt Prügelattacken und fährt Wasserwerfer und Tränengas auf. Aber Kasten gibt es ja nicht.

Und immer noch glauben viele Menschen der staatlich und stattlich finanzierten Wohlfühl- und Durchhaltepropaganda. Was muss denn noch passieren, damit Menschen erwachen und sich für ihr Grundgesetz und ihre eigenen Grundrechte einsetzen? Wenn nicht bald wieder Normalität einsetzt, steht uns das „Finstere Zeitalter der Neuzeit“ bevor.

Doch sind innere Sicherheit und Freiheit noch lange nicht alles. Wer glaubt schon Politikern, die einen unglaublichen Warentransport rund um den Globus fördern und gleichzeitig die größten Umweltverschmutzer mit Milliarden pampern, während sie von Umwelt- und Klimaschutz schwafeln? Vermutlich noch zu viele. Regional wirtschaften, heißt eben nur bedingt nach der EU oder ganzen Welt zu schielen.

Man ist heute schon fast gezwungen, bei Amazon alltäglichste Waren aus Fernost zu bestellen. Das Land des Maschinen- und Stahlbaus kauft jetzt schon Stahl auch China und die industriellen Akteure kaufen sich durch CO2 Steuer wie beim Ablasshandel frei. Bereits jetzt lohnt sich ein Rückblick, der die Zukunft verstehen lehrt. Die Morgenpost titelte am 26.03.2007 „Klimaschutz kostet EU bis zu 1,1 Billionen Euro“. Im Jahr 2021 ist sogar von bisher entstandenen Kosten in Höhe von über 7 Billionen

Euro die Rede. Und was wurde erreicht? Nichts! Daher sollte sich jeder Einzelne fragen, ob er oder sie tatsächlich das tote Pferd weiter reiten möchte und ob ein „weiter so“, der richtige Weg ist.

Gesundheitsschutz? Na klar, aber nicht so!

Umweltschutz? Unbedingt, aber nicht so!

Innere Sicherheit erhöhen? Je eher, desto besser, aber nicht durch offene Grenzen erreichbar.

Hochwertige Bildung? So gut es nur geht, aber nicht durch geschlossene Schulen erreichbar.

So könnte man alle Bereiche durchgehen. Jedoch hat unsere Gesellschaft ihren Konsens verloren. Jeder zieht an einem anderen Strang. Allen voran spalten der Staat und seine Medien die Menschen in immer kleiner werdende Häufchen, die sich feindlich gegenüberstehen. Offiziell behauptete man das Gegenteil zu wollen.

Eine größere Toleranz des Anderen erreicht man aber nicht durch eigene Intoleranz ihm gegenüber.

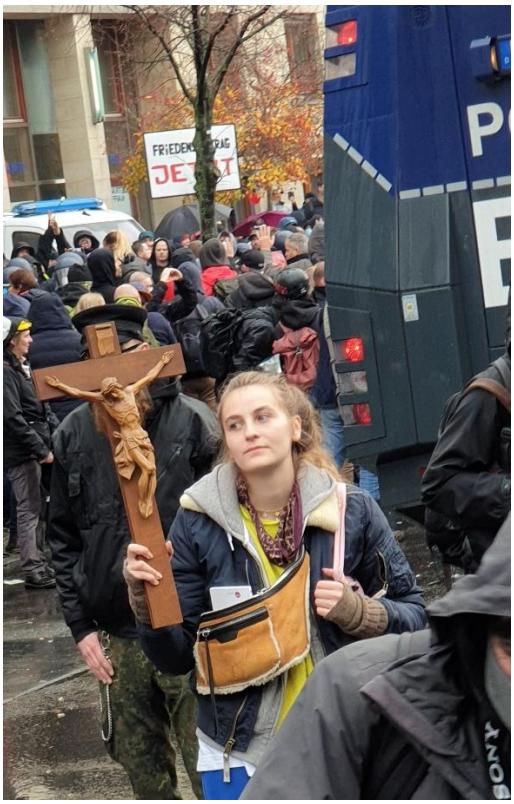
Die Freiheit muss eben immer wieder gegen Ideologen und Machthungrige verteidigt und neu errungen werden.

Ich selbst möchte jedenfalls eine soziale, selbstbestimmte, umweltbewusste und freie Zukunft, geprägt von friedlichem marktwirtschaftlichem Wettbewerb mit hohen ethischen Werten. Dafür trete ich ein und deswegen gelten mein Dank und meine Hochachtung Politikern, wie Nicole Höchst, welche persönliche Opfer bringen und sich hocherhobenen Hauptes dem sich rasant radikalisierenden Gegner stellen.

Einem Gegner, der das Parlament nicht nur entmachtet, sondern sich auch sicher fühlt. Das ist nicht unberechtigt, weil er es dazu brachte, sich ein Stück weit selbst zu entrechten. Die Bilder werden in vielen Herzen unvergessen bleiben: Im Parlament schränkte die Regierung mithilfe ihrer Einheitsparteien die Freiheit ein und torpedierte unverhohlen die Grundrechte, während zeitgleich vor der Tür das Volk in ihrem Auftrag hinweg gespült wurde. Transparente mit Ghandi oder der Friedenstaube, Schilder mit aufgemalten Herzen, alte Menschen und Kinder gleichermaßen wurden erbarmungslos mit Wasser abgeschossen.

Manche Menschen weinten, andere bekamen Wut aber die meisten waren einfach nur entsetzt. Sie hätten sich das nie im Leben vorstellen können, nicht in diesem guten und besten Deutschland, was wir je hatten. Hunde, Schlagstöcke, Pfefferspray, anonyme dunkle Helme, Pferdestaffeln und Wasserwerfer, losgeschickt von einer roten Landesregierung. Ein sozialistischer oder kommunistischer Nach- oder Vorgeschmack?

Und dennoch gab es Grenzen. Zwei junge Frauen stellten sich betend bzw. nur mit einem Kreuz „bewaffnet“ dem Toben des Staates, den Polizeisoldaten in ihren Rüstungen und den Wasserwerfern mutig entgegen. Mit Erfolg. Sie standen einfach nur da, wie damals der chinesische junge Mann in Peking, der sich beim Massaker am Platz des himmlischen Friedens vor die anrollenden Panzer stellte und sie zum Anhalten zwang. Damit stand er in guter Tradition mit Ghandi und einem der Urwünsche der überwiegenden Mehrheit der Menschen, dem Wunsch nach einem friedlichen Leben.



Zwei mutige junge Frauen gegen einen übermächtigen Gegner, der sich sicher fühlt. Zu sicher, wie ich meine, viel zu sicher. Und da hilft es auch nicht, wenn diese Menschen alle pauschal zu Staatsfeinden ernannt und auf staatliches Betreiben hin vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Es mag jeder selbst entscheiden, ob diese Menschen gefährliche Extremisten sind.

Es werden dadurch nur noch mehr Assoziationen an vergangene Zeiten geweckt, denn die „Gedanken sind frei“.

Dipl. Ing. Holger Prade

1 Auszug aus dem Grundsatzprogramm der AfD

5.4 Reform der sozialen Sicherungssysteme

Leitbild für uns ist die Familie, für die wir in der Sozialversicherung Abgabengerechtigkeit wollen. Die AfD will die Leistung von Eltern durch die Geburt, Versorgung und Erziehung von Kindern nicht nur ideell, sondern auch materiell anerkennen. Dazu hat das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber bereits verbindlich aufgefordert. Wir wollen die derzeitigen finanziellen Nachteile von Familien mit Kindern gegenüber Kinderlosen korrigieren. Arbeitsmarkt und Sozialpolitik 71

5.4.1 Finanzielle Benachteiligung von Familien beseitigen

Familien sind gegenüber Kinderlosen in dramatischer Weise finanziell benachteiligt. Familienarmut und eine anhaltend niedrige Geburtenrate sind die Folge. Kinder werden in Politik und Medien als karrierehemmender Ballast dargestellt. Es ist Zeit, die Leistung der Eltern finanziell und ideell anzuerkennen. Deutschland hat die niedrigste Geburtenrate in ganz Europa. Grund ist zum einen eine Zunahme der Kinderlosen, zum anderen ein Rückgang der Mehrkindfamilien. Wenn wir dieser demografischen Fehlentwicklung nicht gegensteuern, werden unsere Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungssysteme zusammenbrechen. Die AfD steht für grundlegende Reformen zum Wohle Deutschlands. Das betrifft auch die Sozialversicherungen. Nur so können die Systeme auch zukünftig leistungsfähig bleiben. Die hohen Abgaben wirken sich negativ auf die Einkommen der Arbeitnehmer aus. Auch der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands leidet darunter.

5.4.2 „Aktivierende Grundsicherung" - Arbeit, die sich lohnt

Die AfD will eine „Aktivierende Grundsicherung" als Alternative zum Arbeitslosengeld II (sogenanntes „Hartz IV"). Dabei schmilzt der staatliche Unterstützungsbetrag der Grundsicherung mit wachsendem Einkommen immer weiter ab, bis ab einem bestimmten Einkommen Einkommensteuer zu entrichten ist, statt einen staatlichen Unterstützungsbetrag zu erhalten. Das erzielte Einkommen soll nicht wie bisher vollständig mit dem Unterstützungsbetrag verrechnet werden. Stattdessen verbleibt dem Erwerbstätigen stets ein spürbarer Anteil des eigenen Verdienstes. Dadurch entsteht Arbeitsanreiz. Wer arbeitet, wird auf jeden Fall mehr Geld zur Verfügung haben als derjenige, der nicht arbeitet, aber arbeitsfähig ist (Lohnabstandsgebot). Missbrauchsmöglichkeiten sind auszuschließen.

5.4.3 Kinder und Erziehungsleistung bei der Rente berücksichtigen

Ein reformiertes Renten- und Steuersystem soll sicherstellen, dass kinderreiche Familien aus unteren und mittleren Einkommensgruppen nicht mehr am Rande des Existenzminimums leben müssen und ausreichende eigene Rentenansprüche aufbauen. Daher wollen wir bei der Rente die Kinderzahl und die Erziehungsleistung stärker als bisher berücksichtigen. Durch eine spezielle Förderung von Mehrkindfamilien möchte die AfD zudem dazu ermutigen, sich für mehr Kinder zu entscheiden.

5.4.4 Pflege durch Angehörige aufwerten

Die Pflege älterer Menschen durch einen Dienst oder durch ein Heim wird höher vergütet als die Pflege durch einen Angehörigen. Pflegende Angehörige werden oft mit organisatorischen und finanziellen Problemen alleingelassen. Wir wollen die Fürsorge für pflegebedürftige Familienangehörige in einer vertrauten familiären Umgebung stärken. Wer durch die Erziehung von Kindern im Beruf zurückstecken musste, ist im Alter bei der Rente benachteiligt. Wir wollen daher die Kinderzahl und die Erziehungsleistung stärker als bisher bei der Rente berücksichtigen. In Deutschland werden derzeit mehr als 70 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause gepflegt. Dabei sind die Pflegesätze für Pflegedienste in allen Pflegestufen doppelt so hoch wie die für eine Pflege durch Angehörige. Die AfD möchte die Rahmenbedingungen derart gestalten, dass sich erwachsene Kinder bewusst für die Pflege der Eltern

entscheiden können. Als Grundlage für die häusliche Pflege sind das Beratungsangebot für pflegewillige Angehörige in Form eines umfassenden Betreuungsnetzwerkes zu verbessern und die Pflegesätze an die Leistungen für Pflegedienstleister anzugleichen. Die AfD will Familienarbeit in der Pflege als Beitrag für das Gemeinwohl gesellschaftlich anerkennen. Die individuelle häusliche Pflege muss zu einem Hauptbestandteil der sozialen Sicherungssysteme werden.

2 Büro

2.1 Nicole Höchst: Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Obfrau

Enquete-Kommission „Berufliche Bildung “

Unterausschuss bürgerliches Engagement

Ordentliches Mitglied

Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Projektgruppe 1 der Enquete „Berufliche Bildung“

Enquete-Kommission „Berufliche Bildung “

Mitglied BFA6 „Kultur, Medien, Schule+Hochschule“

Schirmherrin der „Homosexuellen in der AfD“

Leiterin des Unterausschusses Demografie als Teil des Bundesfachausschusses BFA4 Familie

Mitglied im Kuratorium der Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V.

Leiterin LFA6 „Kultur, Medien, Schule+Hochschule“

Mitglied im Stadtrat Speyer

Schatzmeisterin KV Speyer

2.2 Mitarbeiter im Team Höchst

Berlin:

Sebastian Noll

Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter – zuständig für den Bereich Bildung und Pressesprecher

Holger Prade - Diplom-Baustoffing, zertifiz. Sachverständiger, Autor, Büroleiter - zuständig für den Bereich Familie

Meldrick Ruf (Student), Sekretariat

Alexander Stahr, Dokumentarfilmer und Fotograf
Mario Rüger, Soziale Medien
Stefan Adler, Soziale Medien
Eugeen Harschack, Soziale Medien

Meine Wahlkreismannschaft:

Benjamin Haupt, Wahlkreisbüroleiter

Gunnar Gerdeman, Wahlkreiskoordinator Bad Kreuznach

Sascha Weckmann, Wahlkreiskoordinator Birkenfeld

Reinhard Rupsch, soziale Medien

3 Rheinland Pfalz & Wahlkreis

2020 und auch noch 2021waren aus Pandemiegründen generell keine Fahrten aus dem Wahlkreis nach Berlin zum gegenseitigen Kennenlernen und Besuch des Parlaments möglich. Ich bedaure dies sehr, da ich die Begegnungen mit Ihnen sehr schätze und mich immer darauf gefreut habe. Ich hoffe, dass der Spuk bald vorbei ist und die Berlinfahrten sowie die Veranstaltungen der Landesgruppe Rheinland-Pfalz/Saarland „Auf ein Glas Wein“ bald wieder möglich sind. Die Anmeldeadressen finden Sie auf der der letzten Seite.

3.1 Nachruf für einen Freund und Mitstreiter der ersten Stunde

3.2 Danke meinen Unterstützern für ihr Vertrauen – Listenplatz 2

<u>Euer Vertrauen ist mein Auftrag. Gemeinsam sind wir stark.</u>

3.3 Auszüge aus Kacheln, Statements und Veranstaltungen

Auch 2020 war ich unentwegt für die Bürger im Wahlkreis unterwegs. Informationsabende, Stammtische, Vorträge, Stände und Veranstaltungen unter freiem Himmel wechselten sich ab. Die Lockdownregeln torpedierten naturgemäß viele geplante Events und Kontakte. Daher wurden sie soweit dies möglich war durch Online-Veranstaltungen, Online-Bürgersprechstunden und podcasts ersetzt. Weiterhin wurden verstärkt Standpunkte über Kacheln in den sozialen Netzwerken abgegeben. Besonders gut etabliert hat sich der Berliner „Sieben Tage podcast der AfD“.

Hier ein paar meiner Kacheln:

Wir diskutieren mit Ihnen aktuelle Themen
AfD
Gastredner:
Nicole Höchst (MdB)
Steffen Kotré (MdB)
DO 06.08.2020, 18:30 Uhr
Bismarckhalle, Bismarckstr. 47, Siegen-Weidenau
Foto: RadioSiegen
henningzoz.de
Ihr Bürgermeister für Siegen

BEWAHREN und STÄRKEN, was uns erhält.
SCHÜTZEN, die wir lieben! FAMILIE
DEM DEUTSCHEN
Schulungszentrum Offenbach
13.07.2020, 19:00 Uhr
AfD
Anmeldung unter e.ziegler@alternative-suew-lde

Keine Impfpflicht durch die Hintertür, auch nicht durch Gruppenzwang!
Wir wollen keine Bevorzugung bei den anstehenden Impfungen – aber vor dem 2. Wochenende im Juli 2021 müssen alle Veitsrodter geimpft oder mit ausreichend Antikörpern versehen sein - damit es dann endlich wieder heißt: "Mir sien us am Maad...!"
Infoblatt der Ortsgemeinde Veitsrodt, 02/2020
Alternative für Deutschland
FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG
Nicole Höchst, MdB

Ausgangssperren in Speyer, Ludwigshafen, Frankenthal und dem Rhein-Pfalz-Kreis
Sinnloser Aktionismus ohne Aussicht auf Erfolg – Nachtleben schon lange lahmgelegt!
Alternative für Deutschland
FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG
Nicole Höchst, MdB

Höchst brisant: Es ist höchste Zeit für einen Gedenktag der Opfer von Migration!

4. Oktober 2020 1

3.4 Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Abgeordnete Nicole Höchst (AfD)

Kann der Landkreis Bad Kreuznach die ihm zur Verfügung stehenden Mittel aus der Integrationspauschale des Bundes 2020 eigenverantwortlich verteilen, und wie viel hat er bereits für das Jahr 2020 abgerufen (bitte aufschlüsseln nach Gesamtsumme der ihm zur Verfügung stehenden Mittel im Jahr 2020 und Summe der bisher abgerufenen Mittel zum letztmöglichen Stand)?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Sarah Ryglewski vom 14. Dezember 2020:

Mit dem Gesetz zur Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten der Länder und Kommunen in den Jahren 2020 und 2021 vom 9. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2051) wurde auch der Beschluss der Regierungen des Bundes und der Länder zur Weiterführung der Bundesbeteiligung an den flüchtlingsbedingten Kosten von Ländern und Gemeinden in den Jahren 2020 und 2021 vom 6. Juni 2019 umgesetzt. Das Gesetz sah u. a. vor, den in § 1 Absatz 2 des Finanzausgleichsgesetzes festgelegten Betrag für den Umsatzsteueranteil der Länder für das Jahr 2020 um 1.436 Mio. Euro zu Lasten des Bundes zu erhöhen. In diesem Betrag ist ausweislich der erläuternden Vorbemerkungen zum Gesetzentwurf der Bundesregierung (vgl. Bundestagsdrucksache 19/14246) auch die am 6. Juni 2019 beschlossene Pauschale für flüchtlingsbezogene Zwecke im Jahr 2020 in Höhe von 700 Mio. Euro enthalten. Eine Integrationspauschale wird den Ländern seitens des Bundes im Jahr 2020 darüber hinaus nicht zur Verfügung gestellt. Inwieweit die Gemeinden und Gemeindeverbände, hier speziell auch der Landkreis Bad Kreuznach, an den mit der Gesetzesänderung verbundenen Umsatzsteuermehreinnahmen der Länder beteiligt werden, liegt ausschließlich in der Zuständigkeit und Verantwortung der jeweiligen Länder. Der Bundesregierung liegen keine Informationen über die Höhe der dem Landkreis Bad Kreuznach zur Verfügung stehenden und über die von ihm ggf. bereits abgerufenen Mittel aus der Pauschale für flüchtlingsbezogene Zwecke im Jahr 2020 vor.

3.5 Pressemitteilungen

3.5.1 Bildungsnotstand beim Weltwirtschaftsgipfel in Davos? 20.01.20

Gestern verlas in der Tagesschau (23.1.2020, 20 Uhr, Minute 19:48) der Kommentator zum Beitrag über den Weltwirtschaftsgipfel von Davos,
direkt nach dem Statement von Joe Kaeser als letzten Satz den folgenden:
„Es ist eine der Kernfragen von Davos: Wie kann der Wandel zu einer CO^2-freien Welt gelingen?“
(Hintergrundbild: Davos und die Bergwelt im Winter)

Nicole Höchst dazu:
Jetzt sollen wir also nicht mehr nur ‚klimaneutral‘ werden, was immer das auch heißen mag, sondern die Welt soll CO^2-frei werden.

Der Begriff des „Kohlenstoff basierten Lebens“ auf der Erde scheint in Vergessenheit geraten zu sein. Kohlenstoff ist die Grundlage allen Lebens auf unserem Planeten. Pflanzen und Tiere könnten ohne das Lebenselixier CO2 überhaupt nicht existieren. Je mehr Kohlenstoff es gibt, desto mehr Pflanzen wachsen, umso mehr Nahrung existiert und desto mehr Sauerstoff gelangt in die Atmosphäre.

Dass das Engagement junger Menschen, aufgrund immer schlechterer Bildung und mangelnder Lebenserfahrung, auf Irrwege geleitet werden kann, ist ja noch verständlich, doch wissen die Wirtschaftsexperten es tatsächlich nicht besser? Hat sich der Bildungsnotstand auch bei ihnen breit gemacht?
Wenn man sich an verändernde klimatische Verhältnisse anpassen oder soweit dem Menschen möglich, gegensteuern möchte, dann ist ein CO2-freier toter Planet der falsche Weg.
Ich hoffe, dass nach dem Sehen der Nachrichten doch manchem ehemaligen Schüler, der in Bio und Chemie aufgepasst hat,
klar wird, welch ein gefährlicher Unsinn durch eine solche Aussage verbreitet wird! Traurig ist, dass es wohl viele Menschen gar nicht mehr bemerken werden.
Es wird Zeit, dass wir uns dem Schutz und Erhalt unserer Umwelt wieder realitätsbezogen widmen; und zwar durch Bildung und Fakten, durch offene Diskussion um den richtigen Weg und das Ergreifen geeigneterer Maßnahmen.

3.5.2 Teure Neugründung Stiftung Ehrenamt - die Mittel für das Ehrenamt fehlen in den Kommunen! 24.01.20

Die Bundesregierung plant die Gründung einer Stiftung Ehrenamt, eine zentrale Anlaufstelle auf Bundesebene mit Serviceangeboten, Informationen zur Organisationsentwicklung und dem Ziel der Vernetzung.

Nicole Höchst:

Die AfD begrüßt prinzipiell das Ansinnen der Bundesregierung, bürgerliches Engagement und Ehrenamt insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Räumen zu fördern und zu stärken. Bei dem Lippenbekenntnis darf es allerdings nicht bleiben. Und ob die Neugründung der Stiftung für das Ehrenamt die passende Maßnahme hierfür ist, wage ich zu bezweifeln.

Die im vorgelegten Satzungsentwurf geplante Zusammensetzung des Stiftungsrats und des Vorstandes erscheint bedenklich. Er begünstigt vier Mitglieder des Deutschen Bundestages und sieht zwei hauptamtliche "Amigoposten" für die Bundesregierung vor. Das lässt befürchten, dass es um den politischen Machterhalt von Ideen und zu Lasten Andersdenkender geht, wieder Teile der Bürger und Wähler ausgeschlossen werden.

Durch die Bundesregierung und nachgeordnet dann auch die Stiftung werden Programme gefördert, die unzulässiger Weise den Kampf gegen Extremismus auf die einzig verbliebene freiheitlich konservative Partei, die Alternative für Deutschland, fokussieren und somit die Spaltung der Gesellschaft in besorgniserregender Weise befördern.

Wie wird denn sichergestellt, dass die geplante Stiftung wirklich den ehrenamtlich engagierten Bürgern dient und nicht zusätzlich Steigbügelhalter für eine Haltungsdiktatur in Deutschland sein wird?

In vielen Kommunen vieler Bundesländer, wie zum Beispiel in Speyer (Rheinland-Pfalz), fehlen generell Mittel und leider wird gerade auch am Ehrenamt gespart.

Wir würden uns wünschen, dass die Bundesregierung Mittel und Wege findet, zweckgebunden Gelder für das Ehrenamt in die Kommunen zu bringen, die dann dort auch für das Ehrenamt verausgabt werden.

Eine Stiftung einer Regierung, die zum Teil der Ideologie der Antifa nähersteht als unserem Grundgesetz, lehnen wir als AfD ab. Wir fordern Unterstützung für das Ehrenamt in den Kommunen, Dort, wo Menschen im Ehrenamt die Stützen unserer Gesellschaft bilden und wo der Dienst an der Gesellschaft letztlich stattfindet.

3.5.3 Jugendhilfe nimmt besorgniserregenden Umfang an 14.02.20

Der in den letzten Jahren ständig steigende Umfang notwendig gewordener Jugendhilfe sollte der gesamten Gesellschaft Anlass zum Nach- und Umdenken sein. 1991 wurden in Deutschland ca. 18,8 Milliarden Euro für die Jugendhilfe ausgegeben, 2018 waren es bereits ca. 51,04 Milliarden.

Mit der geplanten Neugestaltung des SGB VIII dürften die Ausgaben eine nicht unwesentliche Steigerung erfahren.

Nicole Höchst MdB dazu: „Wenn man nach den Ursachen für diese Steigerung sucht, stellt man ein weitestgehendes Fehlen von Forschung in der Jugendhilfe fest. Die Gründe hierfür sehen wir ganz klar in mangelndem Interesse, da die beteiligten Profiteure natürlich kaum am Abbau ihrer eigenen Jobs interessiert sind. Es ist von dem SPD geführten Familienministerium kaum zu erwarten, dass es Ursachenforschung betreibt, denn diese könnten und würden eigenes Versagen aufzeigen. Die Frage ist also nicht, OB die Familienpolitik in die falsche Richtung geht, sondern nur WAS schief läuft. Da Familienpolitik nicht ohne andere Bereiche funktionieren kann, muss auch der kritische Blick auf Bildungs-, Arbeits-, Wohnungs-, Renten-, Gender- oder Frauenpolitik gerichtet werden.

Der Wissenschaftsetat beträgt nur ein knappes Drittel (18,3 Mrd. in 2019) der Ausgaben der Jugendhilfe (51 Mrd. in 2018). Will man uns wirklich in dem Glauben lassen, dass anhand solcher Missverhältnisse niemandem auffällt, dass der Zug längst entgleist ist?

Warum ist überhaupt so viel Jugendhilfe nötig? Die Frage muss man stellen!

Soziale Politik ist eben viel mehr, als gut bezahlte Problemverwaltung und hochglanzpolierte Schaufenster-Familienpolitik, von der letztlich nur die wenigsten Familien wirklich profitieren.

Die AfD fordert daher eine schonungslose Ursachenanalyse und eine daraus folgende Kurskorrektur.

3.5.4 Ist das ihr (Tod-)Ernst? Abtreibungsschein per Homeoffice wegen Corona? 31.03.20

Familienministerin Giffey stellt Coronaschutz von Abtreibungsberatern über menschliches Lebensrecht. Sie kündigte eine Scheinausstellung nach Telefon- oder Onlineberatungen an. Doch es regt sich Widerstand. Kristijan Aufiero, Vorstandsvorsitzender des Vereins „Pro Femina “ bringt es auf den Punkt, wenn er von Dammbruch spricht; ebenso die Vorsitzende des Bundesverbandes Lebensrecht (BVL) Alexandra Lindner, welche es Rezept über Leben und Tod nennt.

Nicole Höchst dazu: „Das ist nun wirklich eine Leistung, die in die Geschichte eingehen wird. Die Abtreibungsindustrie schreit nach Nachschub und die Familienministerin willfährt?!? Unstrittig ist, dass die Abtreibungsindustrie durch diese legalisierten, lebenstötenden Eingriffe Geld verdient. Statt Verhütung voranzustellen, wird Unterstützung für „Abtreibung im Homeoffice “ gegeben. Der eigentliche Skandal ist, dass die Mehrzahl (über 95%) aus sogenannter sozialer Indikation abtreibt - im besten Deutschland aller Zeiten.

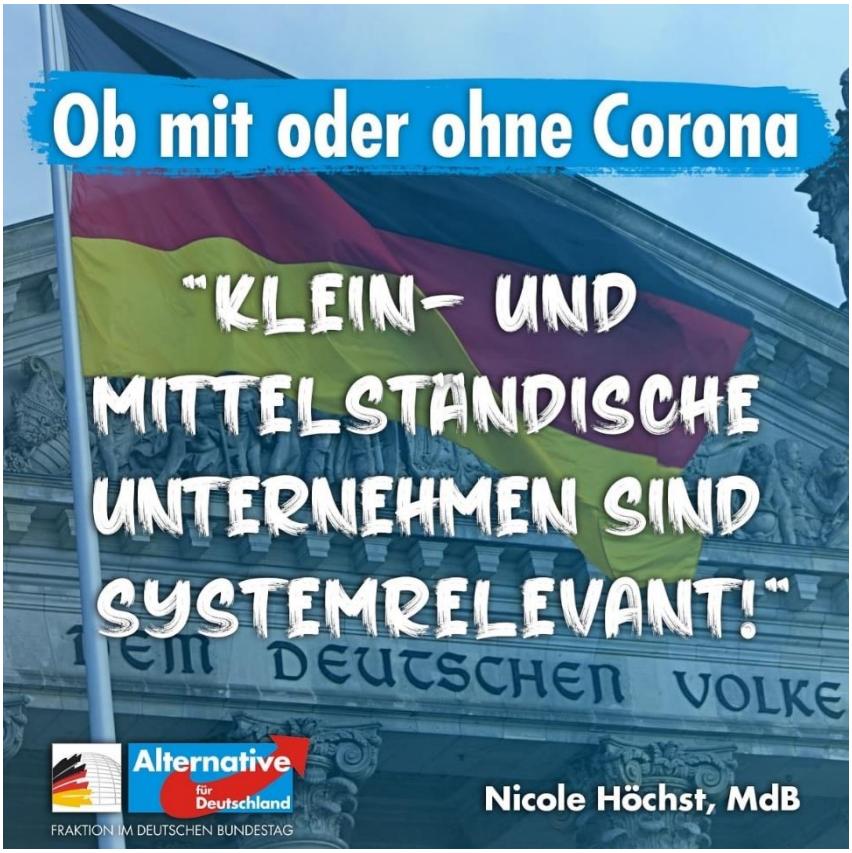
Für das kleine Menschlein im Bauch der Mutter ist die Vermeidung von Abtreibung, durch direkte Gespräche mit den Beratern, die einzig noch mögliche lebensrettende Notfallbehandlung, und da legt eine „Familien “-ministerin die Axt an! Wie wäre es mit Abstand beim Beratungsgespräch wie in der Kaufhalle?

Kinder sind in jedem Entwicklungsalter Menschen. Sie sind die Familien von morgen, die zukünftigen Generationen. Sie sind die Zukunft. Ohne Kinder braucht man auch kein Familienministerium mehr."

3.5.5 Kleine Geschäfte haben das Nachsehen 02.04.2020

Große Discounter nutzen die Chance der Corona-Krise und bieten zunehmend Waren an, welche bisher nur von kleineren Geschäften angeboten wurden. Was für die Kunden nur kurzfristig und zur Überbrückung positiv ist, ruiniert langfristig Klein- und Mittelstand, denn es ist nicht damit zu rechnen, dass nach der Krise, freiwillig Wettbewerbsvorteile wieder aufgegeben werden.

Nicole Höchst dazu: „Die kleineren Geschäfte, welche keine Vollanbieter sind, müssen schließen und verlieren ihre Existenz, wenn nicht von den Landesregierungen schützende Regeln aufgestellt werden. Wenn dies nicht geschieht, veröden unsere Innenstädte am Ende noch mehr, Vielfalt und Individualität gehen verloren und die Autoschlangen zu den großen Discountern werden noch größer. Die Folgen der Globalisierung benachteiligen die Kleinen und machen die Großen zu Gewinnern. Aus Bundessicht müssen die Länder daher schnellstens reagieren, um die Folgen dieser künstlichen Wettbewerbsverzerrung mit einem Korrektiv zu versehen. Als Bundestagsabgeordnete können wir zurzeit leider nur mit Vorlagen und Initiativen unterstützend tätig werden. Wichtig ist daher, dass wir die Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen und die Aktivitäten der Landesregierungen im Auge haben. "



3.5.6 Ungehinderte Zuwanderung in Coronazeiten verschärft Probleme der einheimischen Bevölkerung 16.04.20

Nach Angaben der Bundeszentrale für politische Bildung stellten zwischen 2015 und 2019 wesentlich mehr Männer als Frauen einen Asylantrag. In den Altersgruppen 16-17 waren sie 2018 mit 69,9%, 18 - 24 mit 66,2% und in der Altersklasse 25 bis 29 immerhin noch mit 61% vertreten. In Deutschland leben ca. 48% Frauen und 52% Männer. Damit wandert ein zusätzlicher Männerüberschuss ein, welcher mit der restlichen Bevölkerung mitaltert. Der Wissenschaftliche Dienst stellte in den beiden Sachstandsberichten „Flüchtlinge und Demografieprognosen“ sowie „Demografie und Zuwanderung“ fest, dass die bisherige Zuwanderung die Demografieprobleme nicht lösen wird. Problematisch ist für das deutsche Sozialsystem, dass unter den 4,1 Millionen (März 2019) sogenannten erwerbsfähigen Leistungsberechtigten der Anteil der Migranten bei 57 Prozent lag. Jetzt kommt durch die Corona Krise ein weiteres Problem hinzu.
Nicole Höchst MdB dazu: „Die Bundesregierung legte eine Schätzung vor, wonach mit 2,15 Millionen Kurzarbeitern gerechnet wird. Bis zum 28.03. stellten bereits 360.000 Selbständige und Kleinunternehmen Hilfsanträge. Die Taskforce des Mittelstandes befürchtet ein Massensterben. Ungeachtet dieser Situation holt unsere Bundesregierung weiterhin ungezügelt Asylsuchende ins Land. Es ist der breiten Masse der Bevölkerung nicht vermittelbar, was da von vielen Menschen unbemerkt geschieht. Während die meisten Menschen um ihre Existenz bangen und viele Milliarden neuer Schulden aufgenommen werden, verstärkt die Bundesregierung noch die Notsituation, indem sie ohne Not das Geld der Steuerzahler mit dem Füllhorn ausschüttet. Um unvorstellbare Schuldsummen „reicher“, feiert sich die Bundesregierung für ihre gute Arbeit noch selbst, doch hat die Bundeskanzlerin nicht geschworen, jeden Schaden vom deutschen Volk abzuwenden? Wir fordern als AfD ein Ende der Einwanderungspolitik. Wenn nicht zu Zeiten der Corona Krise, wann dann?“

3.5.7 Mangelhafte gesellschaftliche Aufarbeitung der DDR-Diktatur ist besorgniserregend 05.05.2020

Am 04.03.20 fand im Deutschen Bundestag eine sehr gut besuchte Veranstaltung zum Thema „Die DDR und ihre politischen Auswirkungen bis in den Deutschen Bundestag“ statt. Sie findet am 10.03.20 ihre Fortsetzung durch den AK Menschenrechte: „Wendezeit im Schatten der Stasi“.
Im Podiumsgespräch saßen die Trägerin des Bundesverdienstkreuzes Vera Lengsfeld sowie Angelika Barbe welche das Berliner Bürgerbüro zur Aufarbeitung der Folgeschäden der DDR-Diktatur mitbegründete. Beide Frauen waren in der DDR Oppositionelle und nach der Wende Mitglieder der Volkskammer bzw. des Deutschen Bundestages.

Nicole Höchst MdB dazu: „Zwei wunderbare Frauen mit klarem Verstand und enormen Hintergrundwissen, weiteten den Blick für ein besseres Verständnis der zweiten sozialistischen Diktatur auf deutschem Boden.

Viele Menschen spüren, dass ihre Freiheiten zunehmend beschnitten werden. Besonders Ostdeutsche, die die DDR noch bewusst erlebten und 89 friedlich in die Knie zwangen, sehen entsetzt erneut eine noch viel heimtückischere Diktatur entstehen. In der DDR regierte der Unrechtsstaat wenigstens mit offenem Visier. Es wurde an diesem Abend klar, dass fehlende Erfahrung, fehlendes Geschichtswissen und mangelhafte gesellschaftliche wie parlamentarische Aufarbeitung, viele Menschen am Erkennen der Gefahr hindern.

Frau Lengsfeld betonte, dass wir heute leider eine freiwillige Gleichschaltung der Medien erkennen und mahnte, mehr zwischen den Zeilen zu lesen. Sie selbst betreibt den Blog vera-lengsfeld.de und ist Gastautorin bei achgut.com. Ihr jüngst erschienenes Buch “Was noch gesagt werden muss“ sollte Pflichtlektüre sein.

Frau Barbe regte an, ein Nürnberg des Kommunismus zu fordern, Kommunismus zu ächten und die Opfer zu entschädigen.

Dem kann man nur zustimmen. Nach zwei Diktaturen, die unmittelbar nacheinander ein Schwarz-Weiß-Denken zementierten, leben wir heute bereits wieder in einer faschistoiden Gesinnungsdiktatur der totalitären Toleranz, in der Andersdenkende verfemt und ihrer Stimme beraubt werden.
Die Alternative für Deutschland steht vollumfänglich zum Grundgesetz, insbesondere zu Artikel 3, nach dem niemand für seine politischen Anschauungen diskriminiert werden darf. Wir werden daher alle demokratischen Kräfte unterstützen, welche in unserem Land für Gesetz, Normalität, Miteinander und freiheitliche Demokratie stehen.

3.5.8 Niemanden vergessen - Mütter im familiensensiblen Strafvollzug 05.05.20

Familien haben es in Zeiten von coronabedingten Schul- und Kitaschließungen besonders schwer. So sind sogar der Aufenthalt auf Spielplätzen/das Treffen mit Freunden strafbewehrt. Oft schießen die Maßnahmen auch weit über das, was menschlich noch vertretbar ist hinaus und sind oft nicht mehr nachvollziehbar. Unterstützung, Verständnis und gegenseitige Hilfe werden daher immer wichtiger.
Nicole Höchst dazu:
In dieser Situation sind wir als Gesellschaft gefordert, niemanden zurückzulassen, wie zum Beispiel die Frauen, Mütter und Väter im offenen familiensensiblen Vollzug. Dieser wird recht unterschiedlich gehandhabt. Die Bandbreite reicht von häuslicher Quarantäne oder Haftunterbrechung, bis hin zu verschärfter Isolation, wie in der Außenstelle Steinhagen. Durch das Coronavirus steht dort das Leben von 33 Frauen und Müttern nahezu still. In einem mehrseitigen Brandbrief schilderten sie ihre Notsituation und wie dadurch die Mutter-Kind-Bindung besonders in Gefahr ist. Familienbesuche wurden abgesagt, Ausgänge, Urlaube und sogar Einkäufe. Die Telefonate mit den Kindern sind zeitlich limitiert, Termine mit Ärzten, Anwälten oder dem Jugendamt werden bis auf wenige Ausnahmen abgesagt. Die Mütter haben ihre Kinder seit vielen Wochen nicht gesehen und können nicht mehr der sowieso eingeschränkt möglichen Fürsorgepflicht nachkommen (§1626 BGB-elterliche Sorge). Nicht nur, dass die Psyche der Mütter stark darunter leidet, es trifft auch die Kinder; je kleiner umso mehr. Die Angst, zusehen zu müssen, wie auch der letzte Rest der oft mühsam erhaltenen Beziehungen per Dekret verloren geht, muss fürchterlich sein. Es fehlen aber auch Desinfektionsmittel oder erhöhte Hygienemaßnahmen, welche über Abstandsregeln o.ä. es ermöglichen würden, den Kontakt nicht abbrechen zu lassen. Vielleicht ist ja die Außenstelle im Strafvollzug in Steinhagen bereit, ihre Maßnahmen auf den Prüfstand zu stellen und alternative Lösungen zu finden, die den Müttern und ihren Kindern ihren inneren Halt wieder zurückgeben kann.
Wir als AfD stehen für ein Augenmaß, welches Menschlichkeit und Mitgefühl genauso berücksichtigt, wie gesundheitliche und wirtschaftliche Aspekte.“

3.5.9 Kolumne über Kita und Familie 06.05.20

Im Bundestag wurde am 06.05.2020 ein Antrag der FDP mit dem Titel „Verantwortungsvolle Kita-Öffnung und Elternunterstützung in Pandemiezeiten“ behandelt. Kindertagesstätten sind eigentlich Ländersache, sodass es erstaunlich ist, dass er nicht schon im Sekretariat abgewiesen wurde.

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/189/1918954.pdf

Wie der Titel bereits aussagt, geht es um: Zitat: “…das Ziel, zeitnah vollerwerbstätige Eltern/Alleinerziehende zu entlasten

und bessere Planungsmöglichkeit zu eröffnen, wie und bis wann sie ihre derzeitige Mehrfachbelastung fortführen müssen.“ Die Forderung kann man prinzipiell nur unterstützen. Die Problemanalyse trifft jedoch nicht den Kern, denn viele Eltern sehen ganz andere Problemlagen. Sie sehen gesellschaftliche Grundprobleme, wie in der Studie von Elternstimme e.V. ersichtlich ist. Diese ist zwar nicht repräsentativ, spiegelt aber die strukturellen Fehler der aktuellen Familienpolitik wieder.

https://elternstimme.org/de/blog/elternbefragung-zu-kita-schliessung-und-notbetreuung/20200427_Auswertung%20Elternumfrage%20ElternSTIMME%20-%20ohne%20Adressen.pdf

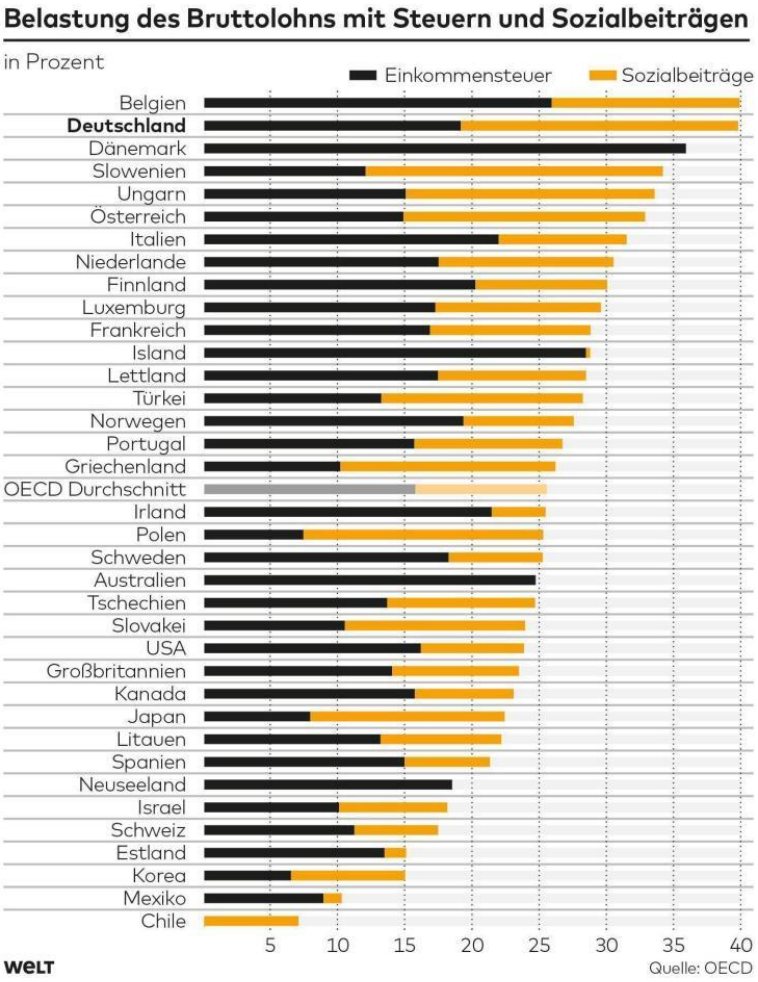
In den Forderungen der FDP ist von Hygieneregeln, Zielgruppen und Schnelltests die Rede. Am Ende sollen jedoch Staat und Unternehmen zusätzlich belastet werden.

Diese müssten jedoch, soweit es ihnen überhaupt möglich ist, ihre Kosten umlegen, welche letztlich wieder bei den Bürger landen. Letztere tragen jedoch laut einer OECD-Studie bereits die höchste Steuerlast in Europa.

https://www.welt.de/wirtschaft/article191736757/OECD-Studie-Bei-der-Steuerlast-gehoert-Deutschland-zur-Weltspitze.html

Ebenso ist die hohe Abgabenlast der Unternehmen bereits ohne Coronakrise viel zu hoch.

https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/unternehmenssteuern-steuerlast-wird-fuer-deutschland-zum-standortrisiko/24102736.html?ticket=ST-3610870-dar5OwAxYKwsqbz7wMTl-ap3



In der Elternbefragung von Elternstimme e.V. zeigen die Antworten der Eltern auf die Frage „Was würde dir jetzt wirklich helfen?“, dass es nicht nur um Kostenfaktoren geht. Von 2065 Befragten geben nur 321 an, dass ihre derzeitige Situation okay sei. Sie sagen:

- dass Kontaktverbote zu depressiven Anzeichen bei den Kindern führen

- man als Familie in der Öffentlichkeit nahezu geächtet wird,

- Politik und Gesellschaft Eltern mit Kindern nicht ernst nehmen,

klare Perspektiven und Wertschätzung fehlen,

- nicht gesehen wird, was Mütter leisten und man noch nicht einmal das Gefühl hätte, dass jemand auch nur versucht, Lösungen zu finden,

- Medien viel zu emotionsgeladen berichten und alle nur verängstigen,

-dass der Regelbetrieb von Kitas und Schulen Grundbedingung für ein reibungsfreies Funktionieren der Wirtschaft sei.

- uvm.

Diese Aussagen finden sich in Analyse und Lösungsansatz des FDP-Antrages nicht wieder.

Sie stimmen aber mit den Familienleitbildern der AfD überein und spiegeln sich in den familienpolitischen Leitlinien des AK Familie im Bundestag wieder. In ihren Leitbildern führt die AfD auf:

„Ziel einer ethisch fundierten Gesellschaftspolitik muss es sein, möglichst viele Menschen von staatlichen Sozial- und Ergänzungsleistungen unabhängig zu erhalten oder zu machen. In der Regel sollten Eltern ihre Familie mit einem Vollzeiteinkommen unterhalten können…… . Darüber hinaus ist die isolierte, von ihren Familien losgelöste Betrachtung von Kindern abzulehnen. Die natürliche Verbundenheit von Eltern und Kindern muss das Leitbild auch im System der familienpolitischen Leistungen bleiben.“

Die Familienpolitischen Leitlinien der AfD gehen einen Schritt weiter. In Punkt 7 steht: „Der gesellschaftliche, finanzielle und arbeitsmarktliche Druck zur Berufstätigkeit beider Elternteile ist ein großer Mangel. Die Anerkennung von Vollzeitmüttern verlangt tatsächliche Wahlfreiheit. In den ersten Lebensjahren ist insoweit auch das Bedürfnis der Kinder nach familiennaher Betreuung durch Eltern und/oder Großeltern hoch zu gewichten. Grundsätzlich ist es wünschenswert, dass Kinder soweit als möglich von ihren Eltern erzogen werden.“

Wären diese Forderungen heute Realität, würde sich der Antrag der FDP erübrigen und es gäbe die Kostendiskussion auf viel niedrigerem Niveau. Die Herausforderungen der Coronakrise bringen jetzt die verfehlte Familienpolitik an die Oberfläche. Der Weg, der seit Jahrzehnten beschritten wurde, wird nun von der Realität dargestellt, als das was er ist: Der Ruin von Familie, Gesellschaft, Wirtschaft und Staat. Die traurige Wahrheit ist, dass es sich kaum eine Familie noch finanziell leisten kann, ihre Kinder zuhause selbst zu betreuen. Mütter und Väter sind unabhängig von ihren persönlichen Wünschen dazu gezwungen, ihre Kinder schnellstmöglich in Fremdbetreuung zu geben und in Vollzeit zu arbeiten, um sich Kinder überhaupt noch leisten zu können.

Der von der FDP geforderten, Corona-Elternzeit, die einen Rechtsanspruch auf Arbeitszeitreduzierung mit entsprechendem Kündigungsschutz und staatlichen Verdienstausfallentschädigungen für die Eltern fordert, stellt nur eine Symptombekämpfung dar. Es nützt nichts Kosten von A) nach B) oder in die

Zukunft zu verlagern. Hier braucht es eine Kehrtwende um 180%, weg von ideologisch verblendeter Familienfeindlichkeit und hin zu gesunden leistungsstarken und –willigen Familien. Die bisherige Familienpolitik führt weder zu mehr Geburten, noch hält oder senkt sie die immer höheren Fallzahlen der Jugendhilfe, noch stärkt sie die Kernzelle der Gesellschaft. Leidtragende sind die Kinder, auf deren Rücken der Kampf um die Familie ausgetragen wird. Es bedurfte erst einer Pandemie, um die Fehlentwicklungen auch für eine größere Mehrheit sichtbar zu machen.

Eigenständigkeit, Eigenverantwortlichkeit, Perspektive und Sicherheit, freie Wahl des familiären Lebens und gesellschaftliche Wertschätzung mit Nachteilsausgleich machen Familien pandemiesicher.

Wenn beide Elternteile arbeiten müssen, um sich Kinder leisten zu können, und wenn sie dies tun, dann aber keine Zeit mehr für ihre Kinder haben, dann stimmt etwas nicht.

Wenn Eltern unter dem Druck der Kitakosten stöhnen, Öffnungszeiten nicht auf den Arbeitsplatz passen und der Staat milliardenschwere Ausgaben für Kitas hat, gleichzeitig aber per Gesetz prozentuale Vorgaben über steigende Kinderbetreuungszahlen macht, dann stimmt etwas nicht.

Drucksache 19/4947 Seite 15: „..Der Indikator für 3- bis 5-jährige Kinder (SDG 4.2.b) sieht als Zielmarke für 2030 ein Betreuungsangebot von 70 Prozent vor.“

Und wenn ein grassierendes Virus Anträge, wie den der FDP, erst notwendig macht, dann ist der ganz praktische Beweis erbracht, dass wirklich etwas nicht stimmt.

Eine Familienpolitik, welche die überwiegende Mehrheit der Eltern zwingt, ihre Kinder in die Kita zu bringen, was diese wiederum von ihnen entfremdet, was wiederum zu immer mehr verhaltensgestörten Kindern führt, was wiederum zu über Ausgaben für die Jugendhilfe von über 50 Milliarden Euro führt, welche auch die schwer arbeitenden Eltern mit erwirtschaften müssen, was wiederum zur Überschreitung der Millionengrenze bei Hilfen zur Erziehung HzE führt, ist als gescheitert zu betrachten. Geschlossene Kindergärten zeigen die Anfälligkeit dieser vom Grundsatz her falschen Politik.

https://www.presseportal.de/pm/50313/4459547

Sachsen: Jedes vierte Schulkind hat psychische Probleme

https://www.saechsische.de/fast-jedes-zweite-kind-spricht-nicht-richtig-3888792.html

Projekte, wie:

„Kita digital - Chancen der Digitalisierung im Bildungssystem Kita“,

Tablets im Kindergarten – mobil und multifunktional?! In K. Friedrich/F. Siller/A.Treber (Hrsg.)

Oder

URL: http://forschungsstelle.appmusik.de/app-kidsmusikmachen-mit-tablets-im-kindergarten/

stellen außerdem Experimentierfelder für die Kleinsten dar, etwas, was die meisten Eltern vermutlich nicht wirklich wollen.

3.5.10 Deutschland und EU versagen bei Bekämpfung von Beschneidungen 13.05.20

Auf den ersten Blick scheint es, als ob Deutschland und die EU aktiv gegen Beschneidungen von jungen Frauen und Mädchen vorgehen würden. Weltweit sind nach Angaben von UNICEF über 125 Millionen Frauen und Mädchen betroffen. 2013 wurde mit §226a StGB ein Spezialstraftatbestand geschaffen. Eine Arbeitsgruppe der Bundesregierung nahm 2014 einen Maßnahmenkatalog der EU Kommission auf, und erklärte diese zur Arbeitsgrundlage ihrer Bekämpfungsmaßnahmen der weiblichen Genitalverstümmelung. Mehrere Ministerien und Institutionen (BMFSFJ, BMG, BMZ, BZgA, BAFzA; BPB) und mehrere Bundesländer (TH, BW, RLP, NS, HH und Berlin) „ergriffen die Initiative“, jedoch ohne Erfolg.
Nicole Höchst MdB dazu:
Die Zahlen der registrierten Beschneidungsfälle stiegen in Berlin beispielsweise innerhalb eines Jahres um das 29-fache. Diese Entwicklung ist in ganz Deutschland zu beobachten. Terre des Femmes spricht aktuell von betroffenen 70.000 Frauen. Das entspricht einer Stadt wie Aschaffenburg. Im Februar 2017 sprach die Bundesregierung noch von knapp 48.000. In nur zwei Jahren bedeutet das einen Zuwachs weiblicher Opfer um mehr als 45%. Da fragt man sich, wie ernst gemeint all die schönen Lippenbekenntnisse tatsächlich sind. „Frauen können alles“, in Deutschland eben auch folgenlos zwangsbeschnitten werden. Die Verstümmler werden nicht angezeigt, die Verbrechen nicht geahndet, Bestrafung, Abschreckung finden nicht statt. Es müssen dringend zusätzliche Maßnahmen zum Schutz von Mädchen und Frauen getroffen werden; gerade auch um zukünftig diese Verbrechen zu verhindern! Wo bleiben da der Aufschrei der Feministen und die Demonstrationen auf der Straße? Wo bleiben die wirksamen Gegenmaßnahmen der Bundesregierung und der EU? Oder wird hier die Garantierung körperlicher Unversehrtheit gemäß GG Artikel 2 Absatz 2 auf dem Altar der grenzenlosen Einwanderung zu Grabe getragen? Fakt ist, dass deutsche Frauen so gut wie gar nicht davon betroffen sind, es also nur um Migrantinnen geht. Eine doppelzüngige Moral! Wir als AfD werden die Bundesregierung und die anderen Oppositionsparteien hier nicht aus der Verantwortung lassen. Ihre Glaubwürdigkeit können sie dann in der Abstimmung in Plenum und Ausschuss beweisen.

3.5.11 Coronaverdacht darf kein Grund für Kindesentzug sein 24.05.2020

Nicole Höchst MdB zum Elternbrief des sächsischen Kultusmunisteriums:

"Wer hätte noch vor ein paar Monaten geglaubt, dass der bloße Verdacht auf eine grippeähnliche Erkrankung zu Kindesentzug durch staatliche Inobhutnahme und damit zum schlimmsten Angriff des Staates auf Kinderseelen und Eltern überhaupt führen könnte? Wohl niemand! Dennoch ist dieses Horrorszenario bereits Realität. In einem Elternbrief bedroht das sächsische Kultusministerium die Eltern mit diesem Szenario, wenn ein Infektionsverdacht besteht oder ein tägliches Erklärungs- und Unbedenklichkeitspapier nicht ausgefüllt und die Elternteile während der Schulzeit nicht erreichbar sind.

Somit kann niemand mehr früh zur Arbeit gehen und sich sicher sein, am Abend noch sein Kind im Haus zu haben. Der Busfahrer, der Handwerker auf der Baustelle, die OP-Schwester, Forstarbeiter, welche in Funklöchern arbeiten und und und. Sie alle können gar nicht rund um die Uhr erreichbar sein. Warum bringt man ein Kind mit Coronaverdacht nicht zum Arzt und informiert darüber schnellstmöglich die Eltern, so dass diese unverzüglich ihr Kind dort abholen können? Die gleiche Verfahrensweise kommt doch bereits auch bei einem in Kindergarten, Schule oder Hort verunfallten Kind zum Einsatz. Warum wird für den Corona-Verdachtsfall eine verschärfte Regelung eingeführt? Und wie ist die "Rückgabe" des Kindes geregelt? Darüber schweigt das Papier.

Ideologisch agierende Diktaturen handeln nachvollziehbar willkürlich zum eigenen Machterhalt und bedrohen Familien, wie damals in der DDR geschehen. Demokratien hingegen messen nicht mit zweierlei Maß, handeln nachvollziehbar rechtstaatlich im Sinne Ihrer Bürger und unterstützen Familien.

Führt jetzt ein Virus zur "Oberhoheit des Staates über die Kinderbetten"? Wie auch immer man zu den sächsichen Schutzmaßnahmen steht, hier handelt es sich um eine unmenschliche und zutiefst ethisch-moralisch verwerfliche Zwangsmaßnahme oder zumindest deren Androhung.

Für uns als AfD, stellen Familien mit ihren Kindern, als soziale Kernzellen unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft, ein besonders schützenswertes Gut dar. Nicht umsonst wurde im Grundgesetz genau dies fest verankert. Wer ein Virus instrumentalisiert, um Elternrechte und Kindeswohl auszuhebeln, verlässt den Boden des Grundgesetzes und missachtet alle unsere gewachsenen Werte des Zusammenlebens.

Wir als AfD werden die immer tiefer gehende, schrittweise Beschneidung unserer Grundrechte nicht akzeptieren. Kinder brauchen keine staatliche Inobhutnahme nach neuen Gesetzen und Verordnungen sondern Herz und Verstand."

3.5.12 Lehrer auch an deutschen Schulen zunehmend in Gefahr 25.5.20

Höchst: Lehrer auch an deutschen Schulen zunehmend in Gefahr

Bereits 2016 zeigte eine Studie des Forsa-Institutes, dass über 45.000 Lehrer an allgemeinbildenden Schulen von Gewalt betroffen waren. Es kamen alle Arten von physischer Gewalt vor, von Schlägen, Tritten, Bissen oder das Werfen von Gegenständen nach der Lehrkraft. Man stellte fest, dass psychische Gewalt wie beschimpfen, bedrohen, beleidigen, Mobbing aller Art, wie Cybermobbing, oder belästigen häufiger an den weiterführenden Schulen vorkommt, während körperliche Übergriffe eher an Grundschulen zu finden sind. Seitdem hat die Gewalt weiterhin drastisch zugenommen. 2018 waren noch 26 Prozent der Lehrkräfte und 2020 bereits 34 Prozent davon betroffen. Besonders Grundschulen sind häufig betroffen. Diese sind es besonders, weil dort der Anteil an Schülern mit Migrationshintergrund besonders hoch ist, welche zunehmend kein Deutsch mehr sprechen.

Nicole Höchst MdB: "Denken wir hier in die Zukunft. Kinder, welche bereits im Grundschulalter jeglichen Respekt vermissen lassen, eignen sich diesen auch in späterem Alter nicht mehr an. Frankreich, wo kürzlich ein Lehrer enthauptet wurde, weil er im Unterricht im Rahmen der Erziehung zu Meinungsfreiheit und Toleranz Mohammed Karikaturen besprach, ist uns nur um ein paar Jahre voraus. Hier kommt eine Problemspirale auf uns zu, welche wir weder im Alltag noch als Rechtsstaat in den Griff bekommen werden, wenn wir nicht endlich die rosa Multikulti-Brille abnehmen. Muslimischer Druck auf Lehrkräfte und Schüler wird ohne politischen Beistand zur Unterwerfung der Institution Schule unter islamische Vorstellungen führen. Muslimische Eltern und Schüler, welche in Kitas und Schulen Lehrer nötigen, gehören bereits zum Alltag. Lehrerinnen, die in der islamischen Kultur als ungläubige Frauen gar nichts zu sagen haben, sind davon besonders betroffen. Die Ansage "Frauen haben in meiner Kultur gar nichts zu sagen", hörte ich bereits von Schülern, als ich noch in Mönchengladbach Lehrerin war. Vor dem Fortschreiten dieser Entwicklung warnt die AfD bereits seit ihrer Gründung. Es wird nicht zuletzt angesichts des Lehrermords in Frankreich allerhöchste Zeit, unsere Grundrechte in Deutschland mit großem Nachdruck gegen religiöse Angriffe zu verteidigen. Das Grundgesetz muss für alle gelten, und zwar zum Schutze aller. Die Politik muss nun parteiunabhängig Farbe bekennen, wohin die Reise gehen soll. Einigkeit und Recht und Freiheit oder Unterwerfung unter den Islam."

3.5.13 Waschechte Benachteiligung von Vätern wegen Covid-19? 10.06.20

Am Mittwoch, dem 17.06. wird ein Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema "Geschlechtergerecht aus der Krise" im Bundestag beraten. Bereits im Vorfeld melden sich mehrere Verbände zu Wort, so der Verband ISUV (Unterhalt und Familienrecht) oder die Interessengemeinschaft JMV (Jungen, Männer, Väter). "Gleichstellung" von Mann und Frau, dürfte der am lautesten verkündete Kampfbegriff sowohl im Bundestag, als auch in der sogenannten Zivilgesellschaft sein. Die Gleichstellungsrealität sieht jedoch anders aus.

Nicole Höchst dazu: "Erst wird über die Ausweitung des Wechselmodells gestritten, um getrenntlebende Elternteile besser einzubinden und dann werden im ausgelobten Konjunkturpaket gegen die Corona-Krise, in völliger Ignoranz der Lebenswirklichkeit, Trennungseltern in "Zahlende" und "Erziehende" auseinanderdividiert.

Dabei bleiben, oh Wunder, überwiegend getrennt lebende Väter auf der Strecke. Ungleichbehandlung, ja sogar waschechte Benachteiligung von Vätern und Männern wird seitens der Regierungspolitik durch Ministerin Giffey betrieben. Das passiert im Namen einer "Gleichstellung der Geschlechter", die in Wahrheit eine strukturelle Benachteiligung von Männern vorsieht.

Überhaupt werden Corona bedingte Belastungen von Männern und Vätern, und generell deren Probleme, kaum noch bedacht. Immerhin gehören viele von ihnen ebenfalls zur armutsgefährdeten Gruppe. Der Kritik der IG-JMV kann man sich nur anschließen, wenn sie sich entsetzt über eine Aussage von Familienministerin Giffey äußert. Diese hatte Männern und Vätern den Rat gegeben, sie mögen sich doch verschulden oder ihre Rücklagen verbrauchen. Zynischer geht es nicht mehr. Die IG-JMV bringt es auf den Punkt, wenn sie von "Geschlechter-Apartheid" redet, oder hat schon mal jemand was von Männerpolitik oder Programmen wie "Männer können alles" gehört? Wer Familienpolitik in Form von Spaltung betreibt und jung gegen alt, Frauen gegen Männer und Kinder gegen ihre Eltern aufhetzt, hat Familie und Menschsein als solches nicht verstanden. Daran ändert auch das lautstarke und inhaltlose Sprechblasen-Gerechtigkeitsgetöse von Grünen, Linken oder SPD nichts.
Das Motto der AfD ist eine wertschätzende Familienpolitik, bei der sich Frau und Mann auf Augenhöhe treffen und ergänzen, in Steuer- und Familienrecht niemand ausgegrenzt wird, maximale Entscheidungsfreiheit existiert und Paare sich ohne existenzielle Sorgen für Kinder entscheiden können. Niemand soll in Not geraten oder ausgegrenzt werden, nur weil er oder sie den "Fehler machte, „Papa oder Mama zu werden."

3.5.14 Aufarbeitung von Pädophilie in der Jugendhilfe ist aktiver Kindesschutz 17.06.20

In einem Forschungsprojekt und Gutachten der Universität Hildesheim wurde von März 2019 bis Mitte Juni 2020 eine Infrastruktur – der Jugendwohlfahrt und der Kinder- und Jugendhilfe – offengelegt, innerhalb derer vor einigen Jahrzehnten pädophiles Wirken möglich und realisiert wurde.
Hauptakteur war der Psychologe Helmut Kentler, ein Abteilungsseiter des von Willy Brandt gegründeten „Pädagogischen Zentrums“. Er spezialisierte sich in den 60-iger und 70-iger Jahren des vorigen Jahrhunderts auf Trebegänger, also auf jugendliche Herumtreiber, welche er mit Unterstützung eines Netzwerkes, bestehend aus höchsten politischen Stellen, Institutionen und der Jugendhilfe, in die Obhut von Päderasten überführte. Jetzt erst soll entschädigt werden.
Nicole Höchst dazu:

„Als Pflegestellen getarnt, bekamen homosexuelle Männer männliche Kinder und Jugendliche zugeführt. Deren abscheuliches Wirken wurde nicht nur geduldet, sondern in der Fallverantwortung der Jugendhilfe begleitet und unterstützt. Die Gutachter stellten fest, dass hier das Versagen der Kinder- und Jugendhilfe offenbar wird und keinerlei Aufarbeitung erfolgte.
Auf der einen Seite ist man fast ein halbes Jahrhundert nicht bereit, Kindesmissbrauch der übelsten Sorte effektiv aufzuarbeiten, auf der anderen Seite will man unter dem Deckmäntelchen der „Kinderrechte ins Grundgesetz“ tiefe Eingriffe des Staates in das Innerste von Familien ermöglichen. Wer kann da noch Vertrauen in die Seriosität unserer Familienpolitik haben? Der SPD regierte Berliner Senat, sieht erst jetzt Handlungsbedarf. Wie schaut es mit den Jugendämtern heute aus? Sie kämpfen mit fehlendem Personal, fehlenden Mitteln, steigenden Inobhutnahmen, immer mehr kaputten Familien. Die staatlichen Eingriffe, überschritten in 2019 die Millionengrenze. Kestner ist wohl nicht mehr möglich, dennoch steigen die Zahlen von Kindesmissbrauch und Kinderpornographie. Das ist eine erschreckende Bilanz. Die zunehmende Einflussnahme des Staates erkennt man am ehesten an seinen Ausgaben. 1991 wurden laut Statistischem Bundesamt 3,09 Milliarden für die Jugendhilfe ausgegeben. 2019 waren es bereits über 50 Milliarden mit steigender Tendenz. Ob es sich hier um ein positives Zeichen unseres Sozialstaates handelt oder eher um die Folgen einer falschen Entwicklung, mag jeder selbst beurteilen. Die Jugendhilfe ist jedenfalls ein sich selbst ernährender geldhungriger Moloch und Industriezweig geworden, der sich nur allzu oft jedweder Kontrolle entzieht. Das Gutachten der Universität Hildesheim stellt, wie die Elting-Studie, einen Anfang einer dringend notwendigen Aufarbeitung und Bestandsanalyse dar, dem Taten folgen müssen. Angesichts der vielen anderen Probleme muss vermutlich die gesamte Familienpolitik auf den Prüfstand, denn der Schutzraum Familie ist elementar und angesichts der Ergebnisse der Gutachten, kann man sich dem Bedürfnis, unsere Kinder vor dem Staat schützen zu müssen, kaum noch erwehren. Für die AfD besteht hier großer Handlungsbedarf und Sinneswandel.“

3.5.15 Wer braucht schon Väter? – Familienministerin Giffey legt die Axt an 10.07.20

Die Diskussion um die Begriffe „Vater “ und „Mutter “ heizt sich immer weiter auf. Nachdem sich massiver Widerstand aus der Gesellschaft gegen die Einführung der Begriffe „Elternteil 1 “ und „ Elternteil 2 “ gebildet hatte, ruderte die Familienministerin Giffey zurück und beschwichtigte, es sei doch nur ein Oberbegriff in einem Formular geplant.
Nicole Höchst MdB meint dazu: „Wenn es nur um ein Formular gehen würde, hätte man dieses einfach geändert. Nein. Hier geht es um wesentlich mehr. Das sehen Männerverbände genauso wie viele Christen und die überwiegende Mehrheit unserer Bevölkerung. Das Thema ist nicht neu. Bereits 2010 titelte die Zeitschrift die Welt „Europarat will "Mutter" und "Vater" abschaffen “. Die Welt spricht vom „Kampf der Geschlechter “. Damals empfahl der Europarat den 47 Mitgliedsländern, in ihren Behörden nur geschlechtsneutrale Begriffe zu verwenden. Es ist also mitnichten nur EIN Formular, sondern Ausdruck eines gesellschaftsfähig gewordenen Sexismus. Zusammen mit der Zwangsfeminisierung der Sprache, in der beispielsweise aus dem Dorftrottel die Dorftrottel*In wird, verdrängt man zunehmend das Männliche aus der Gesellschaft. Im September müssen wir uns im Familienausschuss des Bundestages mit Frauenquoten in Parlamenten beschäftigen. Da beschäftigen sich allen Ernstes teuer bezahlte Abgeordnete mit Busen zählen. Wer alle Aspekte der derzeitigen Familienpolitik gemeinsam betrachtet, muss zwangsläufig feststellen, dass Nischenpolitik und fanatischer Feminismus Leitbild der aktuellen Familienpolitik geworden sind. Wer öffentlich kritisiert, wird als homophob, frauenfeindlich und rückwärtsgewandt diskriminiert. Das ist natürlich purer Unsinn. Hier geht es darum, die rasante Abwertung von Familien und letztlich damit auch deren Auflösung sowie den Abbau der Gleichberechtigung von Männern aufzuhalten. Die AfD wird diese Abwärtsspirale nicht mitmachen.

https://www.welt.de/politik/ausland/article9339873/Europarat-will-Mutter-und-Vater-abschaffen.html

3.5.16 Gleichstellung oder Eingriff in Familienautonomie 15.07.20

Die im Bundeskabinett beschlossene nationale Gleichstellungsstrategie stellt laut Familienministerin Giffey einen Meilenstein dar.

Nicole Höchst MdB: Das Ziel, dass Männer und Frauen gleichermaßen gut von ihren Einkommen leben können, klingt auf den ersten Blick gut. Doch dann kommt der Griff in die Autonomie der Familie. Es ist von Erziehungs-, Haushalts- und Pflegearbeit die Rede. Wenn solche Ansinnen durchkommen, dann regelt eine Frau Ministerin Giffey in jedem Haushalt, wer wie oft den Müll nach draußen bringt. Ob das dann auch für schwere körperliche Arbeiten, wie das Decken des Daches an der Gartenlaube, Wege betonieren und ähnliches gilt, darf bezweifelt werden.
Familien sollen selbst entscheiden, was für sie am besten ist, wer welche Arbeiten erledigt und in welchem Umfang und nicht das Familienministerium.
Hier wird anscheinend nicht verstanden, was Familien ausmacht. Sie sind Schicksals-, Liebes- und Lebensgemeinschaften, in denen jedes Paar selbst entscheidet, was richtig und was falsch ist. Und das ist so vielfältig, wie die Menschheit selbst. Der Staat hat dort absolut nichts verloren und nichts zu bestimmen.

Die Aufgabe des Staates besteht darin, Rahmenbedingungen zu schaffen, welche Familien, ob zusammen oder getrennt lebend, maximale Entscheidungsfreiheit ermöglichen und nicht, sie ihnen zu nehmen.

Abgesehen davon stellt sich die Frage nach der Tarifautonomie. Löhne und Gehälter fallen aus wirtschaftlichen Gründen je nach Branche unterschiedlich aus. Wenn die Bundesregierung hier eingreifen möchte, geht dies nur durch staatlich angeordnete gewaltsame Aushebelung des Tarifrechtes. Letztmalig gab es dies auf deutschem Boden in der DDR-Diktatur. Schritt für Schritt wird die Freiheit der Bürger beschnitten.
Die AfD wird sich diesem weiteren Verlust von Freiheit mit aller Entschlossenheit entgegenstellen.

3.5.17 Coronahype gefährdet Kinderwohl 06.08.20

Kinder sind die Zukunft der Gesellschaft und bedürfen daher besonders in der Coronazeit einer besonderen Aufmerksamkeit und Sensibilität bei Schutzmaßnahmen. Sehr oft werden diese kritisiert, wenn sie über den notwendigen Infektionsschutz hinausschießen.
Nicole Höchst dazu: „Wichtig ist bei all den Diskussionen, die Unterscheidung zwischen Infektion und Erkrankung.
Schauen wir uns die Fakten an:
Aktuell werden für Deutschland durch das John-Hopkins-Institut 9.180 Sterbefälle mit Covid-19 ausgewiesen. Wir wissen mangels Obduktionen jedoch nicht, wie viele Menschen direkt an Corona gestorben sind sondern nur, dass sie den Virus im Körper hatten als sie starben.
Bis zum 06.08.2020 waren in Deutschland insgesamt 0,25 Prozent der 83,02 Millionen (214.289) Menschen infiziert. Am 06.08.20 waren davon noch 10.190 Menschen infiziert. Das sind 0,0122 Prozent oder anders ausgedrückt: 99,987 Prozent waren nicht infiziert.

Auf die Altersklassen 0-9 Jahre entfallen nur 1,8 Prozent der Infektionen und 4,3 Prozent auf das Alter 10-19. Nehmen wir nun im Mittelwert ca. 3 Prozent an, so machen infizierte Kinder und Jugendliche

0,00036 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Nur am Rande sei erwähnt, dass im Vergleich dazu, die Influenza-Infektionen 2018/19 in diesen Altersgruppen bei 13 Prozent lagen.

https://influenza.rki.de/Saisonberichte/2018.pdf (Seite 35)

Von Kindern und Jugendlichen geht jedoch die geringste Gefahr für eine Weiterverbreitung des Corona-Virus aus. Auf eine Million Kinder würden bei diesem Zahlenspiel 360 Infizierte kommen. Die Wahrscheinlichkeit, am Essen zu ersticken, ist 10fach höher.
Und dafür lassen wir Schule ausfallen, entziehen Eltern dem Arbeitsprozess und gefährden unseren Nachwuchs sowohl in psychischer als auch bildungstechnischer Hinsicht? Tappen wir hier nicht in eine kognitive Falle, bezeichnet als "denominator neglect", die Vernachlässigung des Nenners?
Hier noch ein Vergleich, der dies verdeutlicht. Laut RKI erleiden 2,8 Millionen Menschen in Deutschland jährlich einen Haushaltsunfall. Die Wahrscheinlichkeit im eigenen Haushalt sich zu verletzen, ist damit 13 x höher, als sich zu infizieren.
Es wird Zeit, dass wir angesichts der Fakten wieder zur Normalität zurückkehren und uns sachlich damit auseinandersetzen, wie wir mit Erkrankungswellen zukünftig umgehen.
Menschlichkeit, Menschenleben, Rechtstaatlichkeit, Wirtschaft und Existenzgrundlagen dürfen nicht in einem oft nicht nachvollziehbaren Verbots- und Vorschriftentohuwabohu geopfert werden. “

https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1102667/umfrage/erkrankungs-und-todesfaelle-aufgrund-des-coronavirus-in-deutschland/

https://de.statista.com/infografik/21676/anteil-der-corona-infektionen-in-deutschland-nach-altersgruppen/

https://www.rnd.de/gesundheit/corona-aktuell-fallzahlen-am-06082020-karten-grafiken-tabellen-ZF7G5L2KOREUFDX5XF4HGGXDFI.html

https://www.deutsche-familienversicherung.de/sachversicherung/hausratversicherung/ratgeber/artikel/die-meisten-unfaelle-passieren-zu-hause/

6.1.15 Studenten büßen für Rachegelüste der EU an GB und Nordirland 24.08.20

Studierende, Schülerinnen und Schüler, die eine Ausbildungsstätte im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland besuchen und dabei nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) gefördert werden, sollen BAföG nur noch bis zum Auslaufen ihrer aktuellen Verträge erhalten. Demnach soll danach kein Bafög mehr gezahlt werden. Grund für die Entscheidung der Bundesregierung ist ein anhängiges Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Kommission (Nummer 2011/2086) und die sogenannte „Freizügigkeitsrichtlinie “.
Bekannt gemacht wurde diese Entscheidung in der Drucksache 19/21750 des Deutschen Bundestages. Nicole Höchst MdB erklärt dazu: „Es ist symptomatisch für diese EU, dass sie detailliert in ureigene nationale Regelungen eingreift, obwohl ihr Aufgabenbereich eigentlich auf Entscheidungen beschränkt ist, welche die Mitgliedstaaten nicht allein umsetzen können. In diesem Fall ist es ein weiterer direkter Angriff auf unser Bildungssystem und ein weiterer Schritt in Richtung Zweiklassenbildung. Nur noch Besserverdienende werden dann ihren Kindern diese Form der Verbesserung ihrer Zukunftschancen ermöglichen können. In einem Land, welches mangels Bodenschätze auf die intellektuelle Leistung seiner Bürger angewiesen ist, ist deren Reduzierung ein Schlag ins Gesicht der jüngeren Generationen. Es ist ein Schritt zurück ins Mittelalter. Das unsere Bundesregierung hier keine anderen Wege sucht, ist mehr als unverständlich. Es passt aber in die lange Liste von uns kritisch gesehener Entscheidung

von EU und Bundesregierung. Die AfD wird sich entschieden dagegen zur Wehr setzen, dass Bildung zur politischen Ramschkiste verkommt. “

3.5.18 Migranten fordern eigenen Rat gegen Rassismus 03.09.20

Farhad Dilmaghani, der Vorsitzende des Vereins “Deutsch Plus “, forderte am 31.08.2020 einen eigenen Expertenrat zur Bekämpfung von Rassismus. Gleichzeitig präsentierte er zur Bundeskonferenz der Migrantenorganisationen eine “Anti-Rassismus-Agenda 2025 “.

Nicole Höchst dazu: „Rassismus ist etwas, was niemand möchte. Es mag jeder selbst überprüfen, wo und von welcher Seite er im Alltag Rassismus erlebt. Man denke nur an die Schulen, in denen deutsche Kinder die Minderheit darstellen. Diese werden nur zu oft von Mitschülern mit Migrationshintergrund diskriminiert, bis hin zu körperlichen Übergriffen. Selbst Lehrer sind davon betroffen, insbesondere trifft es Lehrerinnen.

Dilmaghani fordert eine Migrantenquote. Dies ist genauso abzulehnen, wie die ständig geforderten Frauenquoten. In unseren Institutionen, wie in der Wirtschaft zählen die Eignung, Qualifikation und Einsatzbereitschaft und zwar unabhängig von der Herkunft der Eltern. Eine pauschalisierte Unterstellung von Rassismus und den hier unterschwellig vermittelten Generalverdacht lehnen wir entschieden ab. Ebenso das geforderte Wahlrecht für Migranten. Dies ist ein Staatsbürgerrecht und kein Menschenrecht. Einseitig ausgerichtete Papiere, wie das Toleranzpapier der EU von 2013 oder das Papier der EU zu Grundrechten von Menschen afrikanischer Abstammung in Europa fördern nur und fordern nicht. Das kann man niemandem plausibel erklären und das muss sich ändern. Fördern und fordern gilt für alle und nicht nur für die schon länger hier Lebenden.

Wir als AfD werden uns dieser Entwicklung mit allen parlamentarischen Mitteln entgegenstellen und fordern eine Umkehr, da diese Art von Politik das Potential für gesellschaftlich Zerstörung besitzt.“

https://www.heise.de/tp/news/Intolerantes-Toleranzpapier-2014716.html

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-8-2019-0212_DE.html

Anmerkung:

Noch nie in der Geschichte wanderten Menschen in ein fremdes Land ein und forderten dort politische und sonstige Quoten. Kamen sie in Form der normalen Einwanderung, wie Händler beispielsweise, dann hatten sie das Bestreben, möglichst schnell dazu zugehören und sich eine Existenz aufzubauen. Dasselbe traf auf Flüchtlinge zu, die keine Aussicht hatten, je wieder zurückkehren zu können. Die meisten Flüchtlinge kehrten jedoch wieder zurück. In der Bibel kehrten sogar alle zurück. Forderungen, wie sie Dilmaghani fordert, sind Merkmale von Eroberern und Menschen, welche nach Macht streben. Forderungen nach mehr Unterstützung zur Integration gab es noch nie, höchstens materielle Forderungen. Es ist ein Ausdruck der Schwäche der deutschen Gesellschaft, welche förmlich einlädt, sie zu übernehmen. Dabei muss man natürlich immer im Einzelfall differenzieren. Viele Menschen sind sehr dankbar und bemüht. Doch hier geht es um bestimmte offiziellen Interessenvertretungen.

3.5.19 Unmenschlichkeit im Namen von Corona 03.09.20

Das Ordnungsamt in Bornheim ordnete am 28.08.2020 die Isolation eines vierjährigen Kindes an. In einem mehrseitigen amtlichen Schreiben wird der Familie untersagt, den Hausflur oder die Waschküche

zu betreten, sowie Besuch zu empfangen. Selbst die Mitglieder der Familie dürfen sich nicht mehr gemeinsam in einem Raum aufhalten. Bei Zuwiderhandlung werden Zwangsmaßnahmen bis hin zur Anwendung körperlicher Gewalt angedroht. Außerdem werden verpflichtet, neben anderen Auflagen, ein Tagebuch zu führen. Sollten sie zuwider handeln, drohen ihnen zwei Jahre Freiheitsentzug.

Nicole Höchst MdB: „Die so unglaublich bedrohte Familie ist einfach nur noch entsetzt. Während ganz offensichtlich ist, dass die Infektionszahlen soweit zurückgegangen sind, dass keinerlei Maßnahmen mehr gerechtfertigt sind, werden die Maßnahmen immer irrer, diktatorischer und unmenschlicher. Familien, Kinder, Reisende, ja das ganze Land wird förmlich in Coronahaft genommen. Gesundheitliche, psychische, finanzielle und wirtschaftliche Schäden werden in jedem Ausmaß hingenommen und ignoriert. Die rational agierende Vernunft weicht immer mehr einer Panikmache, die förmlich über Leichen geht. Acht Millionen Menschen leiden in Deutschland an Asthma. Man schätzt, dass 20-30 Millionen Menschen Allergiker sind. Herz-Kreislauf Erkrankungen machen 40% aller Sterbefälle aus. All diese Menschen leiden unter der Maske, zu der sie gezwungen werden. Die psychischen Schäden sind noch gar nicht messbar, die wirtschaftlichen aber vorhersehbar. Im Gegensatz dazu zeigt eine Studie des National Center for Health Statistics, das nur 6% der als Coronatoten identifizierten tatsächlich an Corona gestorben sind. Das ergäbe für Deutschland nur 550 an Corona gestorbene Menschen, also einen Prozentsatz von 0,0000066% der Bevölkerung von 83 Millionen.

Es wird Zeit, dass wir uns gegenseitig wieder menschlich behandeln und unser Tun von rationalen und allseitig abgewogenen Gründen bestimmt wird. Die AfD ist der parlamentarische Arm, der sich dafür einsetzt.

3.5.20 Infektionsschutzmaßnahmen - Wer haftet für die Folgen? 02.10.20

„Covid-19-Gesetz läutet die Totenglocken für Kliniken schrieb der Bundesverband Deutscher Privatkliniken und fährt fort „Betriebsbedingte Kündigungen und Massenentlassungen von gerade jetzt dringend benötigtem Krankenhauspersonal sind die Folge. Kanzlerin Merkel muss Gesundheitsminister Spahn unmittelbar stoppen. Anderenfalls macht sie sich mitschuldig am Tod von Tausenden von Patienten. “

Nicole Höchst MdB meint dazu: „Abgesehen von ausgesetzten Operationen und Untersuchungen, werden Langzeitfolgen immer schärfer thematisiert.

Ob Depressionen, Selbstmorde, Folgen von maskenbedingter Sauerstoffreduzierung im Gehirn, verstörte Kinder - die Liste angesprochener psychischer und physischer Schädigungen wird überhaupt nicht debattiert.

Dabei bestätigt sich die ausgerufene Pandemie in keiner Weise. Dennoch wird weiter an den Daumenschrauben der Wirtschaft gedreht. Die Reserven unserer Gesellschaft werden geplündert und unser aller Gesundheit gefährdet. Da stellt sich die Frage nach der Haftung? Man erteilt Menschen ein Verbot, sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Man versagt notwendige medizinische Behandlung und riskiert tödliche Folgen. Medizinisch induzierte Befreiungen von Masken führen zum Ausschluss aus der Gemeinschaft. Ob Bundesregierung oder Landesregierung, wer angesichts des Ausbleibens der Pandemie weiter Panik schürt und somit Menschenleben gefährdet, sollte nicht nur zurücktreten, sondern auch privat in die Haftung genommen werden. Genauso sieht es auch bei finanziellen Aspekten aus. 57 anhängige Verfahren sind gegen das Gesundheitsministerium wegen nicht bezahlter Rechnungen vor dem Landgericht Bonn anhängig. Ein Minister Spahn der 70 LKW-Ladungen Masken bestellen lässt und nur einen einzigen abnimmt, hat allein deswegen seinen Hut zu nehmen und sich auf seine millionenschwere Villa zurückzuziehen. “

https://www.bdpk.de/newsroom/presse/pressemitteilungen/artikel/covid-19-gesetz-laeutet-die-totenglocke-fuer-kliniken-merkel-muss-helfen

https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Corona/Gesellschaft/bevoelkerung-sterbefaelle.html

https://www.rnd.de/gesundheit/intensivbetten-wegen-corona-freigehalten-planen-bund-und-krankenhauser-falsch-2OWHBXWMDJE3PMBGNOJACEWLT4.html

https://www.daserste.de/information/wirtschaft-boerse/plusminus/sendung/swr/masken-debakel-100.html

3.6 Reden und Zwischenfragen

3.6.1 Mehr Frauen in den Deutschen Bundestag 16.01.2020

(Deutscher Bundestag – 19. Wahlperiode – 140. Sitzung. Berlin, Donnerstag)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Die nächste Rednerin: die Kollegin Nicole Höchst,

AfD-Fraktion. (Beifall bei der AfD)

Herr Präsident! Werte Kollegen! Werte Antragstellerinnen!

Es braucht keine Kommission. Hand aufs Herz: Was macht einen guten Politiker aus? Glaubwürdig, authentisch, kenntnisreich, Liebe zu Land, Kultur und Volk, Dienst am Bürger.

(Lachen bei Abg. Leni Breymaier [SPD])

Das Geschlecht spielte bislang zu Recht eine untergeordnete Rolle. Schließlich lautete das Credo der Feministinnen über die Jahre, dass sie nicht auf ihre Geschlechtsorgane reduziert werden wollten. Ihr Ansinnen, meine Damen – das müssen Sie sich leider sagen lassen –, ist ein zutiefst sexistisches,

(Lachen bei der SPD und der LINKEN – Ulli Nissen [SPD]: Was ist das denn für ein Unfug?)

weil es vor die Dämmerung der Frauenbewegung zurückmöchte und Menschen zunächst danach beurteilt, ob sie Holz vor der Hütte haben oder eben nicht.

(Beifall bei der AfD – Michaela Noll [CDU/ CSU]: Unterste Kiste!)

Sie wollen Sexismus in den Stein der Gleichstellungspolitik meißeln. Damit müsste die Diskussion über dieses Thema eigentlich schon beendet sein,

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann hören Sie doch einfach auf zu reden! Wir haben genug gehört!)

weil doch niemand hier im Ernst dem Wiedererstarken des Sexismus den Steigbügel halten möchte, oder? Wer will, dass mehr Frauen in politische Mandate oder Ämter kommen, muss dafür werben, dass mehr Frauen freiwillig in die Politik drängen, weil sie sich berufen oder geeignet fühlen. Sie müssen es wollen. Derzeit sind eben nur knapp über 30 Prozent aller Parteimitglieder in Deutschland weiblich, weil die anderen offensichtlich nicht wollen.

(Beifall bei der AfD) Es ist nicht die Aufgabe des Bundestages, sich über diese Tatsache hinwegzusetzen. Es ist die Aufgabe der Parteien, sich um fähigen Nachwuchs zu kümmern.

(Ulle Schauws [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben einen Superjob hier! Tolle AfD!)

Wir sind mit dem Juraprofessor Martin Morlok der Ansicht, dass ein Paritätsgesetz die Wahlrechtsfreiheit einschränkt, da die Hälfte der Kandidatenplätze für das jeweils andere Geschlecht versperrt bleibt. Meine Herren, wie lange wollen Sie sich eigentlich den Quatsch der neid- und machtgetriebenen Quotenpolitik allein zu Ihren Lasten noch gefallen lassen?

(Beifall bei der AfD – Widerspruch bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN)

Warum fordern Sie nicht zum Beispiel Quoten für Frauen, die erfüllt werden müssen, äquivalent zu den Quoten in den Vorständen, nämlich bei Kanalarbeitern, auf dem Bau, bei der Müllabfuhr?

(Zuruf von der LINKEN: Frauen an den Herd!)

Meine Damen Antragstellerinnen, ich bewundere Ihren Humor. Versammelt unter dem Banner der Regenbogenfahne des „anything goes“ bringen Sie hier die Rückführung des Geschlechterspektrums auf Mann und Frau allein zu Ihrem eigenen Vorteil.

(Ottmar von Holtz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Immer rein damit!)

Sie benachteiligen schamlos die Diversen und alle anderen Geschlechtsidentitätler. (Beifall bei der AfD) Sie sind somit herrlich konsequent inkonsequent. Meine Damen, denken Sie doch mal weiter. Wenn Sie jetzt diese Paritätsbresche für Frauen schlagen, weg von repräsentativer Demokratie, zurück in vordemokratische Zeiten, weil Sie vorgeben, dass nur Frauen Politik für Frauen machen können: Wie wollen Sie das denn für die anderen Merkmale aus Artikel 3 paritätisch lösen? Da wären – ich darf Sie erinnern – auch noch solche Dinge wie Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat und Herkunft, Glauben und Behinderung zu berücksichtigen. Wissen Sie was? Bis Sie das alles quotiert haben, haben Sie die freie Wahl komplett und gänzlich abgeschafft. Bravo! (Beifall bei der AfD) Warum müssen ausgerechnet in den Parlamenten mehr Frauen sein?

(Zuruf von der CDU/CSU: Weil es keine anständigen Frauen bei Ihnen gibt!)

Weil sie bessere Politik für Frauen machen? Meine Damen, Sie machen sich lächerlich. Überwiegend Herren haben all dem zugestimmt, was wir heute als Errungenschaften für Frauen feiern.

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und obwohl viele Frauen im Bundestag vertreten sind, wird die Lage für Frauen in Deutschland immer prekärer, weil viele von Ihnen nicht bereit sind, zu sehen, dass zuwanderndes Steinzeitpatriarchat für Frauen in Deutschland nicht zu mehr Gleichberechtigung und Chancen führt, sondern zu mehr Unterordnung, Vergewaltigungen, Beschneidungen, Kinderehen, Polygamie, Ehrenmorden usw. (Beifall bei der AfD) Die Alternative für Deutschland möchte die demokratischen und freiheitlichen Werte unseres Grundgesetzes bewahren,

(Zuruf von der LINKEN: Die kennen Sie doch gar nicht!)

und die sind nicht durch eine speziell weibliche Form des diktatorischen Quotensozialismus zu ersetzen. Wir lehnen Ihre Anträge ab.

Vielen Dank. (Beifall bei der AfD – Michaela Noll [CDU/ CSU]: Ein Armutszeugnis für die AfD!)

Anmerkung:

In einem Tagesschauinterview mit Lucie Veith vom 23.02.2012 (*1) meinte diese: „…Eine Schätzung auf Grundlage von wissenschaftlichen Arbeiten geht von 80.000 bis 120.000 intersexuellen Menschen in Deutschland aus. Das ist aber keine homogene Gruppe, sondern eine Vielzahl von Besonderheiten. Wir kennen 4000 Varianten von geschlechtlicher Differenzierung.“ Diese Zahlen waren Basis für jede Menge Maßnahmen, welche man als Angriffe gegen das Familienbild Mama, Papa, Kind bezeichnen kann. Das Bundesverfassungsgericht in seinem Intersexualität-Urteil 2017, bei dem die Richter einen dritten Geschlechtseintrag im Behördenregister gefordert hatten, noch von bis zu 160.000 Betroffenen aus. (*2)

Es wurde ein unglaublicher Geschlechterkrieg inszeniert, bei dem beide Geschlechter letztlich nur verlieren können. In Sachsen wurden vier Jahre später in blinder Idiotie sogar Bindeneimer für Männertoiletten (*3) gefordert. Behörden und Universitäten änderten Formulare und passten Stellenausschreibungen an. Man versuchte sprachpolizeiliche Regelungen anzulanden und der größte Teil der Medienlandschaft zog mit. Die Realität sieht jedoch anders aus. Nachdem ein drittes Geschlecht gesetzlich anerkannt war, schrieb das Ärzteblatt 2019 (*4): „Deutlich weniger Menschen als bisher angenommen definieren sich in Deutschland weder als Mann noch als Frau. Wie die ‚Zeit‘ jetzt berichtete, handelt es sich lediglich um einige hundert Personen hierzulande.“ Was nachvollziehbar ist, denn ganz besonders transsexuelle Menschen wollen eben auch nur Mann oder Frau sein und nicht irgendwas.

Die Wochenzeitung berief sich auf eine eigene Umfrage bei den Standesämtern der elf größten deutschen Städte. Diese habe ergeben, dass bislang lediglich 20 Personen beantragt haben, ihren Geschlechtseintrag auf „divers“ ändern zu lassen (Stand Mitte April 2019). Weiterhin heißt es: „Eltern medizinisch intersexueller Neugeborener, die ihr Kind als „divers“ eintragen ließen, gibt es in den befragten Städten laut Umfrage bislang keine,…“ Man darf sich also zurecht fragen, warum der ganze Zinnober, wem nützt das und was ist das Ziel?

*1

https://www.tagesschau.de/inland/intersexualitaet100.html

*2
https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2017/10/rs20171010_1bvr201916.html

*3
https://www.nordbayern.de/politik/menstruierende-manner-sachsens-spd-fordert-mulleimer-auf-herrentoiletten-1.11202533

*4
https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/102938/Zahl-der-Menschen-mit-drittem-Geschlecht-geringer-als-angenommen

3.6.2 Deutsche Stiftung für Ehrenamt 30.01.2020
(Deutscher Bundestag – 19. Wahlperiode – 143. Sitzung)

Nicole Höchst (AfD): Herr Präsident! Werte Kollegen!

Die Gründung einer zentralisierenden Stiftung ist nicht die passende Maßnahme zur Stärkung des Ehrenamts in strukturschwachen und ländlichen Räumen. Wohin zunehmend weltfremder und sich selbst legitimierender sozialistischer Zentralismus in Europa führt, zeigt uns eindrucksvoll der Steuergelder verschlingende Moloch der EU, nämlich weg vom Souverän, dem Bürger, und oft auch weg von der Wahrhaftigkeit.

(Beifall bei der AfD – Gitta Connemann [CDU/ CSU]: Was hat das jetzt mit Ehrenamt zu tun?)

Wir kritisierten bereits in der ersten Lesung, dass die Art der Zusammensetzung der Gremien die Stiftung zum verlängerten Arm der jeweiligen Regierung macht. Auch die Änderungsanträge der FDP und der GroKo ändern wenig an dieser Tatsache. Verehrte Kollegen insbesondere der zukünftigen spezialdemokratischen Oppositionspartei, wollen Sie wirklich einem solchen Konstrukt zustimmen?

(Ulli Nissen [SPD]: Logisch!)

Verehrte Kollegen von der CDU/CSU-Fraktion, wollen Sie das so wirklich? Ihr Regierungsauftrag ist nicht in Stein gemeißelt. Wie schnell könnten auch Sie zum Ziel von bundesregierlichem Framing und Maßnahmen im Kampf gegen freiheitlich-konservative Meinungen und Haltungen werden!

(Timon Gremmels [SPD]: Bei Ihnen fallen mir noch nicht mal mehr Zwischenrufe ein!)

Nicht unwahrscheinlich in Zeiten des aufsteigenden Ökosozialismus, planwirtschaftlicher Verbots- und gesellschaftlicher Umbaupolitik. Noch mal: Die geplante Vernetzung und Zentralisierung mittels Stiftungsgründungen dient nicht dem Ehrenamt, schon gar nicht dem Ehrenamt vor Ort, sondern der jeweiligen Bundesregierung und deren Ideen. Letztere könnten im schlimmsten Fall auch eine Haltungsdiktatur verfestigen, Andersdenkende medial und beruflich vernichten oder ihnen gar die Teilhabe an demokratischen Prozessen absprechen wollen. Das haben zum Beispiel Frau Hendricks und Herr Hahn eben öffentlich vorgeführt, die offensichtlich dem israelischen Staatspräsidenten bei der Feierstunde nicht zugehört haben.

(Beifall bei der AfD – Ulli Nissen [SPD]: Das sagt gerade die AfD!)

Eine Stiftung einer Regierung, die derart selektiv wahrnimmt und zum Teil der Ideologie von linksunten.indymedia nähersteht als unserem Grundgesetz, lehnen wir ab. Die Alternative für Deutschland möchte mit ihrem Antrag Ehrenamtliche spürbar wertschätzen. Ehrenamtskarten gibt es bereits zum Beispiel in Berlin und Brandenburg.

(Timon Gremmels [SPD]: Aber nicht wegen der AfD!)

Letztendlich kann nur der Bund die Ehrenamtskarte in die Fläche bringen. Er kann bundesweit für Vergünstigungen bei Mobilität, Konsum und Kultur sorgen und die Ehrenamtskarte zu einer Karte machen, die bedeutsame Vergünstigungen bundesweit ermöglicht.

(Timon Gremmels [SPD]: Dazu brauchen wir aber nicht die AfD!)

Unser Vorschlag kann das klassische unpolitische Ehrenamt in der Wertschätzung weiter stärken. Andere Signale gehen leider vom Familienministerium aus. Freiwilligendienste und Bundesfreiwilligendienst mussten Kürzungen hinnehmen.

(Rainer Spiering [SPD]: Unwahr!)

Letztere gehören zwar nicht originär zum Ehrenamt; die Kürzungen sind dennoch ein politisches Signal. Sie zeigen die Schieflage, dass Ehrenamtstätigkeiten zur politischen Meinungsbildung im Sinne der herrschenden Ideologie hohes Ansehen genießen und die klassischen Freiwilligendienste und Ehrenamtstätigkeiten eben nicht. (Zuruf von der SPD: Was für eine gedankliche Verirrung!) Bestes Beispiel: „Demokratie leben!“ Unter Einflussnahme der Familienministerin Frau Dr. Giffey wurden die Kürzungen für das stark links schlagseitig meinungsbildende Projekt wieder zurückgenommen; andere blieben hingegen bestehen. So fördert die Regierung sehr deutlich nicht grundsätzlich das Wohl der freiheitlich demokratischen Gesellschaft, sondern die Durchsetzung ihres totalitär-toleranten familien- und gesellschaftszerstörenden Weltbildes in allen Bereichen.

(Ulli Nissen [SPD]: So ein Schwachsinn! Das glauben Sie doch selbst nicht, was Sie da sagen!)

Meine Damen und Herren, bitte stimmen Sie gegen eine Verlängerung des Arms der jeweiligen Regierung, und stimmen Sie für die bundesweite Ehrenamtskarte! Sorgen Sie in Deutschland wieder für mehr Heimat, Wärme und Vertrauen, damit es allen Menschen in Deutschland besser geht!

Vielen Dank. (Beifall bei der AfD)

3.6.3 Kitaöffnung und Elternunterstützung 06.05.2020

Werte Kollegen von der FDP, es sei mir der leise Zweifel erlaubt, ob Ihr Antrag hier im Bundestag richtig aufgehoben ist; denn ein Großteil der Forderungen liegt in der Zuständigkeit der Länder. Ich bin Ihnen dennoch von Herzen dankbar für diesen Antrag; denn er zeigt ein ganz grundsätzliches Dilemma auf: Unsere sogenannte moderne Gesellschaftsordnung mit zwei arbeitenden Elternteilen, mit vielen Alleinerziehenden und ohne direkten Anschluss von Großeltern, stattdessen mit frühestmöglicher Fremdbetreuung,

(Ulle Schauws [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach Gott!)

ist einer Pandemie nicht gewachsen. Die Coronakrise und insbesondere die drastischen Maßnahmen der Bundesregierung sind zwar der Auslöser für die kaum zu meisternden Herausforderungen, doch die Ursache liegt in der verfehlten Familienpolitik dieser Bundesregierung und der letzten, sagen wir, 40 Jahre.

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Leni Breymaier [SPD]) –

Ja, lachen Sie ruhig. Sie haben die Fehler gemacht, nicht wir.

(Beifall bei der AfD – Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir lachen über Sie!)

Der Weg, der seit Jahrzehnten beschritten wurde, wird nun von der Realität bloßgestellt als das, was er ist: die drohende, durch die Pandemie vollendete Zersetzung von Familie, freiheitlicher Gesellschaft, Wirtschaft und Staat. – Die traurige Wahrheit ist doch, dass aus dem Luxus für Frauen, arbeiten gehen zu können und zu dürfen, längst eine Art Zwang zum Lohnerwerb für beide Elternteile geworden ist.

(Beifall bei der AfD – Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Männer klatschen alle in der AfD!)

Deutschland ist zudem Weltspitze im Steuern abpressen. Der Großteil der Anwesenden hier dürfte sich doch noch an Zeiten erinnern können, in denen ein angeordneter Vereinzelungshausarrest mit Betreuung

der Kinder zu Hause so gut wie keine Familie und keine Unternehmen in Existenznot gebracht hätte. Stattdessen sind ordentliche Menschen herangewachsen, die sogar Bildung genossen haben.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Zum Antrag selbst: Die FDP fordert eine Coronaelternzeit, die einen Rechtsanspruch auf Arbeitszeitreduzierung mit entsprechendem Kündigungsschutz und staatliche Verdienstausfallentschädigung für Eltern beinhaltet. Löblich! Sie fordert leider keine Unterstützung für die von den Maßnahmen betroffenen Arbeitgeber. Dabei ist diese Krise für kleine und mittelständische Unternehmen vermutlich die größte Herausforderung in der gesamten Betriebsgeschichte.

(Ulle Schauws [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es geht um Kinder, aber das ist der AfD ja egal!)

Wer den Arbeitgeber vor solche neuen Probleme stellt, muss auch die Voraussetzungen dafür schaffen, diese lösen zu können. (Beifall bei der AfD) Eine mit Kündigungsschutz versehene Coronaelternzeit hilft niemandem, wenn die Arbeitsstelle durch Insolvenz verloren geht. Meine Damen und Herren, fassen wir zusammen: Die traditionelle Familie ist generationenfach erprobt pandemiekrisensicher; sonst würden wir alle nicht hier sitzen. Staatliche Kinderbetreuung wird diese niemals auch nur ansatzweise ersetzen können.

(Ulle Schauws [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben die letzten 30 Jahre verpasst!)

Nach der jetzt anstehenden und notwendigen Symptombekämpfung wird es mittelfristig die Aufgabe dieses Hohen Hauses sein, endlich wieder für krisensichere Verhältnisse in Bezug auf die Familien und Arbeitsmarktpolitik zu sorgen und damit gleichzeitig Gesellschaft und Wirtschaft in Demokratie und in Freiheit zukunfts und pandemiekrisensicher zu machen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der AfD)

3.6.4 Ausbildung in der Coronakrise 29.05.2020

Frau Präsidentin! Werte Kollegen! Liebe Bürger!

In den beiden vorliegenden Anträgen der Links- und der FDP-Fraktion zur Unterstützung von Auszubildenden schwingen leider auch wieder Ideen aus der Mottenkiste mit, die man nun angesichts der Krise versucht durchzudrücken. So wagt die Linksfraktion in ihrem unumstößlichen Weltverständnis, dass man alle Probleme durch Umverteilen von Geld lösen kann wieder den Vorstoß zur sogenannten solidarischen Umlagefinanzierung. Sie werfen hierbei pauschal allen Betrieben, die nicht selbst ausbilden, vor, unsolidarisch zu sein. Das ist eine Ungeheuerlichkeit. Was ist das denn für eine Form von gelebter Solidarität in der Coronamaßnahmenkrise, die ein Betriebesterben in Kauf nimmt und perspektivisch wohl mehr Arbeitsplätze vernichten würde, als dass sie Auszubildenden hilft? (Beifall bei der AfD) Für alle abhängig Beschäftigten sowie die Auszubildenden sind Sie damit genauso unwählbar wie für Unternehmer. Die FDP-Fraktion will hingegen die Coronamaßnahmenkrise nutzen, um die Bildungsdigitalisierung voranzutreiben. (Beifall des Abg. Dr. Jens Brandenburg [RheinNeckar] [FDP]) Das kennen wir ja schon: Egal wie das Problem beschaffen ist – Digitalisierung ist für Sie die Antwort.

(Dr. Jens Brandenburg [Rhein-Neckar] [FDP]: Nicht eine Antwort – die richtige!)

Sicherlich bietet die Digitalisierung die Möglichkeit, Elemente des klassischen Schulunterrichts wertvoll zu ergänzen. Zweifellos boten und bieten digitale Lösungen bei den Herausforderungen an unser Bildungssystem derzeit die Grundlage, den schulischen Teil der beruflichen Ausbildung überhaupt am Laufen zu halten. Mit dem, wie Sie es in Ihrem Antrag aber ausdrücken, Hinterfragen „eingefahrener Routinen“ gehen Sie jedoch deutlich weiter, als es geboten ist. Ziel muss es sein, unser altbewährtes und weltweit geachtetes System der dualen Ausbildung zu stärken und mit Augenmaß zu ergänzen und nicht mal eben durch ein neues zu ersetzen. (Beifall bei der AfD) Was wir eigentlich benötigen, fordert die AfD-Fraktion schon seit April. In Anbetracht der sich verdichtenden Indizien, dass es sich bei Corona um einen gigantischen Fehlalarm handeln könnte,

(Widerspruch bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Albert Rupprecht [CDU/CSU]: Sie kommen vom Mond, oder? – Niema Movassat [DIE LINKE]: Ach Gott! Ich hole gleich einen Aluhut für Sie!)

fordern wir nicht nur eine „klare und transparent kommunizierte Öffnungsstrategie“ wie der FDP-Antrag. Wir wollen uns gar nicht erst im Ausnahmezustand bequem einrichten, wie Ihre vorliegenden Anträge das aber tun wollen, und zwar in schädlichen, widersprüchlichen und falschen Coronamaßnahmenpaketen, die unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft zerstören.

(Dr. Birke Bull-Bischoff [DIE LINKE]: Je nachdem, wie die Fahne hängt! – Zuruf von der SPD: Wir hätten zu wenig gemacht, hieß es zuerst!)

Die Maßgabe muss stattdessen lauten, den Ausnahmezustand bei aller gebotenen Vorsicht schnellstmöglich zu verlassen, (Beifall bei der AfD) um die zerstörerische Coronamaßnahmenkrisenkaskade in Deutschland zu stoppen. Verehrte Bundesregierung, liebe Kollegen, beenden wir endlich diese Coronamärchenstunde, und schaffen wir eine nachhaltige Motivation für junge Menschen, eine Ausbildung zu beginnen und sie auch abzuschließen. Versetzen Sie sich doch mal in die Lage dieser jungen Menschen! Die werden doch nicht einmal die Generation persönlich kennenlernen, die den heute von Ihnen verursachten Schuldenberg noch wird abstottern müssen.

(Zuruf von der LINKEN: Blödsinn!)

Solche Anreize wie Zukunftsangst, Arbeiten bis 67 plus, welthöchste Steuern und Abgaben zahlen, neue Weltordnung, totale staatliche Kontrolle und den Rest der Welt grundsätzlich den eigenen Bedürfnissen überordnen zu müssen das sind mit Sicherheit nicht die geeigneten Maßnahmen, um junge Leute motiviert in Ausbildung oder Studium zu schicken. Einigkeit und Recht und Freiheit, Sicherheit und selbsterwirtschafteter Wohlstand hingegen schon. Schöne Pfingsten.

(Beifall bei der AfD – Albert Rupprecht [CDU/ CSU]: Peinlich! – Zuruf: Dann lieber gar keine! – Niema Movassat [DIE LINKE]: Lieber keine als von Ihnen! – Zuruf von der LINKEN: Ich wünsche euch die Krätze an den Hals! – Heiterkeit bei der LINKEN)

3.6.5 Online Lernen ausbauen 02.07.2020

Nicole Höchst (AfD):

Frau Präsidentin! Werte Kollegen!

Die Coronamaßnahmenkrise hat auch etwas Gutes: Sie offenbarte einmal mehr die Grenzen der viel gepriesenen Digitalisierung des Bildungswesens. Die schulschließungsbedingte Phase des Onlinelernens lässt eine ganze Generation von Schülern dem Lernstoff noch mehr hinterherhinken, als es ohnehin schon der Fall war. Auch der DigitalPakt Schule konnte hieran rein gar nichts ändern. „Das Deutsche Schulbarometer Spezial Corona-Krise“ kommt zu dem Ergebnis, dass flächendeckender digitaler Ersatzunterricht die Bildungschancengleichheit, gelinde gesagt, killt. Offensichtlich kann weder Onlinelernen noch stundenlanges Sitzen vor eckigen Bildschirmen den Präsenzunterricht und den Kontakt mit dem Lehrer annähernd ersetzen.

(Beifall bei der AfD – Dr. Birke Bull-Bischoff [DIE LINKE]: Ist doch nicht nur schlecht, digitales Lernen, Mensch!)

Das hat verheerende Auswirkungen auf die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Die Lehre aus der Krise muss deshalb sein, unser Schulsystem auf den zukünftigen Alltag und Epidemiesituationen gleichermaßen vorzubereiten, und zwar so, dass ein Präsenzunterricht unter Beachtung aller gebotenen Schutzmaßnahmen möglich ist. Die Grünen nutzen die Krise, um weiterhin die ideologische Axt an unser Schulsystem zu legen.

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihre Forderungen nach einem Ganztagsschulsystem ab der Grundschule und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Sozial-, Medien- und Theaterpädagogen lehnt die AfD-Fraktion selbstverständlich ab.

(Beifall bei der AfD – Zuruf der Abg. Dr. Birke Bull-Bischoff [DIE LINKE])

Das beschleunigt nur das absehbare Waterloo der deutschen Bildungsnation. Der FDP-Antrag offenbart ein verqueres Bild der Lebensrealität vieler Schüler unseres Landes. Die FDP kennt für alle Herausforderungen der Gegenwart nur eine Lösung: maximale Digitalisierung. Diese ist aber – letztendlich – gefühllos, kalt und eine Vorbereitung auf George Orwells „1984“.

(Beifall bei der AfD – Stephan Albani [CDU/ CSU]: Das ist doch Quatsch!)

Wohin führt seelen- und gottlose Digitalisierung ohne Maß und Verstand?

(Zuruf der Abg. Dr. Birke Bull-Bischoff [DIE LINKE])

Zum beziehungsuntauglichen Schüler mit möglichst ideologisch verpixelter Weltsicht.

(Lachen der Abg. Margit Stumpp [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und digitaler Demenz.

(Lachen der Abg. Ulle Schauws [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir stehen bereits vor den Trümmern unserer Bildungslandschaft. Die größten Verlierer sind unsere unschuldigen Kinder.

(Zuruf des Abg. Kai Gehring [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN])

Nur die Alternative für Deutschland fordert, was unsere Schulen wirklich brauchen: mehr Lehrkräfte, kleinere Klassen, eine bessere digitale und technische Infrastruktur, geschulter pädagogischer Umgang mit Digitalität und die Finanzierung von Hygienemaßnahmen – um nur einige der 13 Forderungen aus unserem Antrag zu nennen. Unser pragmatischer Antrag mit Bildungsbodenhaftung hilft, unser Schulsystem pandemiekrisensicher zu machen und dabei Bildungsgerechtigkeit wiederherzustellen. (

Dr. Birke Bull-Bischoff [DIE LINKE]: Nichts von Bedeutung!)

Lehrkräfte, die an allen, vordersten Fronten unserer Zukunftsgesellschaft kämpfen, werden wesentlich entlastet. Meine Damen und Herren, Kinder sind unser höchstes Gut und die Zukunft unserer Gesellschaft. Ihre Gesundheit, ihr Schutz und ihre Bildung haben allerhöchste Priorität. Die Menschen von heute wie morgen werden durch Bildung in die Lage versetzt, als mündige Bürger eigenständig und eigenverantwortlich in den Kommunikationswelten zu handeln. Sie sollen durch humane und humanistische Bildung immun gemacht werden gegen Ideologisierung, Fanatismus, virtuell bedingte Abhängigkeiten sowie Vereinsamung und Entmenschlichung.

(Beifall bei der AfD – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und gegen Rechtsextremismus!)

Bildung ist für die AfD mehr als ein antrainierter, reflexartiger kulturmarxistischer Kompetenzoutput.

(Lachen bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der LINKEN: Noch irgendwas?)

Wir wollen Menschen bleiben mit all unserer Urteilskraft und unserem Tatendrang, mit Würde und unserem freien Willen – in Einigkeit und Recht und Freiheit.

Guten Abend.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei Abgeordneten der LINKEN – Zuruf von der CDU/CSU: Ui, ui, ui!)

3.6.6 Berufliche Bildung stärken 11.09.2020

Nicole Höchst (AfD): Frau Präsidentin! Frau Ministerin! Werte Kollegen! Liebe Bürger!

Ein Berufsbildungsbericht 2020 hauptsächlich aus Vor-Coronazeiten und vor den hochgejubelten Regierungsmaßnahmen – haben wir alles gehört. Opposition heißt aber nicht, Jubelarien singen, sondern genau hinsehen und das ansprechen, was alle anderen Parteien am liebsten ausblenden oder mit noch mehr Geld, schönen Phrasen und blindem Aktionismus zuwerfen wollen. Laut Statistischem Bundesamt gab es zum Winter 2020 weniger neue Ausbildungsverträge. Ja, der demografische Wandel ist auch auf dem Ausbildungsmarkt angekommen.

(Marianne Schieder [SPD]: Schon lange!)

Deutsche bekommen schon lange zu wenige Kinder. Wir reden außerdem von stabil etwa 100 000 Kindern, die seit Jahrzehnten aus zumeist sozialer Indikation jedes Jahr abgetrieben werden. Diese Menschen fehlen. (Beifall bei der AfD) Familiär oft tragisch, gesellschaftspolitisch skandalös und wirtschaftlich folgenschwer! Weniger neue Ausbildungsverträge also, und das trotz des ungebrochenen Zuzugs von rohdiamantgleichen Fachkräften aus aller Welt. Diese kommen heilsuchend und oft

unverbildet. Während die Quote der Unqualifizierten bei 20- bis 34-jährigen Deutschen auf 8,3 Prozent sank, stieg sie bei den Bewerbern mit Migrationshintergrund auf satte 32,9 Prozent. Meine Damen und Herren, braucht Deutschland auf dem Sprung in die Digitalität wirklich eine stetig wachsende Anzahl unqualifizierter, womöglich unbildbarer Auszubildender? Wozu?

(Helin Evrim Sommer [DIE LINKE]: Haben Sie sich einmal Gedanken über die Ursachen gemacht? Darüber nachdenken, was denn die Ursachen sind! – Weiterer Zuruf der Abg. Dr. Birke Bull-Bischoff [DIE LINKE])

Der Bildungsstandort Deutschland und damit auch der Ausbildungs- und Wirtschaftsstandort Deutschland ist durch die fehlgehende Politik der letzten Jahrzehnte gefährdet, ja in seiner Existenz bedroht. Frau Fahimi möchte als Lösung auch gerne weiterhin mit viel Geld und tollen Programmen Auszubildende zum Jagen tragen. Und was bringen die Grünen neben teilweise durchaus sinnvollen Dingen? Geschlechtsspezifischem Berufswahlverhalten soll entgegengewirkt werden.

(Helin Evrim Sommer [DIE LINKE]: Ist ja auch so! Es gibt frauentypische Berufe! Hallo! Wo leben Sie denn?)

Wahnsinn!

(Beifall bei der AfD – Ulli Nissen [SPD]: Hallo?)

Haben Sie eigentlich noch etwas anderes außer Geschlechts-, Umwelt- und Angstpropaganda im Kopf? Die Linken fordern neben durchaus Vernünftigem mehr Sozialismus. Super! Was sonst?

(Zuruf des Abg. Kai Gehring [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN])

Sie möchten trotz Coronamaßnahmenkrise die Betriebe durch ihre Ausbildungsumlagenfinanzierung ungebührlich zusätzlich belasten. Das schafft keine zusätzlichen Ausbildungsverträge, schon gar nicht derzeit. (Zurufe von der LINKEN) Die Alternative für Deutschland fordert mit allem Nachdruck, die Coronamaßnahmenkrise und die Zuzugskrise sofort zu beenden. (Beifall bei der AfD – Zurufe von der SPD) Wir fordern echte Wertschätzung der beruflichen Bildung statt einer billigen und letztlich inhaltsleeren Übernahme des AfD-Mottos: mehr Meister statt Master. Das geschieht bisher noch zu halbherzig. Vizepräsidentin Claudia Roth: Ihre Redezeit ist zu Ende. Nicole Höchst (AfD): Ja, ich komme zum Schluss. – Wir haben einen pragmatischen, realitätsbezogenen und wertschätzenden Antrag für die duale Ausbildung und die berufliche Bildung vorgelegt. Bitte stimmen Sie diesem zu!

Vielen Dank. (Beifall bei der AfD – Zurufe von der SPD und der LINKEN)

3.6.7 Bildungs- und Betreuungsgarantie 07.10.2020

Nicole Höchst (AfD): Frau Präsidentin! Werte Kollegen! Liebe Bürger! Werte Frau Tiemann!

Übernehmen Sie doch erst mal die Verantwortung für die Coronamaßnahmenkrise. Sie sind die Verursacher der Krise und nicht die Retter!

(Beifall bei der AfD – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Genau! Jetzt haben wir schon das Virus verursacht! Ich lache mich tot!)

Liebe FDP, ich darf Sie beglückwünschen, dass auch Ihre Fraktion mittlerweile die Unsinnigkeit der völlig überzogenen Coronamaßnahmen erkannt hat. Ihre Hoffnung in die Digitalität als allein heilsbringende Maßnahme zur Beschulung und Betreuung von Kindern teilen wir jedoch nicht. Die AfD-Fraktion forderte schon im Juli, dass auch in Krisenzeiten ein Präsenzunterricht sichergestellt sein muss. Unsere Maßnahmenvorschläge hierzu haben wir in unserem Antrag „Qualitätspakt Schule – Humane und humanistische Bildung durch Schüler-Lehrer-Kontakt gewährleisten“ detailliert dargelegt.

Schön, dass Sie mittlerweile auch alle draufgekommen sind! (Beifall bei der AfD) Die von Ihnen unterstellte Gleichwertigkeit von digitalem Unterricht und Präsenzunterricht geht völlig an der Lebenswirklichkeit der Schüler, Lehrer und Eltern vorbei und ignoriert die längst bekannten Fakten, die uns eine Forsa-Umfrage in der Coronamaßnahmenkrise erneut bestätigt hat: Digitaler Unterricht kann eine sinnvolle Ergänzung zum Präsenzunterricht sein. – Ja, er kann diesen aber nicht ersetzen, er ist dem Lernerfolg nicht zwingend dienlich und aus familienorganisatorischer Sicht derzeit untauglich. (Beifall bei der AfD) Selbstverständlich muss auch Kinderbetreuung in Krisenzeiten sichergestellt sein: für die Kinder, für die berufstätigen Eltern, für das wirtschaftliche und soziale Funktionieren unseres Staates. Es entspricht leider dem herrschenden sozialistischen Grundkonsens, dass alle anderen Parteien stets die Fremdbetreuung von Kindern für vordringlich förderungswürdig halten. Sie halten es, und die FDP auch, für einen emanzipatorischen Meilenstein, Kinder frühestmöglich der staatlichen Obhut und damit der Oberhoheit zuzuführen.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Stimmt gar nicht! Wahlfreiheit ist das Wort!)

Geben Sie es doch endlich zu: Frauen sind für Sie nur etwas wert, wenn sie sich selbst verwirklichen, indem sie Lohnsteuer und Sozial- und Rentenbeiträge bezahlen. (Beifall bei der AfD) Traditionelle Familien sind für Sie verdächtige Relikte. Dabei hat die Krise doch vor allem eines gezeigt: Die klassische Familie mit traditioneller Aufgabenverteilung, also ein Elternteil in Lohnerwerbsarbeit und ein Elternteil zu Hause, ist pandemiekrisensicher.

(Beifall bei der AfD – Marianne Schieder [SPD]: Oijoijoi!)

Die staatliche Kinderbetreuung hingegen hat komplett versagt.

(Nicole Gohlke [DIE LINKE]: So ein Schwachsinn!)

Wir sagen: Das politische Bekenntnis zur Familie als Keimzelle und Säule der Gesellschaft ist die notwendige und die einzige Antwort auf diese Krise. (Beifall bei der AfD) Werte Regierung, stellen Sie doch endlich die tatsächliche Wahlfreiheit der Eltern wieder her! Laut Grundgesetz haben die Eltern zu entscheiden, wie sie jenseits von Schulpflicht ihre Kinder erziehen und betreuen möchten, erst recht in den ersten Lebensjahren. Die Antragsteller wollen eine Betreuung zu Hause zwar nicht verbieten, sie propagieren aber, dass der Genuss externer frühkindlicher Bildungsangebote höhere Chancen auf ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben ermöglichen würde. Ja, hallo, das degradiert Eltern, die ihre Kinder in den ersten Lebensjahren bis zur Schulpflicht daheim betreuen möchten, zu ignoranten und unfähigen Rabeneltern. (Widerspruch bei der FDP) Das ist doch nicht Ihr Ernst, oder? (Beifall bei der AfD) Die AfD-Fraktion ist der Überzeugung, dass mündige Bürger in der Regel sehr genau wissen, was für ihre Kinder am besten ist, auch ohne die arroganten Belehrungen der FDP. Wir lehnen Ihren Antrag ab.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Über den wird doch gar nicht abgestimmt heute! – Stefan Gelbhaar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt ist der Sozialismus besiegelt!)

3.6.8 Lehrkräftemangel 29.10.2021

Nicole Höchst (AfD): Herr Präsident! Werte Kollegen! Liebe Bürger! Liebe Frau Kemmer!

Auch die Irrungen und Wirrungen der Coronamaßnahmenkrise überdecken die fatalen Folgen der Bildungspolitik der letzten Jahrzehnte nicht. Sie alle hier haben mit Ihren Parteien die Bildung effizient kaputtgespart, verreformiert, ideologisch verformt (Beifall bei Abgeordneten der AfD) und die Bildungsnation an die Wand gefahren. (Beifall bei Abgeordneten der AfD) Das ist – ganz egal, was Sie jetzt alles Wohlklingendes fordern, Frau Kemmer – Ihre große Schuld. Die Probleme sind lange bekannt:

Die Klassenteiler sind zu groß. Zu wenig Lehrpersonal steht zur Verfügung. Die Schulen leiden unter Baumängeln und fehlender Ausstattung, insbesondere in Bezug auf Hygiene in den Sanitärräumen sowie digitale Infrastruktur. Ihre großartig betrommelten Pakte sind nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein. Hätten die hier anwesenden Parteien, die alle in Bund, Ländern und Kommunen in Regierungsverantwortung sitzen, ihre Hausaufgaben gemacht, wären uns viele der völlig überzogenen Coronamaßnahmen erspart geblieben. (Beifall bei der AfD) Aber nein, man reicht sich auf allen Ebenen den Schwarzen Peter weiter, und immer sind die anderen schuld, wenn dringend erforderliche Ausgaben wieder nicht gemacht werden. Schämen Sie sich! (Beifall bei der AfD) Frau Kemmer, Nachhilfe für Sie von einer Fachfrau: Der wichtigste Erfolgsgarant für gute Bildung ist der Präsenzunterricht – da können Sie alle draußen fragen – mit direkter und vertrauensbasierter Schüler-Lehrer-Beziehung. Genau hierauf stellen unsere Anträge grundsätzlich ab. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an alle Lehrkräfte in allen Positionen an der Bildungsfront da draußen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der CDU/ CSU) Sie leben Ihre Berufung seit Jahren unter den schlechtest denkbaren Voraussetzungen. (Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie haben wahrlich Unterstützung verdient da draußen – und nicht nur in diesen seltsamen Zeiten. (Beifall des Abg. Norbert Kleinwächter [AfD]) Selbstverständlich können Digitallösungen eine sinnvolle Ergänzung zum Präsenzunterricht sein.

(Lachen des Abg. Tankred Schipanski [CDU/ CSU] – Tankred Schipanski [CDU/CSU]: Schauen Sie mal in Ihren Antrag! Da lesen Sie genau das Gegenteil!)

Und ja, die Digitalisierung von Schulen und die Professionalisierung von Onlineunterricht können in pandemischen Krisenzeiten geeignet sein, um den nötigen Ausfall des Präsenzunterrichts abzufedern und zu ergänzen,

(Lachen des Abg. Tankred Schipanski [CDU/ CSU])

für den Fall, dass uns tatsächlich mal ein Killervirus heimsuchen sollte. Gerade hierauf zielt unser zweiter Antrag ab – das ist wirklich nicht so schwer zu verstehen –: Wir benötigen dringend flächendeckend geeignete pädagogische Konzepte und Lehrerqualifizierung, um digitales Lehren und Lernen von zu Hause aus für einen wirklichen Ernstfall zu ermöglichen. Digitales Lernen ohne Raum, Ausstattung, Hilfe und Aufsicht zu Hause geht völlig an der Lebensrealität von Familien vorbei. Das interessiert die FDP aber nicht, die mit ihrem Antrag wieder möglichst alles durchdigitalisieren möchte, ohne Praxistauglichkeit, dafür mit einer Vielzahl von wohlklingenden Superlativen – super! Forderungen zur Umwandlung in ein Ganztagsschulsystem ab der Grundschule fehlen bei den Grünen selbstverständlich nicht. Das wäre dann der Todesstoß für unsere gewachsene Vereinslandschaft und die Musikschulen.

(Margit Stumpp [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch Unsinn!)

Die Menschen von heute wie morgen werden durch Bildung in die Lage versetzt, als mündige Bürger eigenständig und eigenverantwortlich in den Kommunikationswelten zu handeln. Sie sollen durch humane und humanistische Bildung gegen Ideologisierung, Fanatismus, virtuell bedingte Abhängigkeiten sowie Vereinsamung und Entmenschlichung immun gemacht werden. (Beifall bei der AfD) Wir Menschen sollten die Digitalität beherrschen, nicht von ihr getrieben oder beherrscht werden. Unsere Anträge sind die weitestgehenden.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Ronja Kemmer [CDU/CSU]: In Widersprüchen vielleicht!)

Sie sind am ehesten geeignet, den Weg aus der Krise zu finden. (Beifall bei der AfD) Bitte stimmen Sie unseren Anträgen zu: Für unsere gemeinsame Zukunft und für Deutschland!

Vielen Dank. (Beifall bei der AfD – Dr. Karamba Diaby [SPD]: Sehr schwach!)

3.6.9 Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz 06.11.2020

Nicole Höchst (AfD):

Herr Präsident! Werte Kollegen! Liebe Bürger!

Selten kommt es in diesem Hause vor, dass sich alle Fraktionen einig sind. Beim vorliegenden Gesetzentwurf ist dies offenbar der Fall. nicht dass Frau Bundeskanzlerin hierin ein Problem sieht, das analog zur demokratischen Ministerpräsidentenwahl Anfang des Jahres in Thüringen wieder rückgängig gemacht werden muss. Die Modernisierung des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes und des Fernunterrichtsschutzgesetzes räumt endlich mit überflüssigen und überholten Regelungen auf. Geradezu widersinnig war die bisherige Gesetzeslage im Fernunterrichtsschutzgesetz. So konnte Fernunterricht, beispielsweise ein Onlinevorbereitungskurs oder eine Fortbildung nach Handwerksordnung, nicht online gebucht oder gekündigt werden. Es bedurfte hierzu bis dato eines schriftlichen, eigenhändig unterschriebenen Vertrags oder einer ebensolchen Kündigung. Diese musste auf dem Postweg versandt werden. Dass man dies erst jetzt, im Jahr 2020, endlich auch online durchführen können soll, zeigt, wie schlecht es um die Digitalisierung in Deutschland bestellt ist. Ist das das Ergebnis jahrelangen Schnarchens auf der Regierungsbank, oder haben Sie vielleicht einfach die falschen Prioritäten gesetzt? Beispielsweise spielen Sie zurzeit das letzte Bollwerk zwischen den Menschen und der herbeihysterisierten PCR-Test-Pandemie. Sie jagen dabei mit großem Halali nach einer kleinen Spinne im Geschirrschrank, zerschlagen das gesamte Porzellan und zerlegen den Schrank gleich mit. Absicht oder einfach Lebensferne? So mancher Vertreter dieser und vergangener Regierungen war in seinem Leben noch nie etwas anderes als Berufspolitiker und/oder Lobbyist. Dabei hätte es sicher einigen gutgetan, etwas anderes vor dem Eintritt in den Mikrokosmos Bundestag gesehen zu haben. Stimmt nicht? Ich bitte Sie.

(Beifall bei der AfD)

Hier im Bundestag muss bis heute vieles noch gefaxt werden. In der Schlüsselstelle werden Karteikarten sogar noch nostalgisch mit einer Schreibmaschine beschrieben. Bei den vorgeschlagenen Änderungen im BQFG handelt es sich also um nichts weniger als ein kleines Wunder, das wir gerne bestaunen und mittragen. Die Regelungen auf Bundesebene zur Berufsanerkennung werden an die Regelungen der Länder angeglichen; dies schafft Transparenz für den Bürger. Die erweiterte statistische Aufarbeitung bezüglich der Anerkennungsverfahren ist zur Auswertung und gegebenenfalls Verbesserung der Verwaltungsverfahren unbedingt sinnvoll. Die Ermöglichung der gesonderten Gleichwertigkeitsprüfung ausländischer Abschlüsse bei auf Bundesebene reglementierten Berufen wie Ärzte, Apotheker, Notare, Pflegeberufe etc. ist überfällig. Das wichtigste Argument aber, warum es sich hier um einen sinnvollen Gesetzentwurf handelt, ist, dass er dem Bürger und der Wirtschaft Geld spart. Das ist das Topargument in Zeiten, in denen die Regierung durch ihre unverhältnismäßigen Coronamaßnahmen das Geld der Bürger nicht nur verbrennt, sondern auch noch dafür sorgt, dass sich geschredderte Wirtschaftszweige zukünftig gar nicht mehr am Steueraufkommen beteiligen können und viele Familien in staatliche Abhängigkeit geraten. Werte Bundesregierung, kümmern Sie sich doch zukünftig häufiger um solche Art nutzbringende Dinge. Es gibt so vieles, was Sie zum Wohle des deutschen Volkes beherrschen könnten, wenn Sie nur wollten. Die AfD-Fraktion stimmt dem vorliegenden Gesetzentwurf zu und fordert Sie zusätzlich unmissverständlich auf, die widersprüchlichen, rechtswidrigen und unverhältnismäßigen Coronamaßnahmen sofort zu beenden. (Beifall bei der AfD) Bitte gehen Sie den Weg der Angstmache und der Zerstörung nicht weiter. Bitte kehren Sie um.

Vielen Dank. (Beifall bei der AfD

3.6.10 Zwischenfrage an die Ministerin zum Thema Luftfilter an Schulen 27.11.2020

Nicole Höchst (AfD):

Vielen Dank, Frau Kollegin, dass Sie die Zwischenfrage zulassen.

Sie halten Ihren eigenen Ausführungen zufolge nichts von Luftfiltertechnik in Klassenräumen.

(Albert Rupprecht [CDU/CSU]: Das hat sie nicht gesagt!)

Wie stehen Sie dazu, dass Abgeordnetenbüros seit Neuestem Filtertechnik, mobile Raumluftfilter bezahlt bekommen?

(Johann Saathoff [SPD]: Sie hat doch aus wissenschaftlichen Erkenntnissen zitiert!)

Dr. Dietlind Tiemann (CDU/CSU):

Kollegin Höchst, ich habe in meinen Ausführungen deutlich gemacht, dass ich das trage, was wir beschlossen haben, nämlich die seit 20. Oktober zu beantragende Förderung von Luftfilteranlagen stationärer Art, und zwar in den verschiedensten Räumlichkeiten; da geht es nicht nur um Schulen. Ich denke, es ist richtig und wichtig, dies zu unterstützen, um sicherzustellen, dass wir dauerhaft Schulunterricht mit Anwesenheit machen können. Wenn dann der Einsatz von Luftfilteranlagen von den Ländern bzw. den Kommunen beschlossen wird, dann ist das ihre Angelegenheit. Aber wenn uns hier dadurch die Zeit geraubt wird, dass ein solcher Antrag eingebracht wird, obwohl der andere vorhandene noch nicht mal in Angriff genommen wurde, halte ich das für vertane Zeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Katja Suding [FDP]: Die Ministerin raubt uns Zeit! Seit Monaten!

Peter Heidt [FDP]: Was haben Sie eigentlich für ein Demokratieverständnis?)

Sehr viel, Herr Kollege. (Peter Heidt [FDP]: Nein, das glaube ich nicht!)

Anmerkung:

Fällt Ihnen auf, dass auf die Frage gar nicht geantwortet wurde? Fällt das niemandem mehr auf, weil das gängige Praxis geworden ist oder ist das nun eine Missachtung der Parlamentarier? Wie auch immer, die Kommunikation der Regierung lässt sehr zu wünschen übrig.

3.6.11 Digitalisierung von Schulen 17.12.2020

Nicole Höchst (AfD):

Frau Präsidentin! Werte Kollegen! Liebe Bürger!

Man kommt sich beinahe vor wie im Film „Und täglich grüßt das Murmeltier“. Abermals beschäftigen wir uns mit dem Steckenpferd der FDP-Fraktion, der Digitalisierung von Schulen und Unterricht. Auch die AfD-Fraktion setzt sich für eine maßvolle Einbindung digitaler Lehr- und Lernmittel im Unterricht ein und befürwortet den Ausbau digitaler Infrastruktur; dazu liegen Anträge von uns vor.

(Beifall bei der AfD)

Das ändert aber nichts an unserer grundsätzlichen Kritik am DigitalPakt Schule. Er greift zu stark in den Hoheitsbereich der Länder ein und beschäftigt sich mit Problemfeldern, die weit

weg sind vom tatsächlichen Bedarf der Schulen unseres Landes. Dass die Fördermittel nicht abgerufen werden, ist doch der beste Beweis für die Untauglichkeit dieses Paktes.

(Beifall bei der AfD)

Zur Erinnerung: Es handelt sich hier um zweckgebundenes, aber geschenktes Geld, das anscheinend niemand haben möchte.

(Christian Dürr [FDP]: Das ist ein Hohn! Die Schulen brauchen das Geld dringend!)

Das stellen sogar die Antragsteller selbst fest. Sie kommen aber leider nicht auf die naheliegende Einsicht, dass das mit der Gießkanne verschüttete Geld unter anderem deshalb niemand annimmt, weil der damit verbundene Zweck an der Lebensrealität der Schulen vorbeigeht.

(Beifall bei der AfD ‑ Christian Dürr [FDP]: So ein Quatsch!)

Die Lehrer wollen einfach keine durchtechnologisierte Digitalschule mit toll klingenden Unnötigkeiten wie Smart Spaces. Lehrer wollen eine sinnvolle und unterstützende Einbindung digitaler Elemente in den Unterricht und keinen Tech-Start-up-Verschnitt, wie Sie ihn den Klassenzimmern dieser Republik gerne aufzwingen würden.

(Beifall bei der AfD ‑ Christian Dürr [FDP]: Oh Gott! Gehen Sie zurück ins 19. Jahrhundert! Da sind Sie besser aufgehoben!)

Lehrer wollen die Kinder bilden, nicht programmieren;

(Dr. Götz Frömming [AfD]: Schulen sind kein Start-up!)

sie wollen Lesen, Schreiben und Rechnen lehren statt Wischen und Klicken. Hören Sie doch mal auf das pädagogische Fachpersonal, statt Politik an diesem vorbei zu machen! Die haben nämlich weiß Gott andere Probleme.

(Beifall bei der AfD)

Auch die Coronamaßnahmenkrise, die Sie als Vehikel für Ihre Digitalisierungsträume nutzen wollen, wird daran nichts ändern, meine Damen und Herren. Die Rezepte für eine pandemiekrisensichere Schule sind alt: Wir brauchen kleinere Klassen, mehr Lehrer und sanierte Schulen. Mit diesen Maßnahmen könnten wir einen möglichst normalen Präsenzunterricht weitestgehend gewährleisten.

(Beifall bei der AfD)

Eltern müssten nicht erneut zusätzlich zu ihren oftmals aushäusigen Erwerbstätigkeiten auch noch für die Bildung ihrer Kinder sorgen. Ich appelliere an Sie: Stellen Sie ein, bilden Sie aus, fort und weiter. Bauen und renovieren Sie die Schulen, verkleinern Sie die Schulklassen dort, wo Sie mitregieren. Da, wo die Länderhoheit für die Bildung liegt, sind Sie doch in Regierungsverantwortung.

(Beifall bei der AfD)

Entwickeln, erproben und evaluieren Sie unter Hochdruck, den Sie hier fordern, mit den Lehrern dort gangbare digitale Konzepte zur Ergänzung von Präsenzunterricht. Beschleunigen Bund und Länder dann auch noch den Breitbandausbau an Schulen, dann, ja dann ist unser

Bildungssystem nicht nur für Krisenzeiten gewappnet, sondern auch wieder bereit, einen Platz an der Weltspitze einzunehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Schließlich möchte ich noch allen Menschen draußen frohe Weihnachten wünschen. An diesem sehr speziellen Weihnachten sei vor allem auch an diejenigen gedacht, die ängstlich, einsam, deprimiert und verzweifelt sind. Bitte erinnern Sie sich stets daran, dass unser Glaube, unsere Liebe zu unseren Familien und unserem Land größer und stärker ist als die Angst. Liebe, Freiheit, Demokratie und Zusammenhalt sind die Gebote der Stunde. Ihr Licht brennt hell und warm in dieser dunklen Zeit und spiegelt sich in den seelenvollen Augen unserer Kinder.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum müssen Sie das ablesen? So was muss man doch frei sprechen können!)

Wir halten stand. Selten war die weihnachtliche Botschaft so wichtig: Fürchtet euch nicht! Schöne Weihnachten!

(Beifall bei der AfD ‑ Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So etwas ablesen! Peinlich! ‑ Christian Dürr [FDP]: Sie hat vergessen, zu sagen, die Erde ist eine Scheibe! Das wäre perfekt gewesen!)

Anmerkung:

Die Zeit, wo man angesichts schlechter Nachrichten aus den Pisastudien über Gegenmaßnahmen und bessere Bildung diskutiert hat, scheinen sich dem Ende zu neigen. Diese aber nicht deswegen, weil man das Problem im Griff hätte, weit gefehlt. Nein, man lässt sich scheinbar von Welle zu Welle tragen, ohne darauf zu achten, wo sie das Schiff hinführt. Die derzeitige Narrenwelle heißt Digitalisierung. Absichtsbekundungen und Hochglanzbroschüren, kluge Reden, Pakte und endlose Parlamentsrunden, Schulterklopfen und Zukunftsjubeleien ändern jedoch nicht daran, dass man weder den Bildungsgrad noch die Digitalisierung zukunftsfest im Griff hat. Da helfen auch Pöbeleien nichts, die recht wenig Bezug zum Gesagten haben.

3.7 Auszug aus Kleinen Anfragen

3.7.1 Bonpflicht

Deutscher Bundestag **Drucksache 19/17080**

19. Wahlperiode 07.02.2020

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Nicole Höchst, Stefan Keuter, Dr. Bruno Hollnagel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/16782 –

Gesundheitsgefährdung im Zusammenhang mit der Bonpflicht nach KassenSichV

Vorbemerkung der Fragesteller

Zum 1. Januar 2020 tritt die KassenSichV (Kassensicherungsverordnung) gemäß § 146a der Abgabenordnung (AO) in Kraft. Danach muss ausnahmslos zu jeder Ware ein Bon angefertigt und übergeben werden, auch wenn dies theoretisch digital erfolgen kann. Der Einzelhandel schätzt, dass jährlich ca. 2.000.000.000 Meter an nichtrecycelbarem Papier zusätzlich entstehen, welche gesundheitlich nicht ohne Risiko sind (www.rheinpfalz.de/lokal/artikel/zwei-millionen-kilometer-mehr-bons-einzelhandel-fuerchtet-bon-pflicht/).

In der Lebensmittelbranche stellte das im Bon enthaltene Bisphenol A bisher ein Problem dar, da es zu den hormonellen Schadstoffen gehört, die bereits in winzigen Mengen in unseren Hormonhaushalt eingreifen können (www.bund.net/themen/chemie/hormonelle-schadstoffe/bisphenol-a/).

Jedoch sind Ersatzstoffe wie Bisphenol S oder Bisphenol C von der REACH-Verordnung (Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals, https://echa.europa.eu/de/regulations/reach/understanding-reach) nicht betroffen (www.rollenland.de/blog/bisphenol-a-verbot-2020-was-aendert-sich/).

Es empfiehlt sich also weiterhin, Kassenbons und Kassenzettel nicht per Altpapier entsorgen, Thermopapier im Restmüll zu entsorgen, die Hände zu waschen, wenn man das Thermopapier der Kassenzettel berührt hat und man sollte dafür sorgen, dass kleine Kinder keine Quittungen in die Hände bekommen, da sie sie in den Mund stecken könnten (www.umweltbundesamt.de/themen/bons-gehoeren-nicht-ins-altpapier).

Wie wird sichergestellt, dass statt dem ab 2020 verbotenen Bisphenol A jetzt nicht Bisphenol S oder Bisphenol C im Lebensmittelbereich Kunden und Mitarbeiter der Branche gesundheitlich schädigen?

Die Verwendung von Bisphenol A in Thermopapier wurde bei Konzentrationen ≥ 0,02 Gewichtsprozent im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH-Verordnung) wegen der fortpflanzungsschädigenden Eigenschaften dieses Stoffes verboten. Zuvor war Bisphenol A als fortpflanzungsgefährdend im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung (CLP) von Stoffen und Gemischen (CLP-Verordnung) eingestuft worden. Die zum damaligen Zeitpunkt vorliegenden Informationen waren unzureichend für eine Beurteilung der Reproduktionstoxizität und damit auch für eine Verwendungsbeschränkung der Stoffe Bisphenol S und Bisphenol C.

Belgien hat für den Stoff Bisphenol S im Jahr 2014 ein EU-Bewertungsverfahren initiiert und im Sommer des Jahres 2019 einen Vorschlag zur Einstufung als fortpflanzungsschädigend bei der Europäischen Chemikalienagentur ECHA eingereicht. Mit dem Abschluss der Beurteilung durch die ECHA ist im Sommer des Jahres 2021 zu rechnen, anschließend entscheidet die Europäische Kommission über die Einstufung.

Für den Stoff Bisphenol C liegen wegen der vergleichsweise geringen registrierten und verwendeten Menge weniger umfassenden Daten zu möglichen Wirkungen vor. Nach der REACH-Verordnung ist der Umfang der für einen Stoff vorzulegenden Informationen tonnageabhängig.

Die ECHA überwacht auf Bitte der Europäischen Kommission die Verwendung von Bisphenol A und S sowie weiterer Entwickler in Thermopapier und berichtet jährlich über die Marktsituation, siehe: https://echa.europa.eu/documents/10162/22863068/use_of_bisphenol_and_alternatives_in_thermal_paper_en.pdf.

Anmerkung:

Interessant dürfte in diesem Zusammenhang die Tatsache sein, dass bei den Initiatoren dieses Bongesetzes, durchaus ein wirtschaftliches Interesse besteht. Die SPD, in deren Ressort dieses Gesetz fällt, ist rein zufällig Miteigentümer an einem der größten deutschen Kassenhersteller ddvg und Softwarehersteller und Locafax. Locafox wies 2017 ein Defizit von 4,6 Millionen aus. Da spielen dann Gesundheitsaspekte, Naturschutz und das Stöhnen von Händlern und Kunden keine Rolle mehr.

3.7.2 Forschungsförderung Geoengineering 04.06.2020

Deutscher Bundestag **Drucksache 19/20183**
19. Wahlperiode 18.06.2020

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Nicole Höchst, Dr. Götz Frömming, Dr. Michael Espendiller, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/19759 –

Forschungsförderung im Bereich Wetterbeeinflussung und Geoengineering

Vorbemerkung der Fragesteller

Immer wieder gibt es Meldungen über Maßnahmen, die das Wetter oder das Klima beeinflussen sollen. So unterhält die chinesische Regierung ein staatliches Amt zur Wetterbeeinflussung, das Presseberichten zufolge im Jahr 2009 ungewollt einen Schneesturm auslöste (https://www.welt.de/vermischtes/article5085595/Kuenstlicher-Schneesturm-legt-Peking-lahm.html). Auch in Deutschland gibt es beispielsweise in verschiedenen Regionen sogenannte Hagelflugzeuge, die mittels Versprühen von Chemikalien unterhalb von Gewitterwolken Hagelschlag auslösen und die damit verbundenen Ernteausfälle vermeiden sollen (https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.hagelabwehr-in-der-region-stuttgart-die-hagelflieger-sind-startklar.66188611-cced-4801-b8c7-d090b2f0eee9.html). Die Wirksamkeit der Methode konnte wissenschaftlich nicht nachgewiesen werden (ebd.).

Unter Geo-Engineering werden Maßnahmen verstanden, die das Weltklima regulieren sollen. Ziel ist in der Regel die Verringerung der Weltdurchschnittstemperatur (https://www.umweltbundesamt.de/themen/nachhaltigkeit-strategien-internationales/umweltrecht/umweltvoelkerrecht/geoengineering-governance#was-ist-geoengineering). Zu unterscheiden sind zum einen Maßnahmen, die die Sonneneinstrahlung auf die Erde verringern sollen (Solar Radiation Management SRM) und zum anderen Maßnahmen zur Verringerung der CO_2-Konzentration in der Atmosphäre (Carbon Dioxide Removal – CDR) (ebd.).

Mit den von der Bundesregierung verfassten und im Jahr 2018 vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Gesetzentwürfen „Entwurf eines Gesetzes zu der Entschließung LP.4(8) vom 18. Oktober 2013 über die Änderung des Londoner Protokolls zur Regelung des Absetzens von Stoffen für Tätigkeiten der Meeresdüngung und andere Tätigkeiten des marinen Geo-Engineerings“ (Bundestagsdrucksache 19/4462) sowie „Entwurf eines Gesetzes zur Beschränkung des marinen Geo-Engineerings“ (Bundestagsdrucksache 19/4463) wurde ein CDR-Verfahren gesetzlich reguliert.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit vom 17. Juni 2020 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Geoengineering ist ein inhaltlich breiter Begriff, der auch großangelegte Maßnahmen umfasst, die nicht auf eine Beeinflussung des Klimas zielen. Unter Climate Engineering (CE) werden gezielte großskalige, technische Eingriffe in das Klimasystem der Erde zusammengefasst. Um den Aspekt der Klimabeeinflussung zu betonen, ist Climate Engineering der passendere Begriff. Dennoch wird bei der Beantwortung dieser Kleinen Anfrage auch der Begriff Geoengineering verwendet, da die Fragen entsprechend formuliert sind. Die Bundesregierung unterscheidet zwischen Technologien zur ursächlichen Rückführung und Begrenzung des menschengemachten Klimawandels einerseits und Technologien zu seiner symptomatischen Kompensation andererseits. Die erste Gruppe umfasst Methoden der Entnahme von Treibhausgasen – zuvorderst Kohlenstoffdioxid (CO_2) – aus der Atmosphäre. Sie werden daher als Greenhouse Gas Removal (GGR) oder – im Falle der Beschränkung auf CO_2 – als Carbon Dioxide Removal (CDR) bezeichnet. Die Technologien der zweiten Gruppe werden unter Solar Radiation Management (SRM) subsumiert. Sie zielen darauf ab, die globale Strahlungsbilanz und damit die globale Temperatur technologisch direkt zu beeinflussen. Der Begriff CE fasst damit ein sehr breites Spektrum technologischer Ansätze zusammen, die sich auch innerhalb der beiden oben genannten Gruppen substantiell unterscheiden. Geoengineering ist wiederrum von der Wetterbeeinflussung, die lokal wirken soll, zu unterscheiden.

Die in dieser Antwort nachfolgend aufgeführten Forschungen und Forschungsvorhaben befassen sich mit einer Bestandsaufnahme zum Thema Geoengineering sowie einer Evaluierung von Geoengineering-Methoden und ihrer Umsetzbarkeit, ihren Risiken sowie den Wechselwirkungen mit anderen Nachhaltigkeitszielen. Die aufgeführten Forschungen und Forschungsvorhaben dienen dazu, die Potenziale und Risiken besonders von CDR besser zu verstehen. Forschungen und Forschungsvorhaben zum Thema Wetterbeeinflussung werden von der Bundesregierung nicht gefördert.

1. Welche aktuellen Forschungen oder Forschungsvorhaben zur Beeinflussung des Wetters oder des Klimas sind der Bundesregierung bekannt?

Forschungsvorhaben	Thema, ggf. Link
Am Institute for Advanced Sustainability Studies e.V. (IASS) befasst sich die Forschungsgruppe „Climate Engineering in Wissenschaft, Gesellschaft und Politik“ mit dem Thema des klimawandelbezogenen Geoengineering (Climate Engineering).	https://www.iass-potsdam.de/de/forschungsgruppe/climate-engineering
Das DFG-Schwerpunktprogramm (SPP) 1689 „Climate Engineering: Risks, Challenges, Opportunities?“ bearbeitete zwischen 2013 und 2019 das Thema des klimawandelbezogenen Geoengineering (Climate Engineering).	https://www.spp-climate-engineering.de/schwerpunktprogramm.html https://www.spp-climate-engineering.de/index.php/news.html
Forschungsvorhaben im Auftrag des Umweltbundesamtes: „Internationale Haftung von Unternehmen für Umweltschäden“, Kapitel 7: „Geoengineering, Vielfalt der Schadensverläufe und Haftungsfragen“(UBA 1)	Flyer zum Forschungsprojekt FKZ 37 18171000
Sachverständigengutachten und Beratungsleistung im Auftrag des Umweltbundesamtes: „Ethische und soziale Aspekte der Vorschläge zum Solar Radiation Management unter Berücksichtigung des Vorsorgeprinzips“ (UBA 2)	Auftragnehmer: Forschungsstelle Nachhaltigkeit und Klimapolitik, Leipzig Stand: der englische Aufsatz ist noch nicht veröffentlicht Az: Z 1.5 – 90 104/13, Projektnummer 130559

2. Fördert die Bundesregierung Forschungsprojekte im Bereich Wetterbeeinflussung und/oder Geoengineering?

   Wenn ja, welche, seit wann, und in welchem Umfang?

Forschungsprojekt	Seit wann?	In welchem Umfang?
s. UBA 1 (Antwort zu Frage 1)	Das Gesamtprojekt ist im September 2018 gestartet, voraussichtliches Ende: Sommer 2021	Als Teilfrage eines Gesamtprojektes nicht eindeutig zu beziffern.
s. UBA 2 (Antwort zu Frage 1)	2019	11.900 Euro
BMWI: Verbundvorhaben NECOC – Schaffung negativer Emissionen durch Auftrennung von atmosphärischem CO_2 in wirtschaftlich verwertbares Carbon Black und O_2	01.12.2019 (– 30.11.2022)	1,49 Mio. Euro

3. Förderte die Bundesregierung Forschungsprojekte im Bereich Wetterbeeinflussung und/oder Geoengineering in der Vergangenheit?

   Wenn ja, welche, und in welchem Umfang (bitte jeweils Zeitraum angeben)?

Auf die Antwort zu Frage 4 wird verwiesen.

4. Hat die Bundesregierung Forschungsprojekte im Bereich Beeinflussung des Wetters und/oder Geoengineering selbst in Auftrag gegeben?

   Wenn ja, welche, wann, und an welche Einrichtungen?

Forschungsprojekt in Auftrag gegeben	Wann?	An welcher Einrichtung?
Interdisziplinäre Sondierungsstudie im Auftrag des BMBF „Gezielte Eingriffe in das Klima? Eine Bestandsaufnahme der Debatte zu Climate Engineering“. Die entsprechenden sechs Einzelberichte sowie ein zusammenfassender Gesamtbericht wurden öffentlich zugänglich gemacht (https://www.kiel-earth-institute.de/sondierungsstudie-climate-engineering.html).	2010-2011	– Karlsruher Institut für Technologie – Leibniz-Institut für Troposphärenforschung – Kiel Earth Institute – Dialogik Stuttgart – Universität Trier – Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
Siehe UBA-Projekte unter 1		

5. Plant die Bundesregierung, Forschungsprojekte im Bereich Wetterbeeinflussung und/oder Geoengineering in Auftrag zu geben oder zu fördern?

   Wenn ja, welche, ab wann, und in welchem Umfang?

Das BMBF hat aktuell zwei Förderbekanntmachungen zum Thema CDR auf den Weg gebracht: Die Förderrichtlinie „Methoden zur Entnahme von atmosphärischem Kohlendioxid (Carbon Dioxide Removal, CDR)“ befasst sich mit übergreifenden Aspekten von CDR sowie einer vergleichenden Analyse und Bewertung der verschiedenen CDR-Methoden. Der Schwerpunkt liegt darüber

hinaus auf terrestrischen und technischen Verfahren. Die Förderrichtlinie mit dem Titel „MARE:N – Küsten-, Meeres- und Polarforschung: Forschungsmission „Marine Kohlenstoffspeicher als Weg zur Dekarbonisierung“ der Deutschen Allianz Meeresforschung“ adressiert komplementär hierzu marine CDR-Verfahren. Beide Förderrichtlinien haben zum Ziel, die Bewertungskompetenz zu CDR-Methoden in Bezug auf Potenziale und Umsetzbarkeit, Risiken sowie Wechselwirkungen mit anderen Nachhaltigkeitszielen und komplexen und weitreichenden Wirkungszusammenhängen im Erd- und Klimasystem zu erhöhen.

Das Umweltbundesamt plant zwei Projekte im Themenfeld Geoengineering Sie sollen den aktuellen Forschungsstand zu Geoengineering darstellen sowie mögliche Synergien und Konflikte mit den „Sustainable Development Goals“ untersuchen.

6. Welche Bundesministerien waren bisher mit den Themen Geoengineering bzw. Wetterbeeinflussung befasst (bitte nach Bundesministerium und Projekttitel aufschlüsseln)?

Bundesministerium	Projektschlüssel (Förderkennzeichen)
BMBF: Es wird auf die Antwort zu Frage 4 verwiesen.	01LG1002A-F.
BMU/UBA: Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.	
BMWi: Es wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.	

7. Plant die Bundesregierung die gesetzliche Regulierung weiterer Verfahren zur Beeinflussung des Wetters oder des Klimas, neben dem in den Bundestagsdrucksachen 19/4462 und 19/4463 erwähnten CDR-Verfahren?

   Wenn ja, welche, und ab wann?

Die Bundesregierung plant aktuell keine gesetzliche Regulierung weiterer Verfahren zur Beeinflussung des Wetters oder des Klimas.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co. KG, Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333

Deutscher Bundestag **Drucksache 19/21330**

19. Wahlperiode 28.07.2020

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Nicole Höchst, Martin Reichardt, Thomas Ehrhorn und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/21070 –

Verschwundene minderjährige Flüchtlinge

Vorbemerkung der Fragesteller

Laut einem Artikel der „Welt“ vom 20. April 2020 konnten von 2016 bis 2020 rund 21 000 Fälle vermisster unbegleiteter Flüchtlinge aufgeklärt werden (https://www.welt.de/politik/deutschland/article207370165/Fast-1800-unbegleitete-minderjaehrige-Fluechtlinge-in-Deutschland-vermisst.html).

Ein Hauptgrund für das Verschwinden ist laut obigem Zeitungsartikel die Weiterreise zu ihren Familien. Aktuell werden ca. 1 800 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge vermisst, darunter befinden sich ca. 700 Kinder (ebd.).

Wenn der Staat unbegleitete Kinder und Jugendliche aufnimmt, weil sie nun mal einfach da sind oder sie sogar selbst ins Land holt, übernimmt er auch die Verantwortung für ihre Sicherheit, Gesundheit, Bildung und Zukunft. Die Übergabe (z. B. durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) an die Jugendämter der Bundesländer oder an Träger entbindet ihn jedoch nicht der übergeordneten Fürsorgepflicht, wie auch eine Steuererklärung, delegiert an einen Steuerberater, den Steuerpflichtigen nicht vor Fehlern und deren Folgen schützt. Es ist nach Ansicht der Fragesteller also eine Evaluation notwendig, welche auch zukünftige Entscheidungen der Bundesregierung maßgeblich mit beeinflussen sollte.

1. Welche Gründe sind nach Kenntnis der Bundesregierung ursächlich dafür, dass Kinder und Jugendliche sich der Obhut der Jugendämter entziehen und „verschwinden“ können?

Wie dem Bericht der Bundesregierung zur Situation unbegleiteter Minderjähriger in Deutschland vom März 2020 (BT- Bundestagsdrucksache 19/17810) zu entnehmen ist, liegen der Bundesregierung hierzu folgende Kenntnisse vor: Die meisten unbegleiteten ausländischen Minderjährigen entziehen sich laut den befragten Ländern bzw. Landesstellen der (vorläufigen) Inobhutnahme, um zu Angehörigen oder Freunden an einem anderen Ort, entweder innerhalb Deutschlands oder dem europäischen Ausland, weiterzureisen. Weitere Gründe können z. B. sein, dass die Minderjährigen mit dem Unterbringungsort oder mit der Verteilentscheidung nicht einverstanden sind.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 28. Juli 2020 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

2. Wer trägt nach Auffassung der Bundesregierung die Verantwortung für die mangelnde Aufsicht und das daraus resultierende Verschwinden von Flüchtlingskindern und geflüchteten Jugendlichen, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, dem Verlust von Schutzbefohlenen entgegenzuwirken?

Fälle mangelnder Aufsicht sind der Bundesregierung nicht bekannt.

Mit dem Zweiten Datenaustauschverbesserungsgesetz vom 8. August 2019 wurden weitere Maßnahmen ergriffen, um der besonderen Schutzbedürftigkeit der Kinder und Jugendlichen Rechnung zu tragen. So sollen unbegleitete ausländische Minderjährige bereits zeitnah zu ihrer Einreise – und damit vor der Stellung eines Asylantrags durch die Notvertretung des Jugendamts oder den Vormund – im Wege der Amtshilfe auch durch Aufnahmeeinrichtungen nach § 44 des Asylgesetzes (AsylG) oder Außenstellen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge als unerlaubt eingereiste oder aufhältige Personen gemäß § 49 Absatz 8 und 9 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) registriert werden können. Das Primat der Kinder- und Jugendhilfe bleibt unberührt.

Die für die vorläufige Inobhutnahme von unbegleiteten ausländischen Minderjährigen zuständigen Jugendämter werden gesetzlich verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass die unbegleiteten ausländischen Minderjährigen bei Zweifeln an der Identität unverzüglich durch eine der zur Registrierung befugten Behörden erkennungsdienstlich behandelt werden.

3. Ist der Bundesregierung bekannt, aus welchen Unterbringungsformen die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge verschwinden (wenn ja, bitte nach Unterbringungsform, Geschlecht und Jahr seit 2015 aufschlüsseln, und wenn nein, warum nicht)?

Es liegen keine Kenntnisse vor, aus welchen Unterbringungsformen unbegleitete ausländische Minderjährige entweichen oder möglicherweise häufiger entweichen als aus anderen. Angaben zu als vermisst gemeldeten unbegleiteten ausländischen Minderjährigen sind in der Vermisstendatei des BKA verfügbar. Die dort erfassten Zahlen beschreiben jedoch nur Meldungen, nicht aber tatsächlich vermisste Personen. Eine Erfassung, aus welcher Unterbringungsform die als vermisst gemeldeten unbegleiteten ausländischen Minderjährigen entwichen sind, ist dort nicht vorgesehen.

4. Ist der Bundesregierung bekannt, in welche Regionen Deutschlands oder anderen Länder aus der staatlichen Obhut geflüchtet wird (wenn ja, bitte aufschlüsseln seit 2015 nach Hotspots in Deutschland und nach den anderen Staaten, diese benennen und Anzahl aufschlüsseln, unterscheiden nach männlich bzw. weiblich, und wenn nein, warum wird nicht zentral erfasst)?

Statistiken im Sinne der Fragestellung liegen der Bundesregierung nicht vor. Eine entsprechende zentrale Erfassung hat der Gesetzgeber nicht vorgesehen.

5. Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zu ihren Familien weiterflüchten und wo die anderen Flüchtlinge Aufnahme finden (z. B. Moscheevereine)?

Statistiken im Sinne der Fragestellung liegen der Bundesregierung nicht vor. Einer der von den befragten Ländern bzw. Landesstellen meist genannten Gründe, weswegen sich unbegleitete ausländische Minderjährige der Kinder-

und Jugendhilfe entziehen, ist die Weiterreise zu Angehörigen im In- bzw. Ausland (Bundestagsdrucksache 19/17810, S. 31).

6. Wie ist die Kostenübernahme der bis dato entstandenen Kosten geregelt, wenn dann doch Erziehungsberechtigte identifiziert werden können?

Die Kostenbeteiligung richtet sich nach dem Achten Kapitel des Achten Buchs Sozialgesetzbuch (SGB VIII).

7. Wie verteilen sich die flüchtigen Kinder nach Herkunftsländern?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine statistischen Erkenntnisse vor.

Anmerkung:

Da fällt auf, dass immer nur von Vielfalt und Buntheit die Rede ist. Wenn es konkret wird, treten Kinderschutz und Menschlichkeit in den Hintergrund. Dann trägt niemand Verantwortung und man kann den Eindruck bekommen. Dass es eigentlich auch niemanden interessiert, was mit den Kindern geschieht. Hauptsache, die kommen alle her, den Rest regeln die schon unter sich. Wenn man in deren Heimat helfen würde, hätte man hier keine Probleme, es wäre für uns preiswerter und dort wäre weniger immer noch viel mehr wert. Aber das wäre zu viel des Guten und würde auch dem künstlichen Umbau der Gesellschaften nicht dienlich sein. Da können schon mal 20.000 Kinder abhandenkommen. Wieviel es in ganz Europa, dem schönsten und besten, das wir je hatten, sind, kann nur geschätzt werden.

3.8 Anträge

3.8.1 Koordinierungsstelle 09.09.2020

Deutscher Bundestag **Drucksache 19/22188**

19. Wahlperiode 09.09.2020

Antrag

der Abgeordneten Nicole Höchst, Martin Reichardt, Mariana Harder-Kühnel, Frank Pasemann, Johannes Huber, Thomas Ehrhorn, Marc Bernhard, Peter Boehringer, Joana Cotar, Dr. Gottfried Curio, Peter Felser, Dietmar Friedhoff, Dr. Götz Frömming, Dr. Alexander Gauland, Dr. Axel Gehrke, Dr. Heiko Heßenkemper, Martin Hohmann, Johannes Huber, Stefan Keuter, Jörn König, Steffen Kotré, Rüdiger Lucassen, Andreas Mrosek, Christoph Neumann, Gerold Otten, Tobias Matthias Peterka, Dr. Robby Schlund, Uwe Schulz, Thomas Seitz, Detlev Spangenberg, Dr. Dirk Spaniel, René Springer, Dr. Harald Weyel und der Fraktion der AfD

Einrichtung einer bundesweiten Koordinierungsstelle zur Bekämpfung von Beschneidungen von Frauen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Beschneidungen von Frauen in der Bundesrepublik Deutschland werden weder statistisch erfasst (Drucksachen 19/14497 und 19/1641) noch rechtlich verfolgt, obwohl es sich um eine Straftat gemäß § 226a StGB handelt.

Dennoch gelangen immer wieder dramatische Berichte darüber an die Öffentlichkeit. So berichtet das Magazin „Berlin.jetzt“ in seiner Online-Ausgabe, dass die Zahlen in Berlin dramatisch angestiegen seien. Im Jahr 2016 gab es zwölf Fälle, 2017 sechs Fälle und von 2018 bis 2019 jedoch 176 Fälle.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

im Zusammenwirken mit den zuständigen Ländern, Behörden, Jugendämtern und Krankenkassen ab dem 01.09.2020 in Anlehnung an das Berliner Modell eine bundesweite Koordinierungsstelle einzurichten, mit der Aufgabe des verstärkten Ausbaus der Aufklärungs- und Beratungsangebote sowie des Ausbaus der medizinischen Versorgung dieser Frauen und einer öffentlich zugänglichen jährlichen Evaluation der getroffenen Maßnahmen.

Berlin, den 24. Juni 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Zitat aus dem Magazin „Berlin.jetzt“:

„Diese beunruhigende Entwicklung wurde vom Senat auf eine Anfrage der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus bestätigt.

Der Senat sieht den Anstieg im Zusammenhang mit der Einwanderung vor allem aus afrikanischen und arabischen Ländern: „Aufgrund der Zuwanderung aus Gebieten, in denen die Praxis der Genitalverstümmelung stark verbreitet ist, wird davon ausgegangen, dass ein zunehmender Bedarf an Beratung, Aufklärung und medizinischer Versorgung besteht.“

Bisher wurden seitens der Bundesregierung und der Länder viele Maßnahmen ins Leben gerufen (siehe Übersichtsliste).

Die Gesellschaft muss im Ganzen sensibilisiert werden, um durch Vermeidung die jungen Mädchen und Frauen zu schützen bzw. ihnen medizinisch zu helfen, soweit dies nach erfolgter Genitalverstümmelung noch möglich ist. Durch die zunehmende Entstehung von Parallelgesellschaften sind die Betroffenen oder von Beschneidung Bedrohten, oft von der deutschen Gesellschaft abgeschnitten und nehmen nur bedingt an ihr teil. Daher müssen die Bevölkerungsgruppen, welche zwangsläufig Kontakt mit ihnen und ihren Eltern haben, besonders geschult und sensibilisiert werden. Dazu gehören in vorderster Reihe Schulen, Kindergärten, Jugendämter, Ärzte und Krankenhäuser aber es müssen auch religiöse Einrichtungen stärker in die Pflicht genommen und eingebunden werden.

In der Hintergrundmeldung des BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) vom 10.12.2014 heißt es unter der Überschrift „Arbeitsgruppe aus Bund, Ländern und Nichtregierungsorganisationen ins Leben gerufen“

Zitat: „Entscheidend für die Überwindung von weiblicher Genitalverstümmelung in Deutschland ist die Einbeziehung lokaler Schlüsselakteure und eine Zusammenarbeit mit den betroffenen Kulturkreisen. Die Bundesregierung hat daher eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, in der Vertreterinnen und Vertreter von Bundesressorts, den Ländern, der Bundesärztekammer und von Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeiten.

Die Arbeitsgruppe hat Anfang 2014 die Mitteilung der Europäischen Kommission zur Bekämpfung von weiblicher Genitalverstümmelung zu ihrer Arbeitsgrundlage erklärt. Die Mitteilung beinhaltet verschiedene Maßnahmen, mit denen die weibliche Genitalverstümmelung bekämpft werden soll, unter anderem:

- die Erlangung eines besseren Verständnisses der Problematik der weiblichen Genitalverstümmelung in der EU,
- die Förderung eines nachhaltigen sozialen Wandels, um weibliche Genitalverstümmelung zu verhindern,
- die Unterstützung der Mitgliedstaaten bei einer wirksamen Strafverfolgung von weiblicher Genitalverstümmelung und
- der Schutz für gefährdete Frauen im Hoheitsgebiet der EU.

Die Bedrohung mit Genitalverstümmelung ist als geschlechtsspezifische Verfolgung, die der Betroffenen auch durch nichtstaatliche Akteure drohen kann, im Asylverfahrensgesetz als Fluchtgrund anerkannt.

Wegen der Schwere der Rechtsverletzung wurde im September 2013 mit § 226a StGB ein Spezialstraftatbestand geschaffen, der die Straftat der Verstümmelung weiblicher Genitalien zum Verbrechen heraufstuft. Eine Ausdehnung der Anwendbarkeit dieses Tatbestands auf weitere ausschließlich im Ausland begangene Taten wird derzeit erwogen.“

Dieses Ziel ist nach Ansicht des Antragstellers jedoch nicht erreicht worden, wie es aus den Drucksachen 19/14497 und 19/1641 ersichtlich wird. Es gab seitdem weder Anzeigen noch strafrechtliche Maßnahmen. Es wurden die Fallzahlen nicht gesenkt und die betroffenen Bevölkerungsgruppen nicht erreicht. Es konnte auch kein wirksamer Schutz geschaffen, schon gar nicht ein nachhaltiger sozialer Wandel erreicht werden. Auch die anderen Ziele wurden nicht in Ansätzen erreicht. Stattdessen gehen die Fallzahlen weiter nach oben.

Daher soll neben der Arbeitsgruppe, eine spezielle Koordinierungs- und Präventionsstelle geschaffen werden, welche in der Lage ist, auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland selbständig präventiv tätig zu werden, effektive Gegenmaßnahmen zu treffen und durchzuführen. Zusätzlich sollen, zur Steigerung der Wirksamkeit, die Maßnahmen innerhalb der EU sowie Hilfs- und Nichtregierungsorganisationen integriert werden.

Bund:

BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend):

www.bmfsfj.de/blob/90088/26b964124fb4d5e724da08436d4a0c50/genitale-verstuemmelung-bei-maedchen-und-frauen-data.pdf

www.bmfsfj.de/blob/93228/77ac63e8f600d39c8fb5ae9ed2080653/aktionsplan-ii-zur-bekaempfung-von-gewalt-gegen-frauen-data.pdf

www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/frauen-vor-gewalt-schuetzen/genitale-verstuemmelung-bei-frauen-und-maedchen/80720

BMG (Bundesministerium für Gesundheit):

www.bundesgesundheitsministerium.de/service/begriffe-von-a-z/g/genitalverstuemmelung/?L=0

BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung):

www.bmz.de/de/themen/frauenrechte/arbeitsfelder_und_instrumente/gewalt_gegen_frauen/genitalverstuemmelung/index.html

BZgA (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung):

www.frauengesundheitsportal.de/suche/?tx_indexedsearch_pi2%5Baction%5D=search&tx_indexedsearch_pi2%5Bcontroller%5D=Search

BAFzA (Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben):

www.hilfetelefon.de/gewalt-gegen-frauen/genitalverstuemmelung.html

BPB (Bundeszentrale für politische Bildung Medien- und Kommunikationszentrum Berlin):

www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/263832/tag-gegen-weibliche-genitalverstuemmelung

Länder:

Thüringen:

www.landesfrauenrat-thueringen.de/medien/material/2016/Material_FT_FG/zerm.pdf

RLP:

https://gesundheitsfoerderung.bildung-rp.de/sexualerziehung/genitalverstuemmelung.html

BW:

www.service-bw.de/lebenslage/-/sbw/Weibliche+Genitalverstuemmelung-5000867-lebenslage-0

HH:

www.hamburg.de/opferschutz/12138124/schutzbrief-gegen-genitalverstuemmelung/

Berlin:

www.berlin.de/sen/frauen/keine-gewalt/genitalverstuemmelung/

NS:

www.vernetzungsstelle.de/?B703EF75B56FF53787519776CAEB7CF2

Anmerkung:

Der Antrag zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle wurde zeitgleich mit dem nachfolgenden Antrag „Interkulturelle Dolmetscher“ abgelehnt. Damit wurde klar, dass die im Antrag zitierte Zielsetzung des Familienministeriums nur reine Makulatur ist. Hier hat sich nichts geändert und es wird sich ohne äußere Zwänge auch nichts ändern. Leidtragende sind die Betroffenen. Stattdessen wirft man der AfD (wie im „Wahl-O-Mat 2021“) vor, Migranten entrechten zu wollen. Absurder und verlogener geht es kaum noch!

Deutscher Bundestag **Drucksache 19/22191**

19. Wahlperiode 09.09.2020

Antrag

der Abgeordneten Nicole Höchst, Marc Bernhard, Joana Cotar, Peter Felser, Dietmar Friedhoff, Dr. Axel Gerke, Heiko Heßenkemper, Martin Hohmann, Johannes Huber, Stefan Keuter, Jörn König, Andreas Mrosek, Christoph Neumann, Gerold Otten, Tobias Matthias Peterka, Dr. Robby Schlund, Uwe Schulz, Detlev Spangenberg, René Springer und der Fraktion der AfD

Beschneidung – Interkulturelle Dolmetscher einsetzen

Der Bundestag wolle beschließen:

Im Kampf gegen die strafbare Beschneidung von Mädchen und jungen Frauen zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen, welche im Rahmen der Prävention, Beratung und Opferhilfe, den bedarfsorientierten Einsatz von interkulturellen Dolmetschern ermöglichen, diesen in Zusammenarbeit mit den Ländern und Behörden zu koordinieren und in ausreichender Zahl auszubilden und zu befähigen, in Jugendämtern, Krankenhäusern etc. tätig zu werden.

Berlin, den 19. Juni 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Der zunehmenden Genitalverstümmelung von jungen Frauen und Mädchen Einhalt zu gebieten, ist eine schwierige gesellschaftliche Aufgabe. Damit geht zwangsläufig ein staatlicher Eingriff in Traditionen kulturell völlig anders geprägter Migranten einher. Oft wird die deutsche Sprache nicht gesprochen, es fehlt Bildung und der zwischenmenschliche Kontakt erfolgt überwiegend in eigenen und oft nach außen abgeschotteten Kreisen. Kampagnen mit Aufklärungsbroschüren und Filmen, Kommissionen und Behörden usw. geraten dadurch schnell an ihre Grenzen. Um den Kreislauf zu unterbrechen, wurden in der Schweiz sogenannte „Interkulturelle Dolmetscher“ eingesetzt. Diese sind wesentlich mehr, als nur Dolmetscher. Hier helfen selbst betroffene Frauen mit hoher kultureller Nähe den Opfern der Genitalbeschneidung. Sie gehen z.B. in Krankenhäuser, unterstützen, geben Halt und klären auf. Sie treffen sich mit den Frauen und versuchen, diese davon zu überzeugen, dass sie diese unmenschliche Tradition in ihren Familien beenden und dies auch weitertragen (www.srf.ch/play/tv/srf-news/video/wir-sind-keine-halben-frauen?id=499739ff-6239-44c7-bb7c-516c4cdce4ba; www.tetras.de/der-dolmetscher-als-kultureller-mediator/).

Nach Ansicht des Antragstellers, wird damit ein überzeugender und wirksamer Beitrag zur Prävention und Leidensminderung geleistet, ein unverzichtbarer Beitrag zum Schutz Mädchen und Frauen, wie er in Artikel 2 (2) des Grundgesetzes garantiert ist.

Anmerkung:

Der Antrag wurde von den anderen Parteien einstimmig abgelehnt. Was braucht es denn noch mehr, damit klar wird, dass hier Politik gegen und nicht für die Menschen gemacht wird? Es ist weder in der Gleichberechtigungspolitik, noch unter dem Aspekt der Integration, der Menschenrechte oder gar dem Kampf gegen Gewalt gegenüber Frauen nachzuvollziehen. Diese Politik folgt eben keinen humanitären Leitlinien, sondern einer ideologischen Agenda, welche Macht für die Akteure und Unfreiheit für die Mehrheit zum Ziel hat.

3.8.3 Haltung der Bundesregierung gegenüber Versammlungen 23.09.2020

Deutscher Bundestag **Drucksache 19/[...]**

19. Wahlperiode [Datum]

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Nicole Höchst, Martin Reichardt, Johannes Huber, Franziska Gminder, Prof. Dr. Harald Weyel, Jörn König, Prof. Dr. Heiko Heßenkemper, Petr Bystron, Martin Hebner, Steffen Kotré, Martin Hohmann, Martin Sichert, Stefan Keuter, Tobias Matthias Peterka und der Fraktion der AfD

Haltung der Bundesregierung zu Versammlungen als Ausdruck bürgerschaftlichen Engagements

Bürgerschaftliches Engagement ist ein hohes Gut. Dazu gehören neben ehrenamtlichen Tätigkeiten in den Organisationen der sogenannten Zivilgesellschaft auch Veranstaltungen und Versammlungen, in denen Bürger ihren Forderungen und Wünschen Ausdruck verleihen. Das Demonstrationsrecht ist in Artikel 8 des Grundgesetzes festgeschrieben.

Seit 2015 steigen nach Auffassung der Fragesteller sowohl Anzahl als auch Teilnehmerzahlen von Versammlungen und Demonstrationen. Immer öfter wird jedoch von verletzten Polizeibeamten, von Straftaten am Rande der Veranstaltungen berichtet, sowie von zunehmender Radikalisierung. Diese werden in den Bundesländern statistisch erfasst (Bundesdrucksache 19/20769 Seite 13). Die Fragesteller gehen davon aus, dass die Bundesregierung darüber informiert ist, wie sich die Lage in den einzelnen Bundesländern, also im gesamten Bundesgebiet entwickelt. Ziel der Anfrage ist es, den aktuellen Sachstand sowie die Position der Bundesregierung in Erfahrung zu bringen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Demonstrationen über 200 Teilnehmer hat es nach Kenntnis der Bundesregierung seit 01.01.2015 gegeben und wie viele Demos fanden pro Jahr statt (bitte aufschlüsseln nach Jahren und Veranstaltungsanlass, ausländische Bevölkerungsgruppen und sonstige.)?
2. Wie viele Teilnehmer waren nach Kenntnisstand der Bundesregierung an den unter 1. erfassten Demonstrationen jeweils beteiligt und in welchen Städten fanden sie statt?

3. Bei welchen der unter 1. erfassten Demonstrationen waren nach Kenntnis der Bundesregierung parallel Gegendemonstrationen angemeldet worden und welche Teilnehmerzahl wurde dort registriert?

4. Bei welchen der unter 1. und unter 3. erfassten Demonstrationen waren nach Kenntnis der Bundesregierung Organisationen der sogenannten Zivilgesellschaft beteiligt und welche waren das (z.B. NGOs, Gewerkschaften, Stiftungen, Caritas, DRK, Kirchen etc.)?

5. Welche der unter 4. erfassten Organisationen der Zivilgesellschaft erhielten dafür staatliche finanzielle Zuwendungen aus Bundesmitteln und in welcher Höhe?

6. Ab welcher Größenordnung sieht die Bundesregierung direkten politischen Handlungsbedarf in dem Sinne, dass auf die Forderungen der Demonstranten zeitnah eingegangen wird?

7. Plant die Bundesregierung das Demonstrationsrecht nach Artikel 8 des Grundgesetzes einzuschränken und wenn ja, mit welcher Begründung?

8. Ist der Bundesregierung bekannt, worin die Hauptforderungen der Demonstrationen bestanden und wenn ja, welche waren dies?

9. Wie viele Straftaten und bei welchen Demonstrationen und Gegendemonstrationen kamen nach Kenntnis der Bundesregierung zur Anzeige und wie viele führten davon zu Verurteilungen?

10. Bei welchen Veranstaltungen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung Polizisten angegriffen und wie viele wurden bei der Ausübung ihrer Tätigkeit verletzt?

11. Am Rande welcher Versammlungen unter 1. und 4. kam es nach Kenntnis der Bundesregierung zu Sachbeschädigungen, aus welcher politischen Richtung kamen die Verursacher und in welcher finanziellen Höhe waren die Schäden?

12. Ab welcher Größenordnung und Wiederkehr von Demonstrationen geht die Bundesregierung von sogenannter Systemrelevanz, also einer kritischen Menschenmenge, aus?

13. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Kosten ein, welche seit 2015 bisher durch die Demonstrationen zusätzlich entstanden sind?

14. Zählen alle genehmigten Versammlungen für die Bundesregierung zum bürgerschaftlichen Engagement und wenn nein, welche nicht und wieso nicht?

15. Wie entwickelten sich nach Kenntnis der Bundesregierung seit 2015 die Zahlen von sogenannten Spontandemonstrationen?

16. Wie schätzt die Bundesregierung die weitere Entwicklung der Demonstrationen in Anzahl, Häufigkeit und Teilnehmerzahl ein und sieht sie einen Zusammenhang mit ihrer Politik?

Anmerkung:

Diese Anfrage wurde zwar entgegengenommen, aber bis heute nicht beantwortet. Es sei zu umfangreich. Teilweise sei es Ländersache. Das würde die Kapazitäten überfordern. Das ist was dran und kann sogar alles stimmen, aber wenn dem so ist, dann müssen ja derart viele Demonstrationen stattgefunden haben, dass niemand, aber auch wirklich niemand mehr sich hinstellen und behaupten kann, es sei das beste Deutschland, welches man je hatte. Dann ist es nämlich genau anders herum, und dann war die bisherige Politik falsch und das, liebe Leser, dass geben die Altparteien nur sehr ungern zu.

3.8.4 Krisenüberbrückung Schausteller

Deutscher Bundestag **Drucksache 19/23711**

19. Wahlperiode 28.10.2020

Antrag

der Abgeordneten Nicole Höchst, Berengar Elsner von Gronow, Tino Chrupalla, Sebastian Münzenmaier, Johannes Huber, Steffen Kotré, Paul Viktor Podolay, Uwe Witt und der Fraktion der AfD

Krisenüberbrückung für Schausteller, ihre Zulieferer und Hersteller und Ermöglichung von Veranstaltungen mit entsprechendem Hygienekonzept

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Schaustellerbund besteht aus 91 eigenständigen Schaustellervereinen mit über 4.200 Vollmitgliedern. Diese unterteilen sich in sieben Fachgruppen für die Sparten: Schau- und Belustigungsgeschäfte, Fahrgeschäfte, Ausspielungsgeschäfte, Schießgeschäfte, Verkaufsgeschäfte nach Schaustellerart, Reisende Zeltgaststätten nach Schaustellerart und Bildung.

Jeder Mensch in Deutschland hat in der Regel eine sehr positive Erinnerung an diesen Teil unserer Kultur. Ein Sterben dieser Branche hinterließe einen bleibenden Schaden für das Gemeinwohl Deutschland.

Die Schausteller stehen für 1.200 Jahre alte Brauchtumspflege und die Erhaltung und Förderung der traditionellen Jahrmärkte, Kirmessen, Volksfeste und Weihnachtsmärkte.

Das Beratungsunternehmen McKinsey geht davon aus, dass durch die Krankheit COVID-19 aktuell bis zu 59 Millionen Arbeitsplätze in der EU und Großbritannien vor dem Aus stehen. Dies würde jeden vierten Arbeitsplatz betreffen. Schausteller zählen als Teil der Unterhaltungsbranche zu den gefährdetsten Branchen (www.manager-magazin.de/politik/europa/mckinsey-59-millionen-arbeitsplaetze-in-europa-bedroht-a-1306379.html).

Der Deutsche Schaustellerbund e. V. spricht von einer dramatischen Situation. Viele Schausteller resümieren, dass die derzeitig aufgelegten Hilfen oft am Kern des Problems vorbeigehen und kritisieren, dass sie sich nicht an der wirtschaftlichen Realität der Unternehmen orientieren.

Es ist Aufgabe der Bundesregierung zum Wohle der Bevölkerung zu handeln. Mit Hilfe zur Selbsthilfe und mehr Augenmaß für die Dramatik der Situation ist eine Rückkehr zur Normalität mit Blick auf die Zukunft mehr als angeraten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Soforthilfe rückwirkend nicht vom Personalstand am Stichtag 31. März 2020 abhängig zu machen, sondern zum Nachteilsausgleich am Jahresmittel der letzten drei Jahre,
2. sicherzustellen, dass den Empfängern von Corona-Soforthilfen bei Überschneidungen mit dem neuen Hilfspakt bereits während der Dauer des faktischen Berufsausübungsverbotes keine Nachteile entstehen,
3. die Instandhaltungserstattung für die Dauer der Unmöglichkeit zur Berufsausübung durch eine Betriebskostenerstattung auf der Basis des dreijährigen Mittels zu ersetzen,
4. eine Investitionshilfe aufzulegen, welche sich am dreijährigen Investitionsmittel des jeweiligen Schaustellers orientiert und für die Dauer der Unmöglichkeit zur Berufsausübung gilt,
5. in die Hilfen, gemäß den Nummern 1 bis 4, auch eindeutig vom Schaustellerbetrieb abhängige Zulieferer und Hersteller einzubeziehen,
6. darauf hinzuwirken, dass die Bundesländer einheitlich die Aufhebung aller Veranstaltungsverbote und -beschränkungen erklären, sofern behördlich abgestimmte Hygienekonzepte vorliegen und nur im Falle des Überschreitens entsprechender Corona-Infektionsraten bzw. Mortalitätsraten zu Verboten und Einschränkungen zurückzukehren,
7. die Veranstaltungsverbote nach unterschreiten festgelegter Schwellenwerte dann wieder aufzuheben, wenn die Unterschreitung zwei aufeinanderfolgende Betrachtungszeiträume von je maximal 14 Tagen nachgewiesen ist,
8. gestundete Steuerzahlungen erst ab Erreichen des durchschnittlichen Umsatzniveaus der Geschäftsjahre 2017 bis 2019 ratierlich und zinsfrei innerhalb von 36 Monaten tilgen zu lassen,
9. ein Schutzpaket aufzulegen, das Schausteller, Beschicker, Zulieferer und Hersteller in die Lage versetzt, private Vorsorgemaßnahmen nicht zur Deckung zwingender und laufender Kosten, wie Altersvorsorge und Altersrückstellungen in der privaten Krankenversicherung auflösen zu müssen,
10. sicherzustellen, dass Schausteller mit Belastungen durch Leasing- oder Darlehensverbindlichkeiten infolge von Investitionen in den eigenen Geschäftsbetrieb einen Rechtsanspruch auf Verminderung der Höhe ihrer daraus erwachsenen Zahlungsverpflichtungen während der Corona-Krise erhalten,
11. Schausteller und Zirkusse als Kulturgut anzuerkennen.

Berlin, den 27. Oktober 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Nicht neutral wissenschaftlich evidenzbasierte Corona-Maßnahmen und Beschränkungen lehnen wir grundsätzlich ab und betrachten die im vorliegenden Antrag geforderten Maßnahmen lediglich als notwendig zur Überbrückung der Lockdown-bedingten Existenznot der Schaustellerbranche.

Die deutschen Schausteller sind durch das Verbot der Großveranstaltungen seit März 2020 faktisch mit einem Berufsausübungsverbot belegt. Ihre letzten Einnahmen haben sie auf den Herbst-Kirmessen oder Weihnachtsmärkten im Jahr 2019 erzielt. Damit sind mehr als 5.000 Familienunternehmen massiv in ihrer Existenz bedroht. Die von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19 bringen neben den damit verbundenen Zulieferbranchen auch die Branche der Schausteller in existenzielle Nöte. Die Zulieferbranchen schließt nicht nur Ersatzteillieferanten oder Hersteller ein, sondern auch Nahrungsmittellieferanten wie Bäckereien, welche einen Großteil ihres Jahresumsatzes und -erlöses auf Weihnachtsmärkten generieren (Beispiel: Dresdner Christstollen, Lebkuchenbäckereien etc.), oder sonstige handwerkliche Produzenten. Das von der Bundesregierung beschlossene Hilfspaket für Schausteller ist nach Ansicht des Antragstellers nicht ausreichend. So überschneidet sich das Hilfspaket teilweise mit der Soforthilfe, in deren Ergebnis manche Schausteller nur Hilfe für zwei Monate erhalten.

Da branchenbedingt viele Schausteller nur saisonal ihr Geschäft betreiben können, wird oft auch nur Saisonpersonal eingesetzt. Für Zirkusse, wie beispielsweise dem Zirkus Frankordi, läuft die Hauptsaison sogar nur von April bis Juli. Das Konjunkturpaket hat jedoch als Stichtag den 31. März 2020 und geht an der Lebens- und Arbeitsrealität vorbei, da im Monat März sich der Schaustellerbetrieb immer auf personellem Niedrigstand befindet. Schausteller bis 5 Mitarbeiter erhalten danach pauschal 9.000 Euro Soforthilfe und Schausteller mit mehr Personal erhalten höhere Hilfen. Um die saisonal bedingten extremen Personalschwankungen auszugleichen und tatsächlich wirksame Hilfe leisten zu können, muss jedoch ein Mittelwert herangezogen werden. Eine Pauschalregelung ist daher nicht sinnvoll und erzielt nicht das gewünschte Ergebnis.

Eine Instandhaltungserstattung, mit deren Hilfe dann z. B. neue Reifen für ein stillstehendes Fahrgeschäft erworben werden können, trägt zum Erhalt des Geschäftes bei. Sie ist auch aus steuerlicher Sicht nicht ganz unproblematisch und erhöht auf längere Sicht die Steuerabgaben.

Völlig unberücksichtigt sind Kreditrückzahlungen oder Leasingraten. Besonders größere Fahrgeschäfte mit Riesenrad, Achterbahn oder ähnlich teuren Anlagen stehen vor besonderen Herausforderungen. Hier fallen monatliche Belastungen zwischen 15.000 und 35.000 Euro an. Stundungen seitens der finanzierenden Banken oder der Hersteller haben ihre Grenzen. Ein Verkauf oder eine vorzeitige Beendigung des Leasingvertrages werden nur in den wenigsten Fällen möglich sein. Wenn es doch möglich ist, fallen Vorfälligkeitsentschädigungen an. In jedem Fall ist dann aber die Existenzgrundlage entzogen.

In den Lieferketten der Hersteller und Zulieferer kommt es dann ebenfalls zu Ausfällen. Die Möglichkeiten der verzögerten Insolvenzanmeldung oder verlängerte Kurzarbeit lösen das Problem nicht. Wer dennoch bei eintretender bzw. sich ankündigender Zahlungsunfähigkeit keine Insolvenz anmeldet, verschiebt diese zeitlich nur nach hinten und verschärft somit die Probleme der Lieferketten. Der gesamtgesellschaftliche Schaden wird somit noch größer. Um irreparable gesellschaftliche Langzeitschäden zu verhindern, muss die Überbrückungshilfe einen Umfang besitzen, durch welche einschränkungsbedingte Insolvenzen vermeiden können. Sie muss von berechenbaren zeitlichen Begrenzungen der Einschränkungen bzw. der faktischen Berufsverbote begleitet sein. Nur so kann der Unternehmer eine realistische Einschätzung treffen und seine Entscheidung überhaupt erst fällen.

Es ist nicht nachvollziehbar, warum eine Achterbahn oder ein Zuckerwattestand unter Beachtung von Abstands- und Hygieneregeln an der frischen Luft nicht öffnen darf.

Abgesehen davon, gibt es keinerlei Hinweise darauf, dass nach Großveranstaltungen, wie sie in Berlin stattfanden, ein Anstieg von Erkrankungen verzeichnet wurde. Weder nach Black Lives Matter, noch nach den Großveranstaltungen im August mit vermutlich mehreren hunderttausend Menschen in Berlin oder kleineren Protestveranstaltungen in anderen Städten, stiegen die Zahlen der Erkrankungen an. Da in Deutschland statistisch bisher weder eine Übersterblichkeit noch eine signifikant gestiegene Erkrankungsrate festgestellt wurde, ist eine kurzfristige Aufhebung sämtlicher Maßnahmen angeraten. Bundesweit werden zum Beispiel jetzt bereits die Stollen für die Weihnachtsmärkte gebacken.

3.9 Beispiel: Befragung der Bundesregierung

3.9.1 Fragestunde: Frage Nr. 65 vom 30.04.2020

In der einstündigen Fragestunde am Mittwoch, 6. Mai 2020, beantworteten Vertreter der Bundesregierung vorab schriftlich eingereichte Fragen der Abgeordneten (19/18880), die getrennt nach Ressorts aufgerufen wurden. Viele Fragen können aus zeitlichen Gründen nicht im Plenum beantwortet werden. Ist dies der Fall, wie bei Frage 65, dann erfolgt die Beantwortung schriftlich. Wo diese Antwort später zu finden ist und ab wann, dürfen dann der Abgeordnete oder dessen Büromitarbeiter selbst herausfinden. Dieser Mangel an Service gegenüber den gewählten Volksvertretern impliziert, dass unter der Maßgabe, dass in der Politik nichts zufällig geschieht, nicht nur bürokratische Gründe als ursächlich anzusehen sind.

Frage:

In der Frage 65 erkundigte ich mich, wie viele minderjährige Flüchtlinge die Bundesrepublik Deutschland seit 1. Januar 2019 bundesweit aus Griechenland aufgenommen hat. Sie wollte die Angaben nach Geschlecht und fragte, wie viele am 1. Januar geboren sind und wie viele Covid-19 positiv getestet wurden.

Antwort:

Frage 65 Antwort des Parl. Staatssekretärs Volkmar Vogel auf die Frage der Abgeordneten Nicole Höchst (AfD):

Wie viele minderjährige Flüchtlinge nahm die Bundesrepublik Deutschland seit 1. Januar 2019 bundesweit aus Griechenland auf (bitte nach Geschlecht, wie viele am 1. Januar geboren sind und wie viele Covid-19-positiv getestet wurden aufschlüsseln)? Die Bundesrepublik Deutschland hat seit dem 1. Januar 2019 im Rahmen der sogenannten Dublin-Verordnung die Zuständigkeit für die Durchführung der Asylverfahren von 239 unbegleiteten Minderjährigen übernommen, davon 208 männliche und 31 weibliche Personen. Hiervon wurden 86 Asylsuchende auf den Geburtstag „1. Januar“ registriert. Keine der genannten Personen wurde positiv auf Covid-19 getestet.

3.10 Auszug aus Einzelanfragen an die Bundesregierung

Erläuterung:

Jedem Abgeordneten stehen monatlich 4 Fragen zur mündlichen oder schriftlichen Beantwortung durch die Bundesregierung zu. Dabei ist man thematisch völlig frei. Anders verhält es sich bei der Befragung. Dort kann man im ersten Teil der Befragung den Minister nur zu seinem Verantwortungsbereich befragen und hat bis zu zwei Nachfragen zur Verfügung. Im zweiten Teil sind Fragen zum allgemeinen Geschäftsbereich der Bundesregierung möglich. Das ist aber zeitlich begrenzt und viele Fragesteller kommen gar nicht erst zum Zuge. Abgeordnete, müssen sich also zum frühestmöglichen Zeitpunkt für die „Warteschlange“ anmelden.

Die Einzelanfrage ist darüber hinaus die schnellste Möglichkeit, eine Antwort zu bekommen.

3.10.1 Kenntnisse effektive Reproduktionszahl R von SARS-CoV-2 – 30.04.2020

Drucksache 19/1881

Frage

Wie lange muss sich die effektive Reproduktionszahl R des Corona-Virus SARS-CoV-2 in Deutschland unter dem Wert 1 halten, bis die Bundesregierung eine Beendigung aller Maßnahmen des sogenannten „Shutdowns “ - analog zum Zeitraum für die Lockerung der Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie, welchen die Bundeskanzlerin in ihrem Audio-Podcast vom28. März 2020 angab (www.bundeskanzlerin.de/resource/blob/822020/1736006/7d89bc115a396ccdefd63dc073f84f92/download-pdf-data.pdf) - in Abstimmung mit den Bundesländern erwägt?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Thomas Gebhart

vom 29. April 2020

Für die Entscheidung über Schutzmaßnahmen ist eine Gesamtbetrachtung der Schwere und Entwicklung des Infektionsgeschehens, der aktuellen medizinischen Versorgungssituation wie auch der gesamtgesellschaftlichen Situation erforderlich. Entscheidungen über Maßnahmensind von den Verantwortlichen auf Bundes-, Landes- bzw. kommunaler Ebene jeweils aktuell auf der Basis der vorliegenden Erkenntnisse und Prognosen zu treffen. Als ein Parameter zur Beschreibung und Bewertung der Ausbruchsdynamik der Pandemie wird unter anderem die effektive Reproduktionszahl R verwendet. Ein R unter 1 entspricht einer Abnahme der Anzahl von Neuerkrankungen. Die effektive Reproduktionszahl R sollte nach Einschätzung des Robert Koch-Instituts mindestens solange unter 1 gehalten werden, bis die Anzahl der Neuerkrankungen pro Woche bundesweit stabil auf einem niedrigen Niveau liegt, die Belastung der Krankenhäuser und der Intensivstationen bundesweit durch COVID-19-Patientinnen und COVID-19-Patienten gut bewältigbar ist und die Gesundheitsämter in der Lage sind, einzelne Cluster effizient nachzuverfolgen. Dann können Maßnahmen schrittweise gelockert werden.

3.10.2 Kriterien für Shutdown - 29.04.2020

Drucksache 19/1881

Frage

Welche anderen Kriterien sind neben der effektiven Reproduktionszahl R des Corona-Virus SARS-CoV-2 in Deutschland für die Aufrechterhaltung des sogenannten „Shutdowns “ für die Bundesregierung maßgeblich?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Thomas Gebhart

Neben der effektiven Reproduktionszahl R sind die Anzahl der Neuerkrankungen, die Anzahl und Größe lokaler Ausbrüche und die Belastung der Krankenhäuser und der Intensivstationen weitere wichtige Kriterien. Die Belastung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes bei der Nachermittlung und Eindämmung ist darüber hinaus zu berücksichtigen. Für die Gesamtbewertung der Lage und die Entscheidung über Maßnahmen zieht die Bundesregierung weitere Kriterien außerhalb der infektionsepidemiologischen Betrachtung der Fälle und der Kapazitäten des Gesundheitswesens hinzu.

3.10.3 Seit wann berechnet das RKI die Reproduktionszahl R? 29.04.2020

Drucksache 19/1881

Frage

Seit wann berechnet das Robert Koch-Institut die effektive Reproduktionszahl R für das Corona-Virus SARS-CoV-2 in Deutschland (bitte sowohl das Datum der erstmaligen Berechnung sowie das Datum, bis zu welchem rückwirkend gerechnetwurde)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Thomas Gebhart

Für eine stabile Schätzung (Nowcasting) der aktuellen Anzahl von Neuerkrankungen an COVID-19 muss der Diagnose-, Melde- und Übermittlungsverzug korrigiert werden, der bis zu 30 Tage beträgt. Dies ist seit Ende März 2020 möglich. Auf Basis des sog. Nowcasting schätzt das Robert Koch-Institut die zeitabhängige Reproduktionszahl R. Die R-Schätzung erfolgt rückwirkend bis zum 2. März 2020. Die Ergebnisse des Nowcasting und der R-Schätzung wurden im Epidemiologischen Bulletin am 9. April 2020 veröffentlicht. Diese Veröffentlichung wurde aufgrund einer Anpassung der Methodik am 15. April 2020 aktualisiert.

3.10.4 Erstmalige Kenntnis der Bundesregierung über die Reproduktionszahl 29.04.2020 Drucksache 19/1881

Frage

Wann hat die Bundesregierung erstmals Kenntnis über die berechnete effektive Reproduktionszahl des Corona-Virus SARS-CoV-2 für Deutschlanderlangt?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Thomas Gebhart

Die Bundesregierung wurde vom Robert Koch-Institut am 9. April 2020 über die Ergebnisse des Nowcasting und die Berechnung der Reproduktionszahl R informiert.

3.10.5 Merkel zur Transformation beim Weltwirtschaftsgipfel – 13.05.2020 Drucksache 19/19020

Frage

Was versteht die Bundesregierung unter „Transformation “, wie von der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auf dem Weltwirtschaftsforum am 23. Januar 2020 in Davos geäußert, und welche Maßnahmen will sie ergreifen, um die Transformation durchzuführen (www.dw.com/de/merkel-transformationenvon-gigantischem-historischem-ausmaß)?

Antwort des Staatsministers Dr. Hendrik Hoppenstedt

Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und die Bundesregierung insgesamt verstehen unter dem Begriff Transformation “ die Summe an Veränderungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, die insbesondere für die langfristige Entwicklung der Lebensgrundlagen und des Wohlstands in Deutschland von herausgehobener Bedeutung sind. Dabei geht es vor allen Dingen darum, dass der Staat entsprechende und verlässliche Rahmenbedingungen setzt, damit diese Art von Strukturwandel gelingen kann. Dazu zählt insbesondere der Klimaschutz. Die Bundesregierung hat sich mit aller Deutlichkeit dazu bekannt, die nationalen klimapolitischen Ziele zu erreichen und die Energiewende umweltverträglich, verlässlich und bezahlbar zu gestalten. Es war deshalb von großer Wichtigkeit, dass die Bundesregierung das Klimaschutzprogramm 2030, das Klimaschutzgesetz, die Einführung des Emissionshandels für Brennstoffe ab 2021, den Ausstieg aus der Kohleverstromung bis spätestens 2038 sowie verschiedene Förder- und steuerliche Maßnahmen beschlossen hat. Die Bundesregierung begrüßt und unterstützt auch, dass die Europäische Kommission den Green Deal in ihr Arbeitsprogramm für 2020 nicht nur aufgenommen, sondern auch auf Priorität eins gesetzt hat. Eine weitere Handlungspriorität ergibt sich aus dem technologischen Fortschritt vor allem im Zuge der Digitalisierung. Ziel der Bundesregierung ist es, dass Deutschland im Bereich der digitalen Wirtschaft in die Weltspitze vorstoßen kann. Sie passt deshalb bereits seit Jahren die digitalpolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland fortlaufend an neue Entwicklungen an. Ein Beispiel dafür ist die KI-Strategie, um Deutschland zu einem führenden Standort für die Entwicklung und Anwendung von KI-Technologien zu machen. Ein weiteres Beispiel ist die Datenstrategie der Bundesregierung. Sie zielt darauf ab, die Nutzung von Daten signifikant zu steigern, die Datenbereitstellung zu verbessern und

Innovation und Kreativität mit Blick auf den Umgang mit Daten zu befördern. Um von der Digitalisierung profitieren zu können, bedarf es zudem einer zukunftsfähigen digitalen Infrastruktur. Der Bund unterstützt daher den Ausbau der digitalen Infrastruktur unteranderem durch ein Förderprogramm für den Glasfasernetzausbau.

3.10.6 Verschwundene Kinder aus der Jugendhilfe seit 2012 - 26.08.2019

Drucksache 19/12640

Frage:

Liegen der Bundesregierung Kenntnisse darüber vor, wie viele Kinder und Jugendliche bundesweit seit 2012 (bitte wie in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/1581 nach Jahren aufschlüsseln) aus der Obhut der Jugendämter vermisst werden?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Stefan Zierke

vom 22. August 2019

Bei der Erfassung von Daten zu vermissten Kindern und Jugendlichen erfolgt keine Aufschlüsselung nach dem erfragten Merkmal „vermisst aus Obhut der Jugendämter “. Der Bundesregierung liegen daher keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor.

Anmerkung:

Soviel zu Kinderrechten ins Grundgesetz. Man will noch nicht mal wissen, was hier alles schief geht.

3.10.7 Kindesmissbrauch bei Jugendhilfe - 10.07.2020

Drucksache 19/20953

Frage

Wie viele Fälle von sexuellem Kindesmissbrauch im Verantwortungsbereich der Jugendhilfe sind

der Bundesregierung seit 1995 bekannt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Caren Marks

Eine bundesweite Statistik über bekannt gewordene Fälle sexuellen Kindesmissbrauchs bei ffentlichen und freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe liegt nicht vor. Auch die Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) enthält keine Zahlen im Sinne der Fragestellung.

3.10.8 Erfassung Verbrechen gegen sexuelle Selbstbestimmung 2015 07.08.2020

Drucksache 19/1921517

Frage:

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung bezüglich der Staatsbürgerschaften der Täter in der Tabelle „Tatzeit 2015 “ Feld „Gesamtsumme/Summe “, in der Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 25 der Abgeordneten Renate Künast auf Bundestagsdrucksache 19/20197, aufgeschlüsselt in die geografischen Subregionen gemäß des Geoschemas der Vereinten Nationen (falls Erkenntnisse zu ggf. vorhandenen doppelten Staatsbürgerschaften bei Tätern mit deutscher Staatsbürgerschaft vorliegen, bitte ebenfalls ausweisen)?

Antwort des Staatssekretärs Hans-Georg Engelke

Vorbemerkung für die Antworten zu den Fragen 30 bis 34

Beim Kriminalpolizeilichen Meldedienst politisch motivierte Kriminalität (KPMD-PMK) handelt es sich um eine Eingangsstatistik in der nur dann eine Tatverdächtige oder ein Tatverdächtiger erfasst werden kann, wenn zum Zeitpunkt der Erfassung bereits ein Tatverdacht vorlag. Falls mit den „ Geoschemas der Vereinten Nationen “ laut der Fragestellerin die geographischen Regionen nach den Vereinten Nationen gemeint sein sollen, so kann die Angabe nicht erfolgen, da diese nicht erfasst werden. Es wird daher die bei der statistischen Erfassung übliche Nennung der Staatsangehörigkeit in den folgenden Antworten verwendet. Bei der Erfassung „unbekannt “ konnte zu der tatverdächtigen Person keine Staatsangehörigkeit ermittelt werden. Etwaige doppelte Staatsbürgerschaften werden nicht erfasst.

Zu den 222 erfassten Straftaten im Jahr 2015 wurden 120 Tatverdächtige ermittelt, zu denen die folgenden Staatsangehörigkeiten erfasst wurden.

PMK -links keine Tatverdächtigen ermittelt
PMK -rechts Deutschland 55,
Österreich 2
Polen 2
Sonstige/Nicht zuzuordnen
Afghanistan 1
Algerien 1
Deutschland 45
Griechenland1
Marokko 1
Polen 2
Türkei 1
Ukraine 1
PMK -Ausländer Bosnien und Herzegowina 1
Deutschland 2
Israel 1
Mazedonien 1
Türkei 1
unbekannt 2

3.10.9 Erfassung Verbrechen gegen sexuelle Selbstbestimmung 2016 07.08.2020

Frage

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung bezüglich der Staatsbürgerschaften der Täter in der Tabelle „Tatzeit 2016 “ Feld „Gesamtsumme/Summe “, in der Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 25 der Abgeordneten Renate Künast auf Bundestagsdrucksache 19/20197, aufgeschlüsselt in die geografischen Subregionen gemäß des Geoschemas der Vereinten Nationen (falls Erkenntnisse zu ggf. vorhandenen doppelten Staatsbürgerschaften bei Tätern mit deutscher Staatsbürgerschaft vorliegen, bitte ebenfalls ausweisen)?

Antwort des Staatssekretärs Hans-Georg Engelke

Zu den 316 erfassten Straftaten im Jahr 2016 wurden 179 Tatverdächtige ermittelt, zu denen die folgenden Staatsangehörigkeiten erfasst wurden:

PMK -links Deutschland 3
PMK -rechts Deutschland 55
Italien 1
Österreich 3

Polen 1
Sonstige/Nicht zuzuordnen
Bosnien und Herzegowina 1
Burkina Faso 1
Deutschland 73
Griechenland 2
Guinea 1
Kuba 1
Polen 5
Rumänien 1
Serbien 1
Türkei 5
Ukraine 1
unbekannt 4
PMK -Ausländer Ägypten 1
Deutschland 3
Griechenland 1
Irak 5
Libanon 2
Mexiko 1
Polen 1
Tunesien 2
Türkei 3
unbekannt 1

Anmerkung:

Drei gleichlautende Einzelanfrage wurden für 2017 und 2018 gestellt. Die steigende Tendenz setzte sich fort und erfasst eben nicht alle Straftaten.

2015 = 222 Straftaten und 120 Tatverdächtige
2016 = 316 Straftaten und 178 Tatverdächtige
2017 = 313 Straftaten und 192 Tatverdächtige
2018 = 351Straftaten und 208 Tatverdächtige
2019= 576 Straftaten und 339 Tatverdächtige

Nun kann man etwas dagegen tun oder auch nicht. Die Bundesregierung entschied sich für „Weiter So“, also für Nichtstun.

3.10.10 Wetterbeeinflussung und Geoengineerung 11.09.2020

BT-Drucksache 19/22308

Frage:

Betreibt die Bundesregierung, abseits von Forschungsförderungen, Maßnahmen zur Wetterbeeinflussung oder zum Geo- bzw. Climate-Engineering selbst oder ist sie an solchen beteiligt, und wenn ja, an welchen?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter

Nein.

3.10.11 Selbstmordrate im Lockdown – 17.09.2020

Drucksache 19/22675

Frage:

Wie entwickelte sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Selbstmordrate in Deutschland seit Januar 2020 (bitte nach Monaten aufschlüsseln)?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Sabine Weiss

Zu der :Entwicklung der Suizidrate in Deutschland seit Januar 2020 liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor. Nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes liegen die Ergebnisse der Todesursachenstatistik für das Berichtsjahr 2020 voraussichtlich in der zweiten Hälfte des Jahres 2021 vor.

3.10.12 Ab welche Fallzahlen Maskenpflicht geplant? – 17.09.2020

Drucksache 19/22675

Frage:

Ab welcher Anzahl von akut an COVID-19 erkrankten Menschen (nicht Infizierter), gedenkt die

Bundesregierung die Aufhebung der Maskenpflicht zu empfehlen?

Antwort des Parlamentarischen StaatssekretärsDr. Thomas Gebhart:

Die in der Frage genannte „Maskenpflicht “, z. B. in öffentlichen Verkehrsmitteln oder in Einzelhandel und Gastronomie, basiert auf landesrechtlichen oder kommunalen Regelungen.
Die Bundesregierung ist allerdings der Auffassung, dass bei der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie das Einhalten der „AHA-Regeln “- Abstand, Hygiene und Alltagsmaske - in Verbindung mit regelmäßigem Lüften einen wirksamen Beitrag zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie leisten kann. Die effektive Unterbindung von Infektionsketten bleibt insbesondere so lange von zentraler Bedeutung, wie sich an der potentiellen Ausbreitungsgefahr - wie sie derzeit zum Beispiel im europäischen Ausland zu beobachten ist - nichts geändert hat.

3.10.13 Haftung für Todesfälle – 14.10.2020

Drucksache 19/1922675

Frage:
Wer übernimmt nach Auffassung der Bundesregierung Haftung und Verantwortung für Todesfälle in der Bevölkerung, welche durch bundesweit initiierte Infektionsschutzmaßnahmen entstehen, welche auf einer statistisch nicht belegbaren erhöhten Sterberate (im Vergleich zu vergangenen Jahren) beruhen

(www.bdpk.de/newsroom/presse/pressemitteilungen/artikel/covid-19-gesetz-laeutet-die-totenglocke-fuer-kliniken-merkel-muss-helfen;

www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Corona/Gesellschaft/bevoelkerung-sterbefaelle.html;
www.rnd.de/gesundheit/intensivbetten-wegen-corona-freigehalten-planen-bund-und-krankenhauser-falsch-2OWHBXWMDJE3PMBGNOJACEWLT4.html)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Thomas Gebhart
Die Betrachtung der Entwicklung der Sterbefallzahlen im Jahr 2020

zeigt im Zeitraum vom 23. März bis 3. Mai 2020 durchgehend und deutlich erhöhte Sterbefallzahlen im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2019. Im gesamten April lag die Zahl der Gestorbenen mit derzeit etwa 83.700 gemeldeten Fällen deutlich über dem Durchschnitt der
Vorjahre (+10 Prozent)
(www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Sterbefaelle-Lebenserwartung/sterbefallzahlen.html).

3.10.14 Fehlender Expertenrat in Sachen Corona – 14-10-2020

Drucksache 19/1922675

Frage:
Wie begründet die Bundesregierung die andauernde Nichteinsetzung eines wissenschaftlichen Expertenrates und ihren nach meiner Ansicht fehlenden Dialog mit Wissenschaftlern wie Prof. Dr. med. Sucharit Bhakdi den Ärzten für Aufklärung und anderen Fachleuten, welche eine breit aufgestellte sachliche Diskussion über Corona, die ausgerufene Pandemie und die beschlossenen Eindämmungsmaßnahmen fordern
?
Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Thomas Gebhart

Die Bundesregierung wird seit Auftreten der ersten COVID-19-Fälle insbesondere auch durch die eigenen wissenschaftlichen Institute beraten. Hierzu gehören u. a. das Robert Koch-Institut, das Paul Ehrlich-Institut, das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte sowie die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Mit dem Nationalen Konsiliarlaboratorium für Coronaviren sowie dem Bernhard Nocht-Institut für Tropenmedizin steht die Bundesregierung im regelmäßigen Kontakt. Darüber stehen der Bundesregierung auch zahlreiche Ad-hocStellungnahmen der Leopoldina (Nationale Akademie der Wissenschaften) zur Verfügung. Ergänzend steht die Bundesregierung anlassbezogen in regelmäßigem Austausch mit weiteren, nach Thematik wechselnden Vertretern der Wissenschaft.

3.10.15 Evaluierung Bekämpfung Rechtsextremismus

Drucksache 19/25435

Frage:
Anhand welcher Kriterien wird die Bundesregierung den Erfolg der vom Kabinettausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus beschlossenen 1.000.000.000 Euro in Hinblick auf Zielerreichungs-, Wirkungs- und Wirtschaftlichkeitskontrolle überprüfen (vgl. § 7 BHO i. V. m. den Verwaltungsvorschriften zu § 7 BHO)

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Günter Krings

Das Bundeskabinett hat den Maßnahmenkatalog des Kabinettausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus am 2. Dezember 2020 beschlossen. Die Umsetzung wird eigenständig durch die fachlich jeweils zuständigen Ressorts erfolgen. Dabei werden auch Überlegungen hinsichtlich einer Erfolgs- und Wirtschaftlichkeitskontrolle eine Rolle spielen. Grundlage hierfür sind die in den Verwaltungsvorschriften zu § 7 der Bundeshaushaltsordnung (BHO) festgelegten Kriterien. Deren Anwendung wird Gegenstand der weiteren Ausgestaltung der einzelnen Maßnahmen sein.

3.10.16 Verhältnismäßigkeit der bundesweiten Schließungen der Tafeln aufgrund von Covid-19

Drucksache 19/24921 - 30.11.2020

Frage:
Wie steht die Bundesregierung zu der nach meiner Auffassung fehlenden Verhältnismäßigkeit angesichts der Tatsache, dass wegen der sogenannten Corona-Schutzmaßnahmen zwischenzeitlichknapp die Hälfte der bundesweit 950 Tafeln geschlossen wurden und somit auch die Hälfte der1,5 Millionen Menschen, davon 30 Prozent Kinder und Jugendliche, die notwendige Essensergänzung entzogen wird
(www.tafel.de/themen/coronavirus/;
www.hartz4.de/tafel/#:~:text=Nach%20eigenen%20Angaben/20werden/20regelm%C3%A4%C3%9Fig,machen%20Kinder%20und%20Jugendliche/20aus)?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Kerstin Griese

Das ehrenamtliche Angebot der Tafeln stellt eine Möglichkeit der Beschaffung von vergünstigten oder kostenlosen Lebensmitteln dar. Es handelt sich jedoch nicht um einen Teil der staatlichen Sicherung des Existenzminimums, der bei Engpässen durch Sozialleistungen ausgeglichen werden müsste. Bereits die staatliche Leistung zur Sicherung des Regelbedarfs (als Teil des Arbeitslosengeldes II, des Sozialgeldes und der Sozialhilfe) deckt die notwendigen Aufwendungen für den täglichen Bedarf.
Die Bundesregierung sieht die Notwendigkeit, die Mittagsverpflegung hilfebedürftiger Kinder sowie Schülerinnen und Schüler auch bei einer pandemiebedingten Schließung der Kindertagesstätten, Kindertagespflege und Schulen über das sogenannte Bildungspaket sicherzustellen. Dies wurde durch das Gesetz zu sozialen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie (Sozialschutz-Paket II) vom 20. Mai 2020 erreicht und mit dem aktuellen Gesetz zur Ermittlung der Regelbedarfe und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie weiterer Gesetze bis zum 31. März 2021 verlängert.
Unabhängig davon hat das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft im Frühjahr 2020 eine bereits laufende Projektförderung zur „Förderung der Ernährungskompetenz in der Tafel-Landschaft “ an die Tafel-Akademie aufgestockt, um Tafel Deutschland e. V. mit drei zusätzlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der Erarbeitung von Hygienekonzepten zur Wiederaufnahme der Tafelarbeit vor Ort zu unterstützen.

3.11 Sonstiges

3.11.1 Erklärung §31 GO des BT zum Infektionsschutzgesetz am 22.09.2020

https://nicole-hoechst.de/meine-erklaerung-zur-aenderung-des-infektionsschutzgesetzes/

Freiheit und Demokratie müssen jeden Tag neu erkämpft werden. Heute ist ein ganz besonderer Tag. Wir Parlamentsmitglieder entscheiden, ob die Bundeskanzlerin in Fragen der Corona-Bekämpfung die Alleinherrscherin wird, das Parlament in wichtigen Fragen gesetzlich ausgeschaltet und der Föderalismus ausgehebelt wird. Ob das so kommt, hängt an einem Entscheidungskriterium, dem 7-Tage-Inzidenzwert. Bei einem Inzidenzwert von 100 soll durch die Ausgangssperre ein weiteres Grundrecht eingeschränkt werden.
Was heißt eigentlich 7-Tage-Inzidenzwert von 100?
In die Praxis umgesetzt: Ende 2019 hatte Berlin eine Einwohnerzahl von 3.641.355 Einwohnern. Der Inzidenzwert von 100 wäre erreicht, wenn 3.642 Bürger positiv getestet wären. Wäre diese Anzahl erreicht, würden 3.641.355 über Nacht "eingesperrt" werden. Also 0,1 Prozent wären lediglich Träger des Virus und 99,9 Prozent würden bestraft.
In einer Gemeinde von 1000 Einwohnern wäre der Inzidenzwert bei 100 erreicht, wenn ein Einwohner positiv getestet wäre und alle übrigen müssten abends zuhause bleiben. Ist das noch verhältnismäßig?

Diese Missverhältnisse entstehen, weil die Politik die ermittelte Stichprobe, auf die die positiven Fälle bezogen werden, unwissenschaftlich und willkürlich auf 100.000 festgelegt hat. Dieser feste Bezugspunkt hat den Vorteil, dass er manipuliert werden kann. Testet man mehr, steigt die 7-Tage-Inzidenz, testet man weniger, dann verringert sie sich. Im März 2020 wurden über 100.000 Tests durchgeführt, heute mehr als das 10-fache!
Aussagefähiger wäre, wenn man die Anzahl der positiven Fälle auf die Anzahl der durchgeführten Tests beziehen würde. Aber das wird nicht gemacht. Warum wohl?
Also: Als Messwert ist der vom RKI täglich veröffentlichte Inzidenzwert keine aussagefähige Größe.
Das ist nicht der einzige Mangel dieses Wertes!
Die täglich vom RKI gemeldeten "positiven Fälle" werden vor allem durch PCR-Tests ermittelt. Wissenschaftlich erwiesen, vom Erfinder des Tests und durch Gerichtsurteile festgestellt, ist klar: Ein PCR-Test ist nicht in der Lage, die Corona-Infektion in jedem Falle gemäß Infektionsschutzgesetz nachzuweisen. Die "positiven Fälle" weisen nicht unbedingt die tatsächlich infektiösen Bürger aus. Die Anzahl ist viel zu hoch! Laut den Vorgaben der WHO reicht ein positiver PCR-Test nicht, um jemanden als Infizierten zu ermitteln. Positiv Getestete können nicht infiziert oder zumindest nicht infektiös sein und werden trotzdem als infiziert gezählt, wie Prof. Bergholz in "Supergau und Kardinalfehler" im April dieses Jahres ausführte.
Hinzu kommen die Fehlerquote des Messverfahrens und die Fehler, die beim Testen und Auswerten auftreten können.
Diese falschen Zahlen und der Inzidenzwert als falsche Messgröße sind die Basis für Prognosen und die gravierenden Einschnitte in unsere Grundrechte!
Hier gilt die alte Informatik-Weisheit:
GARBAGE IN, GARBAGE OUT!
Bei falschen Daten und falschen Annahmen können auch nur falsche Ergebnisse folgen!
Erklären sich daraus die leerstehenden Intensivbetten in der 1. Welle und die panikmachenden Zahlen für die 2. und 3. Welle?
Was sicher ist: Die Gesundheitsämter wurden zu viel zu hohen, unnötigen Kontaktverfolgungen gezwungen!
Die Analyse der empirischen Daten zeigt, dass die Pandemie nicht eingetreten ist. Das Feststellen eines Notstandes ist nicht legitimiert. Die Grundlagen für die Änderungen des Infektionsschutzgesetzes sind nicht gegeben. Auf keinen Fall darf das neue Gesetz in Kraft treten.
Was muss getan werden?
Die Pandemie-Bekämpfung als oberstes Staatsziel muss rationaler Normalität weichen, mit folgenden Änderungen:

- weg vom Ziel, Krankenhäuser und Gesundheitsämter vor Überlastung zu schützen, hin zu dem Ziel, unsere Bürger vor Krankheitsgefahren, nicht vor dem Tod zu schützen
- weg von der Strategie, das Virus ausrotten zu wollen, weil mutierende Viren nicht ausrottbar sind, hin zu der Strategie, mit dem Virus, wie bei HIV, leben zu lernen
- weg von der Taktik, Notstand auszurufen, Sondergesetze und Verordnungen zu erlassen, hin zur Taktik, das ursprüngliche Infektionsschutzgesetz wieder einzusetzen, welches ein gut funktionierendes System darstellt
- weg vom hohen Kostenaufwand für Testen, Aufbau zusätzlicher Labors, Aufstockung des Personals in Gesundheitsämtern usw., hin zur Investition der Einsparungen in die Entwicklung von Therapien
- weg von der Allmachtsphantasie des Staates, er könne die Bekämpfung des Virus beherrschen, hin zu der Einsicht, dass weder Staat noch private Institutionen, noch die Gesellschaft zurzeit in der Lage sind, sich gegen eine Pandemie wirksam zu stemmen

Der falsche Messwert, 7-Tage-Inzidenzwert, als unbrauchbares Entscheidungskriterium und die vorgeschlagenen Änderungen machen überdeutlich, dass das neue Infektionsschutzgesetz unbedingt abgelehnt werden muss. Das führt Demokratie und Gesellschaft in den Abgrund!
Wer sich für diese wichtige Entscheidung nicht umfänglich informiert und vorbereitet hat, trägt mit seiner Ja-Stimme zur Zerstörung einer seit 70-Jahren gut funktionierenden Demokratie und einem

gelungenen Föderalismus bei, die beide erfolgreich der Machtballung und dem möglichen Machtmissbrauch entgegenwirken.
Ich bin für Grundgesetz, Demokratie, Freiheit, Recht, Ordnung, für Föderalismus und gegen jeden Versuch Länder, Parlamente und Gerichte zu entmachten.
Ich stimme mit: NEIN!

Ergänzung:

Als im Parlament abgestimmt wurde, lehnte die AfD Fraktion geschlossen die weitere Einschränkung der Grundrechte ab. Die anwesenden AfD-Abgeordneten hielten aus Protest jeder das unten stehende Blatt Papier hoch:

Wie berechtigt das war, konnte man direkt vor der Tür sehen.

Diese beiden Bilder stehen symbolisch für den Verlust der Freiheit und wurden an dem Tag vor dem Parlament aufgenommen, als die Altparteien die Einschränkungen der Grundrechte, der Selbstbestimmung und der Demokratie, sowie die teilweise Umgehung und damit faktische Teilentmachtung des Parlaments beschlossen.

3.12 Danke für Ihr Interesse

Eine vollständige Übersicht über meine Arbeit können Sie auf verschiedenen Wegen erlangen, z.B. über die Seite des Deutschen Bundestages nachlesen oder meine Auftritte per Video. Dazu gehen Sie bei google auf die Seitewww.bundestag.de. Klicken Sie auf „Abgeordnete“ und geben „Nicole Höchst“ ein. Fertig.

Dort finden Sie auch unter „Dokumente“ das Archiv „dip“ und können gezielt nach Drucksachen suchen. Mein Büro hilft ihnen da gern weiter.

Weiterhin empfehle ich Ihnen meine Youtube Seite zu abonnieren.

Folgen Sie mir auf meiner Facebookseite, auf Twitter oder Instagram.

Ich freue mich auf Sie.

Vielen Dank für Interesse und bleiben Sie mir und der AfD weiterhin gewogen.

Für Fragen und Anregungen steht Ihnen mein Büro in Berlin wie folgt zur Verfügung:

Per Mail : nicole.hoechst@bundestag.de

Telefonisch: 030/227 74171

Postalisch : Deutscher Bundestag

Nicole Höchst MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin